

einmal, es ist höchste Zeit, daß über die Politiker darübergelassen wird und sie so quasi eine „darüberkriegen“. Ich kenne das und weiß, daß in der Justiz die Meinung vorherrscht, daß alles, was mit Politik zu tun hat, ein schmutziges Geschäft ist, deswegen sind alle Richter unabhängig und überparteilich. Jeder Richter ist bestimmt von seiner Herkunft, von seiner Erziehung, von seinem Weltbild. Daher halte ich es für falsch, daß man hier einer Fata Morgana nachrennt und sagt, wenn ein Richter dort sitzt, ist alles unabhängig, ist alles unparteilich. Zweitens: Ihre Position trägt dazu bei, Kollege Maitz, daß Sie den Berufsstand des Politikers abwerten in dem Fall und ihm die Fähigkeit absprechen, daß er die so wichtige Aufgabe im Untersuchungs-Ausschuß objektiv, unparteiisch im Sinne, daß er alle dort gleich behandelt, das hat nichts zu tun mit seiner parteipolitischen Zugehörigkeit. Ich glaube sehr wohl, daß ein Richter eine parteipolitische Gesinnung haben kann und sehr wohl unabhängig sein kann, und umgekehrt kann es genauso sein. (Abg. Dr. Hirschmann: „Jetzt lacht der Rader!“) Der Rader kann ruhig lachen, du hast eh nichts zu lachen in letzter Zeit. Ich persönlich meine daher, daß 90 Prozent der Richter – das ist keine Beleidigung, das traue ich mich hier zu sagen – die nötige Sachkompetenz und die nötigen Erfahrungen auf diesem Gebiet nicht haben. Daher halte ich Ihren Vorschlag für falsch und glaube, daß wir im Interesse unseres Selbstbewußtseins als Politiker, als Berufspolitiker, als Mandatäre, daß wir es uns schuldig sind, daß wir weiterhin einen aus unserer Reihe als Obmann wählen, daß wir an dem festhalten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.36 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Cortolezis (14.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen!

Mein Vorredner, der Kollege Dr. Wabl, hat sehr engagiert die Lanze gebrochen für den unabhängigen Vorsitzenden aus unseren eigenen Reihen. Das ist ein ernstes Argument, und ist auch ernst zu nehmen, ebenso seine Fragestellung, die er damit verbunden hat. Aber wenn wir jetzt rückblickend sehen, daß seit zwei Jahren dieser Vorschlag in den Verfassungsverhandlungen eingebracht worden ist, daß eben bei Untersuchungs-Ausschüssen eine besondere Situation gegeben ist, daß die eben eine besonders objektive Vorsitzführung erfordert, weil ja damit auch gewisse Maßnahmen einhergehen und die wir ja heute auch beschließen, dann zeigt das eigentlich, wie weitsichtig damals diejenigen waren, die diesen Vorschlag unterbreitet haben. Denn die Realität, und da gebe ich dem Kollegen Dr. Flecker recht, hat uns tatsächlich eingeholt. Wir haben ja das Problem eines Untersuchungs-Ausschusses, den der Vorsitzende in einer kombinierten Aktion mit seiner Zweitfraktion initiiert und durchgepeitscht hat und den er jetzt als Vorsitzender rechtfertigen muß und damit schon aus der Logik der Dinge heraus weder unparteiisch, noch objektiv, noch in der Lage sein kann, diesen Untersuchungs-Ausschuß so zu führen, wie es für einen Untersuchungs-Ausschuß notwendig ist. Das möchte

ich Ihnen an Hand einiger Beispiele auch darlegen. Die Schalmeienklänge, die er heute von sich gegeben hat, der Präsident Mag. Rader, die mögen durchaus zutreffen in seinem Bemühen, hier ein dem Haus entsprechender Dritter Präsident zu sein. Das mag ich durchaus konzedieren. Nur, ein ganz anderes Gesicht zeigt sich, wenn er den Vorsitz im Untersuchungs-Ausschuß übernimmt. Das Problem war, daß wir bis zur neunten Sitzung keinen Untersuchungsgegenstand gehabt haben. Das heißt, es mußten irgendwelche Nebenkonstruktionen erfunden werden, damit überhaupt irgendein Rauch aufsteigt, ein Rauch ohne Feuer, und da wurde von ihm plötzlich initiiert diese Sache mit einer „Krisen-Sonder-Neben-Geheimabsprachen-Sitzung“ von Beamten, die gleichzeitig verdächtigt worden sind, daß sie sich die Dinge absprechen. Es hat sich herausgestellt, daß es sich um eine Koordinierungssitzung zur Abgabe der Stellungnahme des Rechnungshofberichtes gehandelt hat. Das war der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, daß er natürlich, bevor der Untersuchungs-Ausschuß überhaupt in Fahrt gekommen ist, medial mitgeteilt hat, „es wird etwas herauskommen“. Woher weiß er das schon vorweg, außer er hat sich da irgendetwas, sei es formell oder sei es informell, niedergeschrieben oder nicht niedergeschrieben, abgesprochen oder nur augenzwinkernd ausgemacht mit seinem kongenialen Kompagnon, dem Kollegen Trampusch? Wie sieht dann die Vorsitzführung im konkreten aus? Wenn so ein Ausschußobmann mit dem Rücken zur Wand steht und rechtfertigen muß, warum dieser Ausschuß, der in der Öffentlichkeit längst sich als Flop erwiesen hat, der klinisch tot ist, der aber von uns nicht von der Maschine genommen wird. Wie sieht die konkrete Vorsitzführung tatsächlich aus? Die Sitzungen objektiv zu leiten, war eine der Forderungen an so einen Ausschußobmann. Was geschieht? Es werden Zeugen, die von uns namhaft gemacht werden, rein um ein objektiveres Bild zu erhalten, willkürlich abgewiesen, mehrheitlich. Wenn der Druck aus der Zeitung zu groß wird, werden sie schnell wieder eingeladen. Es werden Zeugen en block eingeladen und dann wieder nach Hause geschickt. Landesbedienstete, die weiß Gott etwas anderes zu tun hätten, hochqualifizierte auch. Es werden die Ladungen an die Zeugen in seinem Gutdünken, gereiht, wer wann zusammenkommt, das wird nicht einvernehmlich ausgemacht. Es herrscht ein Fragenmonopol am Beginn jedes Zeugen, das ausschließlich der Vorsitzende sich selbst einräumt. Die Ausschußmitglieder kommen erst später irgendwann, nach seinem Gutdünken, zum Fragen und müssen sich Abqualifizierungen ebenso gefallen lassen, wie manche Zeugen hämische oder halbwitzige Kommentare. Ich möchte nur erinnern, weil der Kollege Getzinger gerade da hereinkommt, wie er wörtlich gemeint hat „na, der Kollege Getzinger darf auch wieder einmal“, ich selbst bin auch einmal von ihm sehr merkwürdig bedacht worden, oder wie er den ehemaligen, vorhin angesprochenen Generaldirektor Talirz als „Wunderwutzi“ bezeichnet, hängt alles mit einer Vorsitzführung zusammen, die halt nicht mit diesen Kriterien, wie man es sich vorstellt von so einem Obmann eines solchen heiklen Ausschusses, einhergeht. Tatsächlich beschränkt sich das aber nicht nur auf die Sitzungsleitung, sondern auch auf die Vertretung des Ausschusses nach außen. Auch dort hat

der Vorsitzende kläglich versagt. Wir haben beschlossen, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Pyhrnautobahn-AG., den Ministerial- oder Sektionschef Freudenreich, zu einer der ersten Sitzungen einzuladen, und es war nur der Brief derartig schlampig formuliert, daß er von seiner Amtsverschwiegenheit nicht entbunden werden konnte, weil der konkrete Gegenstand zu unpräzise formuliert war. Aber was noch viel schlimmer ist, man könnte sagen, das ist ohnedies im Großbereich der Pyhrnautobahn-AG., da ist kein Schaden angerichtet worden. Aber stellen Sie sich vor, was für ein Bild der Steiermärkische Landtag nach außen abgibt, wenn ein völlig hilfloses Vorgehen um Akteneinsicht an das Landesgericht Innsbruck gerichtet wird, wo dann die dortige unabhängige Untersuchungsrichterin nicht nur den Standpunkt bekräftigt, den hohe Verfassungsrechtler aus Wien, Professoren, schon mitgeteilt haben, nämlich – sie sagt es etwas höflicher – die Wiener Professoren haben sehr dezidiert gesagt, der Ausschuß ist eigentlich nichtig, weil der Untersuchungsgegenstand nicht formuliert worden ist, und deswegen heißen wir im Volksmund ja auch, daß zwölf Abgeordnete in der Woche zweimal zusammenkommen, „Vulgountersuchungs-Ausschuß“. Sondern dieser Ausschuß wurde vom Obmann, und damit der Steiermärkische Landtag, blamiert, indem auch dieses Ansuchen, dieser Antrag auf Akteneinsicht derartig schlampig, unprofessionell gemacht worden ist, daß sie zurückschreiben mußte in einem ausführlichen Beschluß: „Es konnte auch eine teilweise“ – sie war eh schon sehr gnädig und wollte zumindest teilweise dem nachkommen – „Akteneinsicht gewährt werden, da zum einen der Beschluß über die Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses sowie der Antrag auf Akteneinsicht zu unbestimmt sind und nicht angegeben ist, mit welchen Fragen sich der Untersuchungs-Ausschuß beschäftigt.“

Meine Damen und Herren, Sie sehen, Sitzungsleitung fünf, Vertretung nach außen fünf, inhaltliche Vorgabe, während der Ausschuß erst untersucht – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „ÖVP – römisch eins!“) Kollege Vesko, hast du dich schon entschuldigt bei den Beamten, als du ihnen vorgeworfen hast, daß sie sich skandalös beeinflussen haben lassen?

Ich bitte dich darum, weil es ist eine Entschuldigung nun endlich angebracht. Diese Beamten haben sich nämlich ohne Schauen auf eine Uhr und eine Dienstzeit hingestellt und haben versucht, für das Land das Beste zu machen, so wie sie es gewohnt sind, und zwar mit einem größeren Arbeitseifer als viele dieser, die jetzt während dem Sommer Urlaub machen irgendwo im Süden, statt daß der Ausschuß weitertagt. Das ist nämlich die Wahrheit, und dagegen wehren wir uns. (Abg. Kanduth: „Sie haben nur gesagt, daß ausgezeichnete Arbeit geleistet wurde, aber nicht gesagt, daß zu wenig Leute da waren!“) Der Kollege Getzinger hat nur vergessen, daß der Prof. Weiß, der Geologenpapst, in Österreich bei der Gebietsgüteklassenkontrolle durch die Beamten gesagt hat, oft sind weniger aufsehende Beamte von wesentlich größerer Effizienz seiner Erfahrung nach, der viele Baustellen in Österreich als Chefgeologe super visiert, wie man so schön sagt, als Beispiel nur dafür, daß ein kleines engagiertes Team wohl etwas zustande bringen kann, als viele, die unwillig und unfähig sind,

ganz im Gegenteil eben auf der einen Seite, unsere Landesbediensteten auf der anderen Seite, irgendwelche Erfahrungen des Ausschusses. Nur, du bringst mich auf einen wesentlichen Punkt, der noch einmal zum Ausschußobmann zurückkommt. Da ist es, das muß ich dem Hohen Landtag auch mitteilen, weil da ist es darum gegangen, wieder einmal, wie dieser Vorsitzende die Ausschüßarbeit und die Obmannschaft hier wahrnimmt, es ist darum gegangen, daß ein Chef der Österreichischen Geologen, „Geologenpapst“ wird er genannt, Prof. Weiß, der also dieser Tunnelbauspezialist ist, weil er die Gebietsgüteklassen einteilen kann, und das ist, ohne mich da in technische Details zu vertiefen, aber darum ist es gegangen im Rechnungshof, weil ein Beamter des Rechnungshofes eine andere Fachmeinung gehabt hat, und dieser Papst der Geologen hat diese Fachmeinung eigentlich zertrümmert. Das war zu erwarten. Was hat der Ausschußobmann gemacht? Während dieser Zeuge vernommen worden ist, ist er hinausgegangen und hat im Vorraum eine Pressekonferenz abgehalten, damit alle Journalisten, während diese Zertrümmerung dieses Verdacht vorgenommen worden ist, nicht im Saal sein konnten und sich den Gutachter und obersten Geologen Österreichs anhören konnten, sondern daß sie irgendwelche parteitaktische Spielereien des gemeinsamen Ausschußobmannes – (Abg. Trampusch: „Das hat er ja von euch gelernt, von dir und Dr. Hirschmann!“) Nur, ich bin nicht der Obmann, das ist der wesentliche Unterschied! Verstehst du? Das ist der Unterschied! Er ist der Obmann, nicht nur des Ausschusses, sondern auch der gemeinsamen SPÖ-FPÖ-Fraktion, er spricht also nur für euch! (Abg. Dr. Flecker: „Es ist lächerlich, wie ihr euch aufführt!“)

Meine Damen und Herren, ich verstehe schon die Aufregung der FPÖ und der SPÖ, und ich nehme auch nicht an, und da schätze ich auch den Kollegen Flecker viel zu sehr, daß seinetwegen, weil er ja der erste Zeuge war, die Wahrheitspflicht für die Zeugen eingeführt worden ist. Sondern ich glaube, daß es darum geht, aus diesem Ausschuß auch zu lernen, auch für unsere heutige Beschlußfassung. (Abg. Schrittwieser: „Das ist für euch ganz wichtig!“) Und aus dieser Erfahrung kann es nur heißen: Ein unabhängiger Richter für diesen Ausschuß, und zwar für diesen Ausschuß, ob da jetzt der Untersuchungsgegenstand so oder anders heißt. Weil daß es anders gehen kann – (Abg. Dr. Flecker: „Sollen wir auch ein Zitat bringen?“) ja gerne, Kollege Flecker. Wir hören deine Zitate jetzt zur SPÖ und Freimaurertum. (Abg. Trampusch: „Wir wünschen euch noch weitere solche Kronzeugen, die werden euch auf den Kopf fallen!“) – Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Herr Kollege Dr. Cortolezis. Ich ersuche, ihn sprechen zu lassen! Fahren Sie bitte fort, Herr Abgeordneter!“) Ein Wort noch zu dem nunmehr angebotenen faulen Kompromiß, daß statt dem unabhängigen Vorsitzenden ein Richter beigelegt werden soll. Auch dazu eine klare Antwort. Wir haben jetzt einen Richter für die gemeinsame Fraktion SPÖ und FPÖ – ich glaube, er ist nur von der SPÖ beigelegt –, der ehemalige FPÖ-Gemeinderat – ich weiß nicht, ob er es noch ist – und Strafrichter Fuhrmann. Das heißt, insofern ist ohnedies bereits für die Großfraktion ein Strafrichter als Experte tätig. Ich wehre mich aber dagegen, daß wir quasi dem Ausschußvorsitzenden, wenn dieser Rader heißt, einen

Richter begeben, weil das kann dann wohl nur ein Scharfrichter sein, und den gibt es Gott sei Dank in Österreich seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. (Abg. Trampusch: „Das ist wieder sehr qualifiziert! Ich denke, damit hat die ÖVP wieder einmal gezeigt, wie sachlich sie argumentiert! Weißt du, was ein Scharfrichter ist?“) Du brauchst nicht aufstehen, wenn du mit mir sprichst!

Meine Damen und Herren, nehmen Sie Untersuchungs-Ausschüsse ernst, stimmen Sie für den Antrag der ÖVP. (Beifall bei der ÖVP. – 14.52 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe mir jetzt in Ruhe vier Wortmeldungen angehört zu einem Thema, das von seiner Bedeutung her mehr verdient als das, was der Herr Cortolezis jetzt gerade geboten hat. Meine Damen und Herren von der Volkspartei, auf der einen Seite laufen Sie seit einigen Monaten, um genau zu sein, seit zweieinhalb Monaten herum im Traueranzug und sagen, um Himmels willen, unser Land ist zusammengebrochen, die Wirtschaft ist kaputt, wir haben das Problem, wir müssen eine Sondersitzung Assmann machen und so weiter. Wir brauchen eine Solidaritätsabgabe, um ein paar Schillinge zusammenzubringen. Und dort, wo Hunderte Millionen hineingefahren sind, haben Sie nicht einmal den Funken Ernst, um dem nachzugehen und die entsprechende politische Verantwortung herauszuholen. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Nicht einmal den Funken! Das heißt also – und wir haben das vom ersten Tag dieses Ausschusses erlebt. Ich bin als Mitglied dieses Landtages in diesen Ausschuß gewählt worden, weil es meine verdamnte Pflicht und Aufgabe ist, diesem Land bei der Bewältigung seiner Probleme behilflich zu sein und in zweiter Form auch dafür zu sorgen, daß diesem Haus nach 45 Jahren endlich einmal jenes Maß an Kontrolle beikommt, das es sich schon viel, viel früher verdient hätte, Herr Kollege Grillitsch. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Grillitsch: „Wo war der Vesko 45 Jahre lang?“) Das, was in diesem Lande passiert ist, ist nicht nur beim Pyhrn-Ausschuß zu sehen, sondern in vielen anderen Sachen. Ich schwöre Ihnen eines, Herr Kollege Grillitsch, wir sind erst am Anfang dieser Kontrollmaßnahmen. (Abg. Grillitsch: „Laß dieses Thema!“) Ihr werdet euch noch sehr brav anstellen. Das Maß an Obstruktion, das die Österreichische Volkspartei im Zusammenhang mit diesem Ausschuß gezeigt hat, war theaterreif. (Abg. Grillitsch: „Du machst Theater!“) So etwas haben wir überhaupt noch nie gesehen. Das war der absolute Wahnsinn. In jeder Phase Obstruktion, Verhinderung, Absprachen, so war es bitte, Frau Kollegin Karisch. Schauen Sie einmal dort hinein, wo der Dreck liegt. So ist es bitte, Frau Kollegin! (Abg. Dr. Karisch: „Ich habe gehört, daß der Vorsitzende bei der Vernehmung von Zeugen nicht anwesend war!“ Sie sind herzlich eingeladen. Ich kann mich selbstverständlich darauf zurückziehen, um zu sagen, meine Damen und Herren – (Abg. Dr. Maitz: „Angriff ist die beste Verteidigung!“) Ich falle nicht um, kein Problem.

Selbstverständlich, ich weiß es, ich kenne es. Ich muß euch noch etwas dazu sagen. Ihr könnt stolz sein auf manche eurer Vertreter im Ausschuß, die sich bereitwillig damit brüsten, daß sie keine Ahnung haben, worum es geht. Sie haben das auch nie gelesen, worum es hier geht. Das einzige, wodurch sie sich auszeichnen, sind schnoddrige und zum Teil beleidigende Aussagen, persönliche. Das sollt ihr auch einmal zur Kenntnis nehmen. (Abg. Dr. Karisch: „Sie konnten nicht wissen, worum es geht!“) Frau Dr. Karisch, wenn Sie nicht wissen, worum es hier in diesem Ausschuß geht, dann sind Sie hier in dem Haus am falschen Platz, bitte. Sie, der bei jeder Gelegenheit das Schmalz runterrinnt von wegen „dort müssen wir etwas tun“ und „dort müssen wir die Konsumenten schützen“, „dort müssen wir Kontrollen machen“, tun Sie dort Kontrolle machen, wo sie am Platz ist, und helfen Sie mit, jene Mißstände aufzuklären. Und ich sage Ihnen noch etwas: Und wenn wir dort draufkommen in diesem Ausschuß, daß es null – (Abg. Dr. Lopatka: „Wie stehen Sie zu den Aussagen des Herrn Landesrates Schmid über diesen Ausschuß?“) Wunderbar, wir sind alle einer Meinung. Wir sind alle einer Meinung, wir wollen, daß dieser Ausschuß so schnell wie möglich zu Ende ist. Gar keine Frage! Darf ich jetzt weiterreden? Ich sage Ihnen noch etwas: Und wir werden erbarmungslos konstruktiv sein – ich zitiere ÖVP –, erbarmungslos konstruktiv werden wir sein! Ich warte auf diese Konstruktivität. Ich freue mich, Richard, du bist eine rühmliche Ausnahme in diesem Quintett. Danke, du bist konstruktiv. (Abg. Trampusch: „Zwei gibt es. Den Löcker und den Kanduth!“) Es gehört sehr viel dazu. Es gehört aber eines – bitte – dazu, meine Damen und Herren. Hier hat dieser Landtag, wenngleich auch mehrheitlich und nicht einstimmig, beschlossen, in dieser Causa einen Untersuchungs-Ausschuß durchzuführen, und ich kann mich jetzt hundertmal auf juristische Partikel aufhängen, ich kann mich erinnern, ihr habt einmal vier Sitzungen dafür gebraucht zu beweisen, daß das kein Werksvertrag ist, obwohl es in der Zwischenzeit eh einer ist.

Aber es ist Wurscht. Ihr habt immer wieder irgend etwas versucht, um zu ziehen, zu drängen, 151 Zeugen, wobei die Ernstheit der Aussage dadurch zu bestätigen ist, weil sich das zufällig mit der Autonummer vom Kollegen Maitz deckt, und lauter solche Scherze. (Abg. Dr. Maitz: „Stimmt auch nicht, wie vieles andere, was du sagst!“) Du hast eine andere Nummer? Also habt ihr dort auch gelogen. Super! Ich sage nur, es gibt so viele Dinge, meine Damen und Herren, die in diesem Ausschuß zu regeln wären. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ganz selbstverständlich, ganz einfach! (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt wird es kabarettreif!“) Ja! Es kommt noch viel mehr! (Abg. Grillitsch: „Was soll das heißen – gelogen? Wer hat gelogen?“) Kollege Grillitsch, Untersuchungs-Ausschuß abwarten! Abwarten!

Ich kann Ihnen nur eines sagen, wenn die Österreichische Volkspartei von allem Anfang an – wenn sie schon nicht erfreut mitarbeitet – aber zumindest das Maß der Obstruktion auf jenes erträgliche Minimum reduziert hätte, dann wären wir vielleicht heute mit dem Untersuchungs-Ausschuß schon fertig. Ich sage Ihnen eines, mir ist der Sommer nicht einmal lang

genug. Ich halte das leicht aus, darüber zu diskutieren, was da kommt. (Abg. Kanduth: „Der nächste Sommer kommt auch noch!“) Richard, du bist schon in Pension, du hast noch mehr Zeit als ich. (Abg. Dr. Maitz: „Die Beispiele sprechen Bände!“) Bei dir wird es mir nicht gelingen, das ist mir klar, das ist ein Problem. Wenn es uns gelingt, diesen Ausschuß unter sachlicher Führung, der Herr Präsident macht kein Hehl daraus, daß er diesen Ausschuß sachlich geführt hat. Mir wäre bei der Vorgangsweise, die manche Herren Ihrer Fraktion oder eurer Fraktion gehabt haben, schon viel früher der Kragen geplatzt als es dem Kollegen Rader ergangen ist. Wenn das möglich ist, werden wir in sachlicher Arbeit diesen Ausschuß abschließen können. (Abg. Dr. Lopatka: „Wie soll das gehen bei solchen Anschüttungen von Lügen?“) Bitte, ich führe nur Repliken zu den von Ihren Kollegen vorher geführten Aussagen. Herr Kollege Lopatka, Sie sind aber auch herzlich eingeladen, Ihr Sozialverständnis mitzubringen, sich das anzuhören, dort zuzuhören, dann werden Sie vielleicht auch einiges verstehen und vielleicht auch in einigen Bereichen den Kopf schütteln, vielleicht nach hüben und drüben. Aber von außen reinschreien, weil Sie zufällig die „Kleine Zeitung“ gelesen haben, das kann ich Ihnen schon vorher sagen, weil dies ist nicht in der „Kleinen Zeitung“, sondern dort beschlossen worden. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe jetzt nur Sie reden gehört!“) Sie haben ein Pech, Sie hätten da sein sollen, als Ihr Fraktionskollege Cortolezis da war. Ich habe einen Ausdruck in Erinnerung: „Wenn der Herr Kollege Rader im Ausschuß so agieren würde, wie er hier agiert, dann wäre alles in Ordnung.“

Ich kann Ihnen nur eines sagen und das gilt auch für dich, Candidus, wenn ihr fünf Vertreter eurer Fraktion im Ausschuß jenes Maß an Seriosität und Ernstheit für die Abwicklung dieses Ausschusses gezeigt hätten, dann wären wir heute vielleicht schon fertig. Und das sollt ihr zur Kenntnis nehmen, nicht Obstruktion und umdrehen und sagen, hurra, jetzt spielen wir es anders. Ihr könnt das weiterspielen. „Kommen – hören – reden“, nicht „Reden und hören“. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. Ihr habt selbstverständlich alle die Möglichkeit, so wie die Damen und Herren Journalisten, die davon sehr eifrig Gebrauch machen, sich anzuhören, was da getan wird. Ich habe nur eine Bitte an euch: Berichtet auch einmal ein bisserl was von dem, was tatsächlich passiert. (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr liberal!“) Ich bin so liberal, daß du gar nicht mitkommst. Frau Dr. Karisch, ich sage Ihnen noch einmal eines. Ich glaube, ich muß Ihnen noch einmal eines sagen, weil es hilft nichts: Ich würde Sie wirklich herzlich einladen, kommen Sie in den Ausschuß, hören Sie sich das an, oder wie Karl Farkas immer gesagt hat, schauen Sie sich das an. Es ist wirklich interessant, in welcher Art und Weise Ihre Fraktionskollegen dort agieren, nicht alle, das muß ich einschränken, aber das müssen Sie einmal gesehen haben. Das sollen Sie sich, wie man so schön sagt, live geben. Live und nicht aus der „Kleinen Zeitung“, sondern live. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihnen fällt bei diesem Ausschuß der Farkas ein!“) Ich sage Ihnen eines hier: Wir beschließen heute an und für sich etwas, was in der Relevanz weder auf den jetzigen Ausschuß in seiner Arbeit Einfluß nimmt noch dazu

führt, daß dieser Ausschuß einen anderen Vorsitz hat. Es ist explizit, ausgenommen, daß für diesen Ausschuß das nicht gilt und nicht gelten kann. Und ich sage Ihnen noch etwas: Ich für mich selbst nehme in Anspruch, daß dieser Landtag ohne weiteres in der Lage ist, alle an ihn gestellten Aufgaben, auch die Leitung eines Untersuchungs-Ausschusses, und das gilt für jedes Mitglied dieses Hauses, weil es bis dato auch gegangen ist, selbst zu führen und in einem Maße zu führen, daß auch gewährleistet ist, daß er zu ordentlichen unabhängigen Entscheidungen kommt, wie immer diese Entscheidungen sind und wer immer diese Entscheidungen trifft. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 15.04 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth (15.04 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das ist ein lustiger Nachmittag, würde ich meinen. Vor 20, 30 Jahren war es für einen Abgeordneten gar nicht so einfach, wenn er vom politischen Gegner gelobt wurde. Die Zeiten sind auch vorbei. Daher habe ich mich gefreut, daß Sie mich als Ausnahme ansehen. Ich kann Ihnen trotzdem nicht ersparen, einige Dinge zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich nicht zu jenen gehöre, die ununterbrochen streiten, dann sicher deshalb, weil ich einem Jahrgang angehöre, der genug in seinem Leben streiten mußte. Wenn man älter wird, wird man auch etwas ruhiger. Ich habe von Haus aus Bedenken bei der Bestellung des Pyhrn-Ausschusses gehabt. Vor allem auch deshalb, weil die Menschen in unserem Lande andere Sorgen haben als den Pyhrn-Ausschuß. Sie werden mir recht geben, zumindest alle jene, die diesem Ausschuß angehören, man wird sehr oft angesprochen, weil man uns im Fernsehen sieht, sonst würde es ja nicht passieren, mit dem Ausdruck: „Na, was habt ihr denn gestern wieder gemacht. Hört doch auf, es kommt eh nichts heraus.“ Und das ist schon etwas, was mich im besonderen bewegt. (Abg. Gennaro: „Zu ihm!“) Da hilft nichts, Kollege Gennaro. So sagen es die Leute, zumindest zu mir, und ich bin überzeugt, auch zu Ihnen – „kommt eh nichts heraus“. Das heißt also auf gut steirisch, „ihr richtet es euch eh wieder“. Und dagegen habe ich eigentlich wirklich etwas. Ich bin nicht für etwas richten, und ich bin dafür, daß untersucht wird, wo zu untersuchen ist, und aufgezeigt wird, was nicht in Ordnung ist ohne Rücksicht auf die Person. Nur, ich muß Ihnen schon auch sagen, daß es mich besonders berührt hat, daß wir einen Pyhrn-Ausschuß einrichten, wobei es vom Bundesrechnungshof nur einen Rohbericht gibt, der eigentlich überhaupt niemandem bekannt sein dürfte. Trotzdem hört man, und es wurde auch im Ausschuß festgestellt, daß dieser Rohbericht bei jeder Redaktion einer Zeitung liegt. Das würde mich auch noch nicht sehr aufregen. Was mich aber schon berührt, das ist, wenn der Hauptbeschuldigte und Kronzeuge dieser Sache, Generaldirektor Talirz, den ich das erste Mal bei dieser Zeugeneinnahme gesehen habe, überhaupt nicht die Chance gehabt hat, zu diesem Bericht, der hier vorliegt und über den wir verhandeln und untersuchen, Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Vorgangsweise, die kann ich mit mir selber nicht vereinbaren. Wenn ich heute einen Mord begehe, dann habe ich in absehbarer Zeit zumindest das Recht, in meine Akten Einsicht zu nehmen. Einem ehemaligen Generaldirektor wird dieses Recht genommen. Ich habe auch deshalb Sorge gehabt, daß es zu früh ist, wenn man ihn überhaupt gebraucht hat, diesen Pyhrn-Ausschuß, weil er letztlich vom Bundesparlament 21mal abgelehnt wurde. Meine Damen und Herren, 21mal abgelehnt! Heinz, ob du es hören willst oder nicht, es ist eine Tatsache. Nur, wir glauben in der Steiermark, wir haben die Gescheitheit mit dem Löffel gegessen, und wir werden das alles aufzeigen, was da nicht stimmt, wobei wir immer mehr draufkommen, daß wir in vielen Bereichen überhaupt nichts mitzureden haben und daß in vielen Bereichen und überhaupt die Aufsichtsräte keine Pflicht hatten, uns zu informieren, und entscheidend ist, daß sie es gar nicht durften, weil es nach dem Aktiengesetz abgehandelt wird.

Und lassen Sie mich auch ein Wort zu den Beamten sagen: Mir gefällt die Vorgangsweise nicht, wie man die Beamten unseres Landes und auch die von auswärts behandelt. Man unterstellt praktisch jedem, daß er nicht in Ordnung ist und daß er mit Aussagen kommt, die abgesprochen sind. Und dagegen habe ich schon etwas. Vor allem dann, wenn man ausgezeichnete Fachleute zu diesem Projekt hört, die, einer wie der andere, bestätigen, daß es bessere Leute als diese Bauaufsicht, wie wir sie eingesetzt haben in der Steiermark, nicht gibt und ein Prof. Weiss bei der letzten Einvernahme sehr deutlich sagte, wir haben Baustellen mit 50 Aufsichtsorganen. Das Durcheinander können Sie sich gar nicht vorstellen. Und dieses Durcheinander hat es bei uns nicht gegeben. Ich meine also, daß diese Leute, die vom Land abgestellt wurden, höchste Anerkennung verdienen, und nicht Verdächtigungen ausgesetzt werden dürfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich muß es auch sagen: Herr Präsident Rader, wir haben eigentlich ein sehr kollegiales Verhältnis. Der 5. Mai war für mich ein Erlebnistag, wo ich lieber nach Hause gegangen wäre, meine Damen und Herren. Es ist undenkbar, für mich zumindest, daß man sechs Beamte, neun Zeugen hat man vorgeladen, sofort nach Hause geschickt hat, weil man sie nicht mehr brauchte, weil gestern, so hieß es dort, etwas anderes ausgemacht wurde. Für mich unvorstellbar, daß man sie am Dienstag nachmittag nicht verständigen hätte können. Ich höre sogar, daß Prof. Riedmüller weiß ich von wo hergeflogen ist, um zu dieser Zeugenaussage zu kommen. Das ist das eine. Das hat mich sehr betroffen gemacht. Aber noch mehr betroffen, Kollege Rader, hat mich gemacht, daß du während der Befragung einer der größten Koryphäen am Tunnelsektor eine Pressekonferenz gemacht hast. Das habe ich einfach nicht verstanden. Denn die Aussagen des Prof. Weiss, meine Damen und Herren, von der Universität Wien waren wirklich aufschlußreich. Ich würde mir nicht trauen, diese auch nur eine Sekunde anzuzweifeln. Und da habe ich mir gedacht, Ludwig Rader hat am Beginn dieses Ausschusses gemeint, er werde dafür Sorge tragen, daß dieser Ausschuß zu keiner Farce wird. Mit solchen Methoden, Ludwig, macht man auch einen solchen Ausschuß zur Farce. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich sage es noch einmal und ganz ehrlich: Wenn mich nicht mein Klubobmann zurückgehalten hätte, würde ich diesem Ausschuß nicht mehr angehören. Ich vertrage es nicht, daß man mit Menschen, die man dort vorlädt, die zum Teil freiwillig dort hinkommen, so verfährt, wie es dort zum Teil geschieht. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wer war Obmann?“) Obmann war Kollege Rader. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Und wenn er draußen war?“) Trampusch weiter. Es geht ja nicht darum. Es geht ja darum, daß ich, wenn ich eine solche Koryphäe befrage, nicht gleichzeitig eine Pressekonferenz machen kann, meine Freunde. Wo sind wir denn? Der fährt von Wien her, um uns etwas zu sagen. Und dann gehen wir hinaus und machen eine Pressekonferenz. Das ist unmöglich. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ist das nicht protokolliert worden?“) Hör auf damit, du warst nicht dabei. Es geht um ganz andere Fragen. Das war ein Fachmann allerersten Ranges. (Abg. Vollmann: „Worum ist es gegangen?“) Und, Heinz Vollmann, hier ist es genau um den Bereich gegangen – Tunnel, Feststellung des Gebirges, der Güteklasse –, und dann geht man hinaus und läßt die anderen drinnen. (Abg. Trampusch: „Gilt die Anwesenheitspflicht nicht für alle Ausschußmitglieder?“) Darf ich noch einmal sagen, Kollege Trampusch, schau, bitte keine Demagogie – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wenn es so protokolliert ist!“) Bitte keine Demagogie! Bitte, es kommt ganz darauf an, Freunde, ob ich – (Abg. Trampusch: „Wie ist das mit der Anwesenheitspflicht?“) Kollege Trampusch, du weißt genausogut wie ich, daß es bei diesem Ausschuß eine Reihe von Null-acht-fünfzehn-Fragen gibt. Dort würde ich mich überhaupt nicht daran stoßen, wenn einer rausgeht. Nur, wenn man eine solche Kapazität herholt, dann hat er es sich verdient, daß man drinnen bleibt. Das sage ich Ihnen, und davon werden Sie mich auch nicht abbringen. (Abg. Trampusch: „Dann sage auch, was er an Kritik gesagt hat, was er nicht machen würde!“) Kollege Trampusch, das hat nicht der Prof. Weiss, das haben vor ihm andere auch gesagt. Inzwischen ist man in weiten Bereichen daraufgekommen, daß man so ein Verfahren nicht mehr machen würde. Aber alle machen wir doch einmal etwas, wo man hintennach sagt, ein zweites Mal passiert mir das sicher nicht, das mache ich anders. Das muß man doch anerkennen. (Abg. Trampusch: „Das ist auch der Sinn solcher Ausschüsse, so etwas festzustellen!“) Ich sage noch einmal, mir geht es darum, daß man einen Menschen aus Wien herholt, eine solche Kapazität. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Warum regst du dich so auf?“) Nein, ich rege mich nicht auf! Ich sage es noch einmal, es hat mich sehr betroffen gemacht, weil man so mit Menschen nicht umgeht. Meine Damen und Herren! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Hängt alles vom Rader ab?“) Nichts, er war der Vorsitzende! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es ist alles protokolliert!“) Kollege Chibidziura, du wirst ganz einfach festgestellt haben, daß ich mir sonst keine Kritik erlaubt habe als genau in diesem Punkt, und die lasse ich mir nicht nehmen. Und da war der Vorsitzende der Kollege Rader. Er wird es ja selber vielleicht inzwischen eingesehen haben, daß das nicht das Allergescheiteste war – ist vorbei. Ich sage es noch einmal, ich vertrage einen solchen Umgang mit Menschen nicht. Ich habe hier andere Vorstellungen.

Ich sage Ihnen noch etwas, ich wollte es gar nicht mehr sagen, aber jetzt reizt es mich fast dazu. Als dieser Ausschuß vom Landtag gewählt wurde, war die Frage, ob Kollege Flecker befangen ist oder nicht. Wir von der Volkspartei waren der Meinung, Kollege Flecker sei befangen. Die Kollegen von der Sozialistischen Partei und von den Freiheitlichen waren der Meinung, er sei nicht befangen. Dann kam es zur ersten Einvernahme. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sind Sie dagegen?“) Frau Kollegin, ich sage Ihnen das. Ich habe nichts dagegen. Ich untersuche auch gar nicht, ob er befangen ist oder nicht, nur, Sie sollen hören, bitte, wie es zugeht. Der Herr Kollege Flecker wird einvernommen, ganz normal, alles klar. Am Schluß der Einvernahme sagt der Herr Kollege Rader, bevor er sich ein endgültiges Urteil erlaubt, möchte er mit dem Kollegen Flecker ein Vier-Augen-Gespräch. Darauf steht der Herr Kollege Flecker auf, sagt: „Herr Präsident, mit Ihnen habe ich gar nichts zu bereden, ich gehe zu meiner Pressekonferenz“. Drei Minuten später bitte sagt der Kollege Vesko: „Eigentlich wäre Flecker gut beraten, wenn er aus dem Ausschuß selbst ausscheiden würde.“ Ich sage das nur, damit Sie sich selber ein Bild machen, wie es dort in Wirklichkeit zugeht. Und nun genug vom Pyhrn-Ausschuß. (Abg. Trampusch: „Das ist eben nicht die große Koalition, von der ihr immer redet!“) Ist sie! So funktioniert es ja. Das sind Tatsachen, die ich hier aufgezeigt habe und die ich mir auch nicht nehmen lasse. (Abg. Trampusch: „Es gibt sehr wohl unterschiedliche Auffassungen, und ich freue mich darüber!“) Ich glaube, man braucht dem nichts hinzuzufügen. Jeder, der denkt, denkt sich auch seinen Teil. Ich sage Ihnen heute, weil es der 25. Mai 1993 ist, daß für mich der morgige Tag, der 26. Mai 1993, ein ganz großer Tag ist, wenn das letzte Teilstück der Pyhrnautobahn seiner Bestimmung übergeben wird. Wissen Sie, was das für uns bedeutet, die wir zwei-, dreimal in der Woche vom Ennstal oder auch aus der Obersteiermark nach Graz fahren mußten, was das für ein Freudentag für uns ist zu wissen, nun haben wir eine fertige Autobahn? Wir fahren viel unfallsicherer nach Graz als all die Jahre zuvor. Wissen Sie, was das bedeutet hat in der Vergangenheit? Zwei- bis dreimal im Monat mußte man aus der Straße fahren, damit man einen Frontalunfall vermeidet. Und das sage ich heute auch sehr deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dies soweit gekommen ist, verdanken wir wirklich unserem Landeshauptmann Dr. Krainer (Abg. Schrittwieser: „Sekanina hat mitgetan!“), der mit dem damaligen Bundesminister – Siegfried, du weißt das sehr genau – das ausgehandelt hat, daß dieses Teilstück, diese Pyhrnautobahn auf steirischer Seite fertiggebaut und ausfinanziert wird. Daher sage ich heute unserem Landeshauptmann in diesem Zusammenhang einen herzlichen Dank. Glück auf, liebe Freunde! (Beifall bei der ÖVP. – 15.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (15.17 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem wir als stille oder stillere Mitglieder des Ausschusses zur Wortmeldung aufgefordert wurden,

kommen wir dieser vollinhaltlich nach und erlauben uns, persönliche Gedanken anzubringen. Ich glaube, diese Diskussion über den Pyhrn-Ausschuß oder der Pyhrn-Ausschuß wieder als Teil dieses Landtages spiegelt recht gut das gegenwärtige politische Klima in unserem Land. Und das in einer Zeit, wo es wirklich Sorgen um die Arbeitsplätze und um vieles andere mehr gibt, und dann wird hier gehackt um des politischen Kleingeldes willen, und hier wird die Politik insgesamt sicher nicht im positiven Sinn hervorgehoben. Wenn man bei diesem Untersuchungs-Ausschuß von Anfang an hat skeptisch sein können – und ich war das, und die ÖVP hat ja schließlich diesen Ausschuß seinerzeit mit Mehrheit abgelehnt, als sie noch die Mehrheit hatte, wie es sich zeigt zu Recht. Ich war damals fast der Meinung, man hätte ihn damals schon laufen lassen können, weil er irgendwann einmal kommt. Jetzt ist er da. Und wir wissen sogar jetzt, daß es noch immer der falsche Zeitpunkt war, weil wir abwarten hätten sollen. Aber im Vorfeld erinnere ich mich an eine andere Prüfung unseres Rechnungshofes, der Unzukömmlichkeiten größeren Ausmaßes aus seiner Sicht festgestellt hat, wo dann ein Gerichtsverfahren jahrelang danach Freisprüche gefällt hat und wo man seither zumindest das Recht hat, auch Rechnungshofberichte zu hinterfragen, bevor man ihnen vollinhaltlich folgt. Und vollinhaltlich ist man im Pyhrn-Ausschuß diesem Rechnungshofbericht gefolgt, denn man hat sofort die ominösen 900 verschwundenen Millionen nachgeplappert, und in der letzten Zeit sind sie auf 200 Millionen reduziert worden. Ich meine, das allein sagt schon etwas über die Seriosität von Untersuchungen aus. Mir ist eine einzelne Million auch zuviel. Es ist gar nicht mehr entscheidend, ob aus 900 Millionen 200 werden oder eine. Das stimmt schon. Auch eine ist zuviel, wenn sie danebengegangen ist. Aber jetzt frage ich mich, welchen Sinn hat ein Ausschuß, der dann nicht imstande ist, auch nur eine Million dingfest zu machen? Und wenn man sich bei der ersten Zeugen- einvernahme durch Herrn Generaldirektor Talirz sagen lassen muß, bekennen Sie sich zum Rechtsstaat Österreich als Mitglied eines gesetzgebenden Landtages, und wissen Sie, daß ein Rechnungshofbericht, der noch nicht die Stellungnahmen der Betroffenen eingearbeitet hat, de facto nicht besteht und überhaupt keine Grundlage einer Befragung sein darf, bekennen Sie sich dazu, ja oder nein? Und man muß zwangsweise ja sagen, was soll man dann noch viel weiterfragen dürfen, wenn man sich zum Rechtsstaat bekennt? Das heißt, der Einsatzpunkt des Untersuchungs-Ausschusses war verfrüht, er war rein politisch motiviert, aber nicht sachlich begründet. Und wenn der Kollege Wabl früher gesagt hat, entscheidend für Ausschußmitglieder ist die Sachkompetenz, und es ist nicht entscheidend, ob das ein Richter oder ein Politiker ist, dann muß ich ihn darauf hinweisen, daß die Sachkompetenz des Ausschusses bisher noch nicht zum Tragen gekommen ist, vorsichtig formuliert. Wir haben zwei Themenbereiche gehabt, der eine ist der juristische, wo es für mich als Techniker schon fad wurde, zehn Stunden lang von allen Spezialisten erklärt zu bekommen, ob das ein Werkvertrag posthum ist oder ein anderer Vertrag. Was soll man davon ableiten? In Oberösterreich hat der gleiche Vertrag funktioniert, vorher in Tirol auch,

und in der Steiermark, weil es jetzt diesen Untersuchungs-Ausschuß gibt, fängt man an, Läuse zu suchen. Und vor allem ist die Absicht des Ausschusses ja, eine politische Verantwortung nachzuweisen, natürlich auf unserer Seite, sonst hätte man ihn nicht eingesetzt. Wenn man also Spezialisten zehn Stunden lang befragt, und diese sind sich noch immer nicht einig, wie die juristische Auslegung eines Vertrages ist, wie soll dann ein politisch Verantwortlicher dieses Landes, für den dieser Vertrag einer von Tausenden und noch viel mehr ist, politische Verantwortung tragen können für etwas, was damals geschehen ist? Für mich wäre damit der Zeitpunkt gekommen, sachlich zu werden. Und auf der sachlichen Ebene hat sich der Ausschuß noch mehr übernommen. Er hat den Argumenten der Einvernommenen keine schlüssigen Gegenbeweise liefern können. Nachdem ich selbst in der Bauwirtschaft tätig bin, muß ich sagen: Weil von der einsetzenden Mehrheit dieses Landtages von vornherein nur die politische Schuldzuweisung beabsichtigt war, hat die sachliche Arbeit zur Aufklärung gelitten. Wir sind zwangsweise in eine Verteidigungsposition gedrängt worden, und das hat natürlich nicht zur Kooperation geführt. Das ist aber wohl verständlich. Wenn wir uns von vornherein auf die sachliche Ebene begeben hätten, wären wir vielleicht weiter gekommen, als wir heute sind. Ich bin sogar davon überzeugt. Aber die Schuld ist hier nicht bei uns zu suchen. Denn wir sind die Minderheit. Und weil früher von den Mehrheiten gesprochen wurde: Bei den ersten Abstimmungen wurde jedesmal gesagt – Klubobmann Vesko ist nicht da –, das ist die neue Mehrheit im Land. Ihr werdet schon noch draufkommen, wo die Mehrheit ist – aus und basta. Und als einmal der Kollege Getzinger und ein zweiter Kollege der SPÖ-Fraktion verhindert waren, Getzinger war oben im Ennstal bei der Trasse, und wo der Kollege Grabner war, weiß ich nicht, da hätten wir dann plötzlich wieder die Parität gehabt. Da hat bei der Abstimmung dann der Kollege Vesko die Situation sofort überzogen und hat fluchtartig den Ausschuß verlassen. Kollege Rader als Vorsitzender hat gesagt, dieser Antrag der ÖVP ist einstimmig angenommen. Er hat nicht einmal abstimmen lassen. Er war dafür, daß die SPÖ mitstimmt, damit keine Niederlage dabei herauskommt. So läuft das zwischen SPÖ und FPÖ. Das ist tatsächlich eine Fraktion. (Abg. Schrittwieser: „Es hat geheißsen: Das ist die Mehrheit!“) Da können wir im Protokoll nachschauen. Ich nehme dich beim Wort. Wir können nachschauen. Ist in Ordnung, machen wir. Ich kann mich ganz gut daran erinnern.

Jetzt möchte ich etwas sagen, weil immer wieder öffentlich von Verbesserung der Vergabe und Aufsichtsmoral gesprochen wird. Es ist eine Fehlmeinung, daß zehn Kilometer unterhalb von Arnoldstein die Mafia beginnt und zehn Kilometer oberhalb von Tarvis das Himmelreich. Das ist eine Fehlmeinung. Und dieser Landtag, wenn der glauben würde, daß er einen wesentlichen Beitrag zur Moralisierung der bereits zum erheblichen Teil eingerissenen, nicht immer seriösen Praxen unserer Wirtschaft leisten könnte – zur Demoralisierung eher –, dann übernimmt er sich selbst. Ich sage ganz offen, es gibt in vielen Bereichen der Wirtschaft Dinge, die wir nicht gutheißen können, und in wirtschaftlich kritischen Zeiten verstärken sich diese Effekte. Es gibt sogar Firmen, die wahrscheinlich

nicht mehr existieren würden, wenn sie nicht mit diesen Praxen leben würden. Das sage ich auch ganz offen. Der Herr Prof. Weiss ist anscheinend ein Mann der Praxis. Er wurde gefragt, ob hier eine Firma vielleicht mehr verdient hat durch die Auslegung irgendeines Punktes. Dann hat er gesagt: „Ja, es mag sein, daß diese Firma verdient hat. Das ist in Österreich ja eine Schande im Gegensatz zu Amerika, wo man stolz ist, wenn man etwas verdient.“ Das ist vielleicht etwas pauschal beurteilt, aber es ist schon der Kern der Frage. Wir wären hier sehr froh nachzuweisen, daß eine Firma vielleicht mit nicht korrekten Methoden kostendeckend gearbeitet hat, und viel mehr wird es nicht sein, denn die Kilometerbaukostensätze entsprechen dem österreichischen Schnitt – bei der Pyhrn ohne weiteres trotz der Erschwernisse –, und auf der anderen Seite schreien wir dann hier wieder, wir müssen die Wirtschaft stützen, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind, weil die Firma A, B und C Pleite gegangen ist. Dann wollen wir das Geld wieder zurückgeben, damit die Firmen belebt werden, wo es dann nichts mehr hilft. Es ist ja wirklich eine paradoxe Erscheinung, wie man auf der einen Seite von der Moral spricht und auf der anderen Seite dann die Firmen wieder päppeln muß, damit sie wahrscheinlich wieder unmoralisch werden können. Ich möchte sagen, nicht wenige Kollegen in dem Ausschuß haben offensichtlich wenig Bezug zur Praxis und zur Wirtschaft, denn sonst könnten sie nicht so reden. (Beifall bei der ÖVP. – 15.26 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (15.26 Uhr): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

(Abg. Grillitsch: „Jetzt schaust du ernst!“) Es ist auch sehr ernst, weil wenn hier der Eindruck erweckt wird, daß jetzt manche im Ausschuß schuld seien, daß wir noch nicht die ganze Wahrheit gefunden haben, dann ist es auch eine sehr einseitige Darstellung. Ich darf damit anfangen, daß der Kollege Cortolezis gemeint hat, der Vorsitzende, Präsident Rader, wäre sehr stümperhaft vorgegangen, er hätte Briefe verschickt, die stümperhaft waren, hilfloses Vorgehen und so weiter. In Wirklichkeit greifst du unseren Präsidenten an. Denn alle Briefe, die hinausgehen, sind vom Herrn Präsidenten Wegart unterschrieben, laufen über die Präsidialkanzlei und widerspiegeln die Beschlüsse. Ich würde zuerst einmal nachschauen, wer solche Briefe hinausschickt, wer sie unterfertigt, bevor ich zum Rednerpult gehe und dann solche Beschuldigungen erhebe. Ich bitte, sich selbst davon zu überzeugen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Lies den Beschluß der RichterIn aus Innsbruck!“) Du hast den Präsidenten Rader beschuldigt, daß er solche stümperhaften Briefe verschickt. Er hat sie ja nicht verschickt. Verschickt sind sie vom Präsidenten Wegart worden, und wir stehen zu dem, was der Präsident Wegart verschickt hat. (Abg. Gennaro: „Das war ein Eigentümer!“) Nur du stehst nicht dazu. Du stellst es hier dar, wie wenn das der Rader gewesen wäre. Ich würde mich zuerst einmal überzeugen, wer Briefe verschickt, wer sie unterschreibt, und dann würde ich da hergehen und groß reden, und nicht den eigenen Präsidenten beschuldigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Aussagen reihen sich ja würdig an andere. Wenngleich dort zu Beginn der Sitzungen gesagt worden ist vom Kollegen Hirschmann, das Ganze ist – und jetzt will ich hier nicht interpretieren –, die einen haben „Kas“ verstanden, die anderen etwas anderes, ich lese es nicht, dann hat er die Rechnungshofberichte gemeint. Auch der Kollege Schützenhöfer hat am Anfang gesagt, daß der Rechnungshof einpacken soll. Wenn vorher schon solche Ansagen kommen, dann kann man nicht den Eindruck haben, daß alle ernsthaft mitarbeiten. Ich attestiere gerne dem Kollegen Löcker und dem Kollegen Kanduth, daß sie immer dabei sind. Aus ihren Fragen ist auch ersichtlich, daß sie die Berichte tatsächlich gelesen haben. Aber von allen drei anderen behaupte ich das sicher nicht. Und ich kann das auch beweisen. (Abg. Schützenhöfer: „Bei dir ist es noch ärger. Du hast sie gelesen und nicht verstanden!“) Nur, dann geht man an die Öffentlichkeit und sagt, das ist für die Katze – klinisch tot, Bauchfleck. Solche Aussagen kommen dann, und dann geht man in den Landtag und sagt, man soll ernsthaft arbeiten. Zuerst soll man einmal seine eigene Sprache kontrollieren lernen und einmal wissen, was man in der Öffentlichkeit für einen Eindruck erzeugt, bevor man dann da hergeht und sagt, es soll sachlich gearbeitet werden. Die, die wirklich etwas herausbringen wollen, und nicht nur das, was zuletzt gesagt worden ist, nur rein eine politische Verantwortung, haben natürlich jetzt mehr Mühe als andere, wenn man sich die Dinge wirklich anschaut. Ich gebe in einigem dem Kollegen Löcker recht, aber nicht in allem. Man kann nicht hergehen und jetzt gewisse Praktiken einfach dadurch rechtfertigen, die Firmen müssen überleben, und sie müssen verdienen. Da gibt es schon Unterschiede. Ich würde nicht so leichtfertig ein paar Dinge in den Mund nehmen. Da hat es eigentlich auch sehr – und das können wir beweisen – dubiose Verbindungen gegeben zwischen manchen Firmen. Es ist kein Zufall, daß immer die teuersten Varianten dann zur Ausführung gelangt sind. Es ist kein Zufall, daß die Bestbieter immer ausgeschieden worden sind. Es ist auch kein Zufall, daß letztlich immer die gleichen Firmen drangekommen sind. Wenn sie dann nicht Generalunternehmen geworden sind, dann sind Subunternehmen drangekommen, und die Preise haben dann letztlich immer gestimmt. Uns macht es auch nachdenklich, wenn Dinge doppelt verrechnet werden, 60.000 Kubikmeter der Bundesbahn und der Pyhnautobahn, 100.000 Kubikmeter Massenvermehrung bei der Liesingbachverlegung, Autobahnmeisterei ist um mehr als 100 Millionen teurer. Dann ist man noch stolz darauf und sagt, aber die Kubaturpreise stimmen bei der Autobahn. Das muß man sich einmal überlegen. Die haben dort unter die Autobahn riesenhohe Hallen hineingebaut, und dann gehe ich her und sage, wenn ich die Kubatur nehme, entspricht das dem österreichischen Durchschnitt. Wißt ihr, was das ist? Ich kaufe ein zusammengelegtes Schlauchboot, pumpe es auf und sage, die Kubatur verkaufe ich, und das Schlauchboot ist zehnmal so teuer. So ungefähr kommt mir das vor, wenn man uns vormachen will, wo wir keine Baufachleute sind, daß die Kubaturen stimmen, nur weil die Bauten überhöht sind und unter die Autobahn hineinbaut. Man wäre mit ein paar Meter niedrigerer lichter Höhe auch über die Runden

gekommen. (Abg. Grillitsch: „Den Loidl zu fragen wäre besser!“) Dann hätten die Kubaturen nicht mehr gestimmt. Oder dieses Zu- und Abschlagsverfahren im Waldener Tunnel. Auch der Prof. Weiss, der heute zitiert worden ist, hat dort ernsthaft gesagt, so etwas würde ich nie in der Form empfehlen. Aber das ist da verschwiegen worden. Man hat also nur darüber geredet, daß der Kollege Rader die ganze Zeit nicht anwesend war. Aber man hat nicht gesagt, daß der selber das sehr bedenklich gefunden hat. Und ich sage noch etwas dazu, niemand hat Beamte pauschal verurteilt und beschuldigt. Das wird keiner tun können, denn es sind sicher viele dabei, die sehr ernsthaft ihre Aufgabe erfüllt haben. Die ja selbst auch bei den Befragungen gesagt haben, ihnen ist vieles aufgefallen, sie haben vieles gemeldet, und sie haben sich darüber gewundert, daß es keine Reaktionen gegeben hat. Die meinen wir sicher nicht. Aber wir meinen die, die mit in die Karibik geflogen sind, um den Naturasphalt anzuschauen und anderes, und dann stellt sich heraus, daß wir Drainasphalt die ganze Autobahnstrecke entlang haben, auch dort, wo die Fachleute erklärt haben, da hätte nie einer hingehört, und anderes mehr. Eine Pauschalverurteilung findet nicht statt. Und ich sage auch sehr ernst, weil der Kollege Kanduth mit Recht gesagt hat, der morgige Tag ist ein wichtiger Tag, wir sind stolz auf die Ingenieurleistungen, die da passiert sind. Aber es geht darum, daß man etwas nicht um jeden Preis verteidigt. Wir sind der Auffassung, das werden wir schon noch belegen, da gibt es genug Beispiele, und auch durch Zeugenaussagen, wenn man hinhört, schon belegt, man hätte vieles mit der gleichen Qualität billiger bauen können, und die Steuergelder, weil auch gesagt worden ist, regt euch nicht auf, das Land Steiermark hat einen gleichbleibenden Beitrag eingebracht, ja, wir sind ja alle Steuerzahler, jeder von uns, und daher kann es uns schon was angehen, wenn etwas viel teurer kommt als ursprünglich veranschlagt. Und man darf dann wohl auch hinterfragen, und das tun wir. Und jetzt erwarten es manche nicht, einige von den Herren Journalisten erwarten es nicht und einige von der ÖVP auch nicht, daß wir endlich zum Ergebnis kommen. Wenn wir es uns so einfach gemacht hätten, wie das schon gesagt worden ist, wenn wir nur eine politische Verantwortung prüfen wollten, dann hätten wir irgendwann gesagt, Bauaufsicht war nicht voll in Ordnung, politischer Verantwortlicher ist klar, daher Ende. Wir wollen ja etwas herausbekommen, um für die Zukunft solche Abläufe zu verhindern. Denn wenn ich ein paar Millionen oder ein paar hundert Millionen erspare, dann kann ich woanders mit dem gleichen Geld in der Wirtschaft auch Arbeitsplätze sichern. Das heißt ja nicht, daß die Autobahn allein uns Arbeitsplätze schafft. Wenn ich mit dem gleichen Geld im Hochbau gearbeitet hätte, hätte ich ein Vielfaches an Arbeitsplätzen in der Steiermark gesichert. Und dann wird man wohl noch fragen dürfen, und da werden wir wohl zu einem Ergebnis kommen. Ich bin überzeugt davon, wenn die ÖVP das wirklich beginnt ernst zu nehmen, dann werden wir auch in aller Ruhe, aber sehr konsequent, die Rechnungshofberichte weiter durchleuchten, und es ist keine einzige Behauptung des Bundesrechnungshofberichtes und des Landesrechnungshofes bis heute widerlegt. Es sind nur viele Dinge hinterfragt worden. Ich bitte dann selbst, wer

es gelesen hat – Kollege Maitz, ich weiß nicht, ob du alles gelesen hast und auch die Protokolle des Ausschusses – dann kommt man darauf – (Abg. Dr. Maitz: „Was ist mit den 900 Millionen?“) Das sage ich gerne: Die 900 Millionen stehen im Landesrechnungshofbericht. Der Landesrechnungshofbericht ist fertig. Niemand von uns hat ungeschaut gesagt, die 900 Millionen sind der ungeklärte Abgang. Der Landesrechnungshof stellt fest – bitte nachzulesen, den habt ihr hoffentlich alle –, daß es um 900 Millionen teurer gekommen ist, stimmt auch nicht, denn die Endabrechnung wird erst in einem Jahr vorliegen, und jetzt sagen schon alle, die Endabrechnung wird mehr als um 900 Millionen höher sein als die ursprüngliche Schätzung. Aber niemand von uns sagt, daß die 900 Millionen alle zum Fenster hinausgeworfen sind oder dubios verschwunden sind. Das sagt ja niemand. Nur das wird uns in den Mund gelegt, was der Rechnungshof als Bruttoberechnung hier in seine Bemerkungen aufnimmt. Und das müssen wir, glaube ich, auch einmal klarstellen. Aber es bleibt genug übrig, das es zu untersuchen gibt. Ich bin überzeugt davon, am Ende und beim Abschlußbericht werden wir alle sagen, es war notwendig, denn wir werden in Zukunft eine bessere begleitende Kontrolle haben, und es wird nicht möglich sein, daß immer gleiche Firmen mit den gleichen Methoden das Geschäft machen. Auch wenn manche Firmen davon leben müssen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.36 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es jetzt 15.36 Uhr ist und daß ich um 16 Uhr die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt unterbreche und die zwei dringlichen Anfragen auf die Tagesordnung setze.

Abg. Dr. Hirschmann (15.37 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich nach dem, was der Kollege Kanduth und der Kollege Löcker gesagt haben, wirklich nicht mehr zu Wort melden, weil sehr eindrucksvoll aus der Sicht von, wenn ich das so sagen darf, praktischen, bodenständigen Menschen darauf hingewiesen wurde, was sich in dem Land alles so abspielt. Ich bin für kritische Bemerkungen auch gegen meine Person sehr offen, aber ich habe nicht den Eindruck, daß der erste Teil der heutigen Debatte und überhaupt, ich sage es ganz nüchtern, ich komme gerne, Herr Kollege Trampusch, darauf zurück, auch im Detail auf einige Dinge, die du gesagt hast, ich habe nicht den Eindruck, daß wir außer uns selbst irgend jemand in diesem Land positiv durch diese Debatten beeindruckt. Es interessiert in diesem Land der Pyhrn-Ausschuß niemanden. Und ich werde Ihnen auch sagen warum. Das ist im übrigen sehr eindrucksvoll von Richard Kanduth und Hans Löcker schon gesagt worden, aber wenn wir daran denken, was wir in der Landwirtschaft für Probleme haben, und wir haben – der Kollege Peinhaupt sitzt da hinten – in den letzten Tagen eine Diskussion, die sich auch des intensivsten Einsatzes aller Beteiligten, Betroffenen und Fachkundigen erfreuen sollte. Wenn ich denke gerade an die Probleme der verstaatlichten Industrie;

die Wirtschaftsprobleme, Arbeitsplatzprobleme sind angesprochen worden, Fachhochschulen, Forschungspolitik, Spital – werden wir heute noch reden.

Meine verehrten Damen und Herren, ich bedaure, daß der Herr Landesrat Ressel nicht da ist, aus einem einzigen Grund. Ich habe Verständnis. (Abg. Gennaro: „Er sucht den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer!“) Moment, er hat viel zu tun. Weißt du, warum ich bedaure, daß er nicht da ist? Weil er wahrscheinlich auch, wenn er einmal sagen würde, was er von diesem Ausschuß hält, wenn er das ehrlich sagen würde, auch angesichts der Probleme, die er gemeinsam mit uns in den nächsten Monaten lösen wird müssen, denn, meine verehrten Damen und Herren, ihr wißt das ganz genau, wir können nicht einmal mehr ein Budget für das 94er Jahr machen. So geht es uns. Und da darf ich an das erinnern, was, glaube ich, Löcker oder Kanduth gesagt haben, einer von den beiden: Wir schaffen uns hier ein Klima, an dem wir schweren Schaden nehmen werden und schon genommen haben. Ich sage auch, warum. Es ist nichts Neues. So was Durchschaubares wie die Einrichtung dieses Ausschusses, wobei ich verstehe, für die FPÖ habe ich immer exculpierende Argumente in dem Zusammenhang. Dort hat es einen gewissen sportlichen Reiz. Und der Kollege Vesko, der heute hier eine kabarettistische, hochexplosive Dynamik versprüht hat, die er sonst im Ausschuß leider auch nicht hat – tu da nicht qualifizieren –, mußte aber zu dringenden Amtsgeschäften, nehme ich an, in die Obersteiermark verreisen mittlerweile. (Präsident Dr. Klausner: „Er ist entschuldigt, weil seine Mutter einen Schlaganfall erlitten hat!“) Das tut mir sehr leid. Ich darf aber trotzdem einige Dinge in dem Zusammenhang sagen. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist genau eure Art!“ – Abg. Dr. Maitz: „Das muß der Dr. Flecker sagen, der ständig alle Leute abqualifiziert!“) Herr Hofrat Flecker, darf ich Ihnen eines sagen: Ihre moralische Entrüstung überhöre ich gerne. Ich habe bitte erfahren, daß der Herr Abgeordnete Vesko weg mußte. Ich habe den Grund nicht gewußt. Ich habe sofort gesagt, tut mir leid. Alles d'accord? Und bitte schön, Ihre Art der Interpretation, lassen Sie mich damit in Ruhe. Aber bleiben wir beim Thema. Es gibt ja zur Sache auch noch einiges zu sagen. Wenn ich dann höre, zum Beispiel verstaatlichte Industrie, AMAG und ähnliche Dinge, wo bitte Milliardenbeträge in den letzten Jahren verlorengegangen sind, lieber Kollege Trampusch, da bin ich dann bei dir. Jawohl, es ist bei jedem Schilling, bei jeder Million, die irgendwo verlorengeht, richtig, daß man nachschaut. Nur bitte, die Durchschaubarkeit des Manövers war doch vom ersten Tag bis heute ganz offensichtlich. (Abg. Trampusch: „Nach eurer Version!“) Lieber Franz, nicht nur nach unserer Version. Es ist doch unverhohlen, bitte lies nach, was du in deinem Rosenblatt selber ständig schreiben läßt.

50 Milliarden Schilling wurden in diesem Land in den letzten 20 Jahren unter der Führung des Straßenbaureferenten Josef Krainer verbaut, und es hat nicht den geringsten Vorwurf, nicht die geringste Beanstandung, nicht das kleinste Malheur gegeben, Gott sei Dank. Jetzt hat man aber eine Sache zum Anlaß genommen, mit der das Land überhaupt nichts zu tun hat, der Bund seinerseits, wenn Sie so wollen, verantwortlich ist, der aber sogar eine Sondergesellschaft,

und über das Malheur von Sondergesellschaften können wir gerne reden, Sondergesellschaften, die, wenn man so will, aus ganz bestimmten Gründen eingeführt wurden zu Zeiten der SPÖ-Alleinregierung, sich seiner Verantwortung in diesen Dingen, jedenfalls was die Durchführung anbelangt, entledigt hat. Lieber Kollege Franz Trampusch, ich muß dir ganz offen sagen: Ich höre von dir seit Monaten, nachdem du gemerkt hast, daß deine ursprüngliche Strategie mit dem Kollegen Rader nicht aufgeht, dem Landeshauptmann hier etwas anzuhängen, daß du für eine neue Vergabekultur bist – wunderbar, sage ich. Nur, meine verehrten Damen und Herren, das Land Steiermark hat in dem Zusammenhang ein Pouvoir von, Sie hören richtig, sage und schreibe 10.000 Schilling, was die Vergabe anbelangt. All das, was du auch gerade vorher hier gesagt hast im Zusammenhang mit Vergaben, ist eine ausschließliche Sache eines einzigen Menschen in dem Land. Und das war Generaldirektor Talirz, und sonst überhaupt niemand. (Abg. Trampusch: „Da geht es auch um Abläufe, nicht nur um Geld!“) Das Zweite, weil du fragst, wer sagt denn das immer. Hofrat Flecker, der dort sitzt, hat drüben im Ausschuß immer vom 900-Millionen-Schilling-Ding geredet. Und dann sagst du hier auf einmal, nein, davon spricht ja niemand mehr. Wo ist da das Traumännlein zu finden? Dritter Punkt: Bauaufsicht im Lande. Wenn ich mich recht erinnere, und sei mir nicht böse, die präpotente Bemerkung erlaube ich mir, Franz Trampusch, ich verstehe auch manche Dinge, die ich nicht gelesen habe, wenn sie so durchschaubar sind. Und wenn du gewisse Dinge nicht verstehst, die du dreimal gelesen hast, dann ist das dein Problem. (Abg. Dörflinger: „Hör auf! Kannst du einmal etwas zur Sache sagen?“ – Abg. Trampusch: „Habe ich einmal den Kollegen Hirschmann so qualifiziert? Aber er lebt davon, andere zu qualifizieren!“) Lieber Franz Trampusch, über die Frage von Qualifikationen sollen wir uns hier nicht unterhalten. Da sind wir uns alle miteinander nichts schuldig. Und daß Hofrat Flecker es nicht aushält manches Mal auf seinem Sitz, das verstehe ich ganz gut. Aber das berührt im übrigen hier gar niemanden. (Abg. Trampusch: „Wir sind kein Kabarett. Bleibe ernsthaft! Die Profilierungsneurose, die du hast, soll nicht im Haus ihren Niederschlag finden!“) Ich bleibe gleich dabei. (Abg. Dr. Maitz: „Das war die Retourkutsche, aber auch nicht sehr fein!“) Karli, ich rege mich nicht auf, entschuldige. Das ist ja kein Grund zur Erregung. Nein, überhaupt nicht.

Ich meine, meine verehrten Damen und Herren von der SPÖ vor allem, wenn man schon von Ernst redet, lieber Franz Trampusch, wie erklärst du dir, es ist heute schon angesprochen worden, daß das Bundesparlament möglicherweise eine Zuständigkeit hätte zur Prüfung dieser Dinge, bis jetzt die SPÖ 21mal abgelehnt – und mittlerweile ist erfreulicherweise Landesrat Ressel hier eingetroffen, und der kennt die Geschichte. (Landesrat Ing. Ressel: „Verlassen Sie sich nicht auf mich. Ich werden Sie hoffentlich nicht gleich enttäuschen!“) Nein, ich will Sie hier nicht in Bedrängnis bringen, Herr Landesrat. Aber ich habe eine Rede von Ihnen gelesen im Bundesparlament, wo Sie der SPÖ-Redner waren und gegen einen solchen Untersuchungs-Ausschuß aufgetreten sind. Ich will Sie nicht in Bedrängnis bringen. (Abg. Trampusch: „Du

hast den Kollegen Neisser angerufen und gesagt, er soll etwas unternehmen, weil die Roten wollen in der Steiermark etwas unternehmen!“) Einmal mehr zitiert du mich falsch. Ich lege Wert darauf, daß ich präzise zitiert werde. Ich habe den Kollegen Neisser angerufen und habe gefragt, ob er bereit wäre, vor dem Untersuchungs-Ausschuß, das zwar ein juristisches Nullum ist, aber wenn wir uns schon zu solchen Sachen versteigen, sind wir auch bereit, dort mitzutun, ich habe also Neisser gefragt, ob er bereit wäre (Abg. Trampusch: „Wir brauchen ihn nicht anzurufen, wenn wir in der Steiermark etwas machen wollen!“), mit dem Kollegen Fuhrmann zusammen in Graz hier auszusagen. Worauf er gesagt hat: Nein, danke vielmals, und der Fuhrmann läßt sich auch vielmals bedanken für die Einladung in dem Zusammenhang. Das war mein Gespräch mit dem Herrn Klubobmann Neisser. Lieber Herr Kollege Trampusch, dann noch eine Anmerkung zu dem, was du vorhin gesagt hast an die Adresse des Kollegen Candidus Cortolezis wegen des Briefschreibens. Das ist zwar jetzt nicht die allerdinglichste Sache in dem Zusammenhang, weil es darum gegangen ist, daß der Brief des Ausschußvorsitzenden an den Sektionschef Freudenreich und, ich nehme an, auch an die Untersuchungsrichterin in Innsbruck nicht von der Qualität war, daß wir eine Antwort verdient hätten. Ich nehme schon an, daß die Textierung dieses Briefes, ich sage jetzt einmal, ich nehme das als Kollektivschuld auf uns im Ausschuß, von uns gekommen ist. Und bitte, ziehen wir hier den armen Präsidenten nicht mit hinein. Das hätte er sich wirklich nicht verdient in dem Zusammenhang.

Ich möchte das, meine verehrten Damen und Herren, noch einmal auf den Punkt bringen, damit es hier keinen Irrtum gibt. Sie kennen unsere Meinung seit dem 9. September 1991, wo wir klipp und klar in diesem Hohen Haus festgestellt haben: Sollte es sich herausstellen, wenn ein Bericht vorliegt, zum Beispiel ein Endbericht vom Rechnungshof, und dieser liegt ja nicht vor, wenn es gerichtliche Erkenntnisse, Urteile und was immer auch geben sollte, dann hätte es einen Sinn für uns, selbstverständlich, Fahne voran, einen Untersuchungs-Ausschuß des Steiermärkischen Landtages einzurichten, auch vom Zeitpunkt her. Und, lieber Herr Kollege Trampusch, daß ich soviel Macht hätte, in eurem Klub zu bestimmen, wann ihr bei einem Antrag der FPÖ mitgeht oder nicht, das würde ich denn doch zu bezweifeln wagen. Aber daß du hier immer für deinen wirklichen Klubobmann, nämlich den Ludwig Rader, auch sprechen mußst, das ist die Kehrseite der Medaille. Und das macht die Sache von Anbeginn an leider so durchschaubar, daß wir, wie Löcker richtig sagte, nie in die Lage gekommen sind, unsere Ernsthaftigkeit der Arbeit wirklich demonstrieren zu können, zu der wir selbstverständlich sehr gerne bereit gewesen wären. (Abg. Trampusch: „Bist du überzeugt von dem, was du sagst?“) Ich bin absolut überzeugt von dem, was ich sage, Franz. Du kennst mich lange genug. (Abg. Trampusch: „Dann wünsche ich dir alles Gute!“)

Zwei Dinge darf ich dann doch, lieber Franz, in aller Ernsthaftigkeit noch anmerken, und das darf ich an Deine Adresse und auch an die Adresse des Klubobmannes Vesko richten. Es ist auch schon angesprochen worden, aber man soll das so im Raum so

billig nicht stehen lassen: Es wird selbstverständlich von euch mit Generalverdächtigungen und Beschuldigungen der Beamtschaft operiert. Es hat mehrfach Aussagen gegeben entgegen den Aussagen des Rechnungshofberichterstatters im Untersuchungsausschuß von allen bisher einvernommenen Zeugen, wenn ich mich recht erinnere, die gesagt haben, die Bauaufsicht des Landes war von exzellenten Leuten exzellent geführt. Das ist etwas knapp dargestellt, aber im großen und ganzen habe ich das so im Ohr. (Abg. Dr. Flecker: „Das hat Talirz, euer Kronzeuge, gesagt!“) Nein, dagegen möchte ich mich streng verwahren. Noch ist er, glaube ich, Mitglied der SPÖ, und nicht der ÖVP. Das möchte ich nur nebenbei einflechten, Herr Hofrat. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist egal. Er kann trotzdem euer Kronzeuge sein!“) Ich weiß schon, daß ihr euch gerne abseilt von einigen Leuten. Und im übrigen gibt es bei euch durchaus auch sehr unterschiedliche, wie ich höre, Auffassungen, was diese Sache insgesamt anbelangt. (Abg. Trampusch: „Da siehst du unsere Objektivität!“)

Das wäre schön, wenn es so wäre, lieber Franz Trampusch. Das ist überhaupt keine Frage. Und noch einmal: Du sollst aber auch a priori nicht an der unsrigen zweifeln. (Abg. Trampusch: „Wir haben nichts zu verbergen!“) Ich wüßte nicht, was ich zu verbergen hätte. (Abg. Trampusch: „Dann paßt es, und machen wir weiter!“) Ja, wenn es sinnvoll ist. Ich bin schon gespannt auf den kommenden Freitag, wo wir wieder eine Geschäftsordnungssitzung haben, wo wir dann das ganze Unternehmen von Alpha bis Omega neu aufzäumen werden. Wenn es eine sinnvolle Zielvorstellung gibt, dann bitte gerne. Aber wenn ich mir dann gleichzeitig, und das muß ich den Kollegen und der Kollegin der FPÖ schon auch sagen dürfen, meine verehrte Dame und meine Herren, es ist das in der FPÖ ja nicht so, daß es eine so eindeutige Meinungsbildung gibt, wie das heute der Klubobmann Vesko von sich gegeben hat. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ihr sagt, es geht nichts weiter. Ihr blockiert die Sachen!“ – Abg. Dr. Ebner: „Von euch wird behindert!“)

Wenn ich mich recht erinnere, gibt es dort noch immer einen Parteiobmann, den ich sehr schätze – wie du weißt, Chibi –, und Landesrat, der unlängst mitgeteilt hat in einer Pressekonferenz, wenn ich das richtig gelesen habe, daß er eigentlich der Meinung ist, daß der Ausschuß rasch beendet werden soll, Frist: 15. Juni, und daß er im übrigen auch der Meinung ist, daß es in der Steiermark viel wichtigere Dinge gibt als diesen Ausschuß. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „So schnell wie möglich weiterzumachen und bis zum Juni fertig zu sein war die Intention!“) In welchem Juni, Chibi? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Juni 1993!“) So habe ich den Michael Schmid verstanden, ja! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du hast den Fahrplan!“) Nein, den Unterschied zwischen Rader und Michael Schmid brauche ich dir nicht erklären, oder? Aber eines kann ich dir erklären. Die Aussage des Ludwig Rader ist ja doch einige Monate her, und die des Michael Schmid ist neueren Datums. Und das ist das Entscheidende. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Frage ist, ob die ÖVP bereit ist mitzuarbeiten!“) Im Prinzip! Ja, hältst du es für möglich, daß man bis 15. Juni noch einen Endbericht macht? (Abg. Mag. Bleckmann: „Am Anfang war das Wort!“) Am Anfang war das Wort!

Also, du bist der Meinung, wir sollen das bis zum 15. Juni machen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ja, wenn ihr mitmacht!“)

Was heißt das? Ja oder nein? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich weiß nicht, wie bei euch die Bereitschaft ist!“)

Bei uns ist die Bereitschaft, Tag und Nacht durchzuarbeiten. Ich biete folgendes an: Wenn der Kollege Rader am Freitag das so präsentieren würde, daß er sagt, bitte, wir erhöhen die Tagzahl auf vier Ausschustage in der Woche, vier Ausschustage. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wir sind ja nicht gelähmt. Wenn du dauernd im Ausschuß sitzt, dann ist die ÖVP gelähmt!“)

Du, wir haben einen großen Klub mit lauter tüchtigen Leuten. Wir können die Arbeit ein bißchen verteilen. (Abg. Dr. Ebner: „Bringt eure Vorschläge, und beschließt es im Ausschuß!“)

Nein, aber ich würde sagen, tun wir das jetzt ausreden. Chibi, du bist der einzige wirklich dauernde Zaungast, ich bedaure, daß du nicht öfter dabei bist, aber daran liegt mir jetzt. Du bist der Meinung, wir sollen am Freitag – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das müßt ihr im Endeffekt doch selber wissen!“) Nein, wir wissen schon, aber wie ist das mit euch? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das müßt ihr im Ausschuß selber ausmachen!“) Nein, es geht jetzt um die Terminfrage, Chibi. Noch einmal, also du bist der Meinung – warte, ich muß das mit dem Chibi erst fertig machen. Das müssen wir jetzt ausreden. Chibi, du bist der Meinung, bis 15. Juni 1993 schließen wir noch ab. Da mache ich dir ein Angebot. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es ist dir der Stoff ausgegangen, und jetzt redest du darüber!“) Nein, zu dem Thema ist mir schon lange der Stoff ausgegangen. Ich habe von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß die Sache höchst verunglückt ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die fünf Minuten schaffst du noch!“) Es sind noch vier Minuten. (Abg. Trampusch: „Chibi, frage ihn nicht, wann er aufhören will, frage ihn, wann er anfangen will!“) Franz, noch einmal! (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt sollen wir euren Karren aus dem Dreck ziehen!“) Gut, also Chibi, wir bleiben dabei, Angebot. (Abg. Trampusch: „Jetzt bist du noch immer der Meinung, der Ausschuß ist für nichts!“) Chibi, ein Angebot: Vier Ausschustage pro Woche, 15. Juni Endbericht. (Abg. Dr. Flecker: „Sieben Ausschustage!“) Sieben Tage? Bitte, auch möglich, durchaus! Einmal haben wir noch Landtag inzwischen.

Bitte, aber schließen wir ab. Wir kommen ja, glaube ich, auf die 16-Uhr-Geschichte zu. Noch einmal, Chibi, du bist ein Kontrollfuchs, wie ich weiß. Du warst früher einmal Ausschußobmann, Kontroll-Ausschußobmann, wenn ich mich an goldene Zeiten noch erinnere. Du nimmst es ja ernst. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Schöne Zeiten!“)

Ja, das waren schöne Zeiten, gar keine Frage. Da ist noch konstruktiv gearbeitet worden. Und ihr wart zu zweit, aber doch meistens einer Meinung, du und der Rader, was man ja jetzt nicht mehr sagen kann. Gut! Also bleiben wir dabei: Ausschuß – wir bieten an, kommenden Freitag, bin ich gespannt, daß wir im Juni noch zu einem ordentlichen – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das hängt nicht von mir ab!“) Du hast ja einen gewissen Einfluß, im Klub darüber mitzureden.

Eine Bemerkung darf ich mir am Schluß in dem Zusammenhang schon – (Abg. Dr. Flecker: „Wahrheitspflicht!“) Oh ja, Herr Kollege Flecker, für die Wahrheitspflicht sind wir sehr (Abg. Dr. Flecker: „Rückwirkend!“), aber die damit verbundene Unterstellung von euch, daß die Leute, die bis jetzt da drüben als Zeugen einvernommen wurden, Klagen haben (Abg. Dr. Flecker: „Wir fragen sie noch einmal und vergleichen es!“), würde zuerst Sie selber auch treffen. Sie waren nämlich auch Zeuge schon, und zum Zweiten ist es eine böse Unterstellung, Herr Hofrat Flecker. Und an die FPÖ darf ich noch etwas sagen, bitte, tut den Kollegen Vesko doch auf einen Aspekt der Parteigeschichte der FPÖ aufmerksam machen. (Abg. Dr. Ebner: „Ist schon genug!“) Die FPÖ war schon einmal so stark wie sie heute ist. Sie war auch in der Regierung vertreten, und sie ist dann wieder sehr klein geworden. Ich danke Ihnen, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – 15.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Ich unterbreche die Diskussion zum Punkt 14 der Tagesordnung. Wir kommen zur Behandlung der dringlichen Anfragen.

Präsident Wegart: Ich ziehe die dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz vor, betreffend die „Strategische Planung 1993–2006–2025“ der Krankenanstaltengesellschaft.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Maria Grabensberger das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Dr. Grabensberger (16.00 Uhr): Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Grabensberger, Dr. Frizberg, Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Bacher, Dr. Karisch, Dr. Cortolezis, Purr, Dr. Lopatka, Schützenhöfer und Pußwald an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz, betreffend die „Strategische Planung 1993–2006–2025“ der Krankenanstaltengesellschaft.

Die Finanzierung des Abganges der Landeskrankenhäuser stellt eine zunehmende Belastung des Landesbudgets dar. Ein vom Vorstand der KAGES dem Aufsichtsrat vorgelegtes Papier „Strategische Planung 1993–2006–2025“ liefert ein Szenario, demzufolge ohne einschneidende Schritte, bei linearer Fortschreibung der bisherigen Entwicklung, im Jahre 2025 das gesamte ordentliche und außerordentliche Landesbudget nur der Defizitabdeckung der KAGES dienen müßte. In ihrem „Strategischen Papier“ legt die KAGES den Finanzbedarf für werterhaltende Investitionen bis 2006 mit zirka 18 Milliarden Schilling fest und den für das LKH 2000 mit 9,1 Milliarden, zu realisieren bis 2003, wovon 50 Prozent der Bund tragen soll.

Dazu kommen 3,8 Milliarden Schilling an Investitionen in die peripheren Häuser, 12,7 Milliarden an Bauinvestitionen und so weiter. Insgesamt beziffert die KAGES den Investitionsbedarf mit zirka 30 Milliarden plus 15 Milliarden an daraus erwachsenden Folgekosten.

Die von der KAGES vorgelegten Finanzierungsvorschläge gehen davon aus, daß eine eigene Landesabgabe für die Spitäler eingeführt werden soll.

In diesem Papier wurden auch die geplanten Aufwendungen für EDV bis zum Jahr 2006 mit einer

Gesamtsumme von zirka 2,8 Milliarden Schilling plus 100 Prozent Folgekosten beziffert (darunter die Aufstockung des Personals in der zentralen EDV von 50 auf 220 Personen). Die EDV-Planung der KAGES scheint ein gutes Beispiel dafür zu sein, wie offensichtlich ohne Kostenbewußtsein gearbeitet wird. Auch wenn – und gerade weil – sich der Bund an den EDV-Kosten beteiligt, ist diese Summe unakzeptabel. Die EDV wird deshalb zum Gegenstand dieser dringlichen Anfrage, weil die Festlegung auf ein EDV-System mitunter nahezu irreversible Folgen mit sich bringt und hier Entscheidungen innerhalb der nächsten Wochen getroffen werden sollen. Wie bekannt wurde, legen sich die verantwortlichen Damen und Herren in der KAGES auf ein sogenanntes „proprietäres“, also herstellerabhängiges System fest, im Gegensatz zu einem offenen System. Die Entwicklung in allen Bereichen der EDV geht weg von den zentralen Lösungen hin zu kleineren Netzwerken, die aber untereinander über Direktleitungen oder Telefonleitung verbunden sind. Auch innerhalb der Landesverwaltung wird zunehmend der bisherige proprietäre Standort durch Unix-Lösungen auf Netzwerkbasis ersetzt. Außerdem hat die Entwicklung auf dem Gebiet der Mikro- und Minicomputer zur Preissenkungen in gewaltigem Ausmaß und einer Leistungsexplosion geführt. Daher sind unter anderem alle Anstrengungen darauf zu richten, sich an diesem Markt zu orientieren, das heißt in Richtung offenes System zu gehen. Abgesehen von der Tatsache, daß der oben angeführte Gesamtbetrag nicht im Rahmen des Finanzierbaren und des Sinnvollen steht, stellt sich die Frage, ob von seiten der KAGES einerseits alle möglichen Alternativen seriös überprüft worden sind und andererseits der Eigentümer in einen Entscheidungsprozeß von einer solchen Tragweite eingebunden worden ist. Strategische Entscheidungen und Finanzentscheidungen dieser Größenordnung sind ohne Einbindung des Eigentümers nicht möglich. Des weiteren ist gerade bei Organisationen mit einer an sich dezentralen Organisationsstruktur zu fragen, welches EDV-Konzept einer solchen Struktur zugrunde zu legen ist. Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Fragen:

a) Ist der Eigentümer darüber informiert worden, welche weitreichend langfristigen Konsequenzen die Entscheidung für proprietäre Rechenanlagen, vor allem hinsichtlich des Zuganges zur Software, die Abhängigkeit von einem Hersteller, die Konzentration auf ein enges Marktsegment haben kann?

b) Wurden von seiten der KAGES alle möglichen Alternativen im Hinblick auf ein offenes System ernsthaft in die Systemplanung einbezogen? Gibt es dazu schriftliche Unterlagen? Kostenüberlegungen? Welche Vergleiche mit anderen Krankenhäusern wurden beachtet?

c) Die Festlegung auf ein zentrales EDV-System ist nicht nur eine sachlich-technische, sondern auch eine unternehmenspolitische. Ernsthafte Dezentralisierungsbemühungen in Großbetrieben setzen als ersten Schritt in der Regel die Abkehr von der zentralen EDV-Lösung hin zu flexiblen, offenen Netzwerken. Widerspricht die Einführung einer zentralen EDV-Lösung nicht den Dezentralisierungsbemühungen?

d) Werden Sie für den Fall, daß keine ernstzunehmenden Versuche unternommen worden sind, ein offenes EDV-System (unter konkreten Kosten-, Ausbildungs- und Strukturüberlegungen beziehungsweise Berücksichtigung der wirklichen Bedürfnisse der Anwender) in Erwägung zu ziehen; die KAGES anweisen, alle weiteren Entscheidungen in der EDV-Frage hintanzustellen und nicht nur die derzeitige Planung, sondern auch eine mögliche PC-Alternative von einem oder mehreren externen Fachleuten mit entsprechender praktischer Erfahrung überprüfen zu lassen? Allfällige Zeitverluste in der Anschaffung können durch die weitere Verfeinerung des Anforderungsprofils mehr als kompensiert werden.

e) Halten Sie es für verantwortbar, daß in der EDV-Planung die Aufstockung der Dienstposten in der zentralen EDV von derzeit 50 auf 220 vorgesehen ist?

f) Werden Sie dafür eintreten, daß von seiten des Landesrechnungshofes eine begleitende Kontrolle für die EDV-Anschaffung im besonderen und alle größeren Investitionen, vor allem der Baumaßnahmen, durchgeführt wird?

g) Die KAGES geht in ihrem oben erwähnten Papier davon aus, daß ein sogenannter Gesundheitsschilling als Landesabgabe eingeführt werden wird. Ist diese Annahme der KAGES mit Ihnen abgestimmt?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Landtages beantragen die gefertigten Abgeordneten die Durchführung einer Wechselrede. (16.08 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage Herrn Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz (16.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Anfrage der acht Abgeordneten darf ich wie folgt beantworten: Mit der Reform der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H., welche mit 1. Oktober 1992 wirksam geworden ist, wurde vor allem eine grundsätzliche Trennung zwischen dem Bereich der gesundheits- und krankenanstaltenpolitischen Dimension einerseits und dem laufenden Betrieb andererseits vorgenommen. Dies war und ist einer der Kernpunkte dieser Reform der Krankenanstalten mit Oktober 1992. Gleichzeitig mit diesem Datum wurden aber auch die Gesellschaftsorgane neu besetzt, vor allem der Aufsichtsrat entpolitisiert und mit hochkarätigen Wirtschaftsexperten besetzt. Diese haben vor allem die Aufgabe, für den Eigentümer die anfallenden wirtschaftlichen und technischen Probleme, und dazu zählen sicherlich auch die Fragen der EDV, für alle unsere Krankenanstalten vorzubereiten und nach getroffener Entscheidung dieser Organe, sofern eine Eigentümerkompetenz gegeben ist, diese dem Eigentümer vorzulegen. Ich schicke dies deshalb voraus, weil, wie das auch die sehr geehrten Damen und Herren Antragsteller wissen, die den Inhalt der dringlichen Anfrage bildende EDV-Konzeption derzeit von den genannten Organen auf der Ebene des laufenden Betriebes diskutiert wird. Es liegt diesbezüglich ein Vorstandsbeschluss vor, der auch dem Aufsichtsrat übermittelt wurde und über welchen

der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 26. April eingehend diskutierte, jedoch im Anschluß an die Diskussion auch zurückgestellt hat. Der Vorstand wurde in dieser Sitzung des Aufsichtsrates beauftragt, weitere Überlegungen anzustellen. Damit ist auch klar, daß sich die Frage über die Weiterentwicklung des EDV-Systems, und im Augenblick geht es ja nur um einen Zwischenschritt, für den Bereich unserer steirischen Krankenanstalten noch nicht in jenem Stadium befindet, in welchem sie an den Eigentümer zur offiziellen Information und allfälligen Entscheidung heranzutragen wäre. Ich erlaube mir also auch festzustellen, daß Ihre heutige dringliche Anfrage, zumindest was den Zeitpunkt ihrer Einbringung betrifft, im Widerspruch mit der von Ihnen kaum vor Jahresfrist getroffenen grundsätzlichen Trennung zwischen Eigentümerbereich, sprich politischer Dimension, einerseits und dem Bereich der laufenden Geschäftsführung steht. Dennoch will ich, das Auskunftsrecht des Hohen Landtages respektierend, Ihre Fragen wie folgt beantworten, wobei ich vorausschicke, daß ich diese Antwort im Einvernehmen mit folgenden Persönlichkeiten gebe: im Einvernehmen mit den Herren Vorstandsdirektoren Dr. Moser und Dipl.-Ing. Fankhauser, im Einvernehmen mit dem für den EDV-Bereich zuständigen Bereichsdirektor Hecke, im Einvernehmen mit dem Ordinarius für medizinische Informatik der Medizinischen Fakultät unserer Universität, Prof. Gell, im Einvernehmen mit dem Leiter der EDV-Abteilung, dem Herrn Dipl.-Ing. Kager, und auch im Einvernehmen mit den einzelnen, seit zwei Jahren arbeitenden Projektteams der Medizinischen Fakultät unserer Universität. Diese Teams sind durch ihren Vorsitzenden, den Herrn Prof. Samonigg, vertreten.

Vor allem aber, meine Damen und Herren, und ich glaube, auch das darf nicht ungesagt bleiben, daß alle bisherigen Schritte und alle bisherigen Entwicklungen von allen Gremien einvernehmlich diskutiert, zur Kenntnis genommen und auch beschlossen wurden, vor allem auch die Basisbeschlüsse von den Aufsichtsratsmitgliedern und seinerzeitigen Eigentümervertretern, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba, Herrn Landeschulratspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Frau Präsident Dr. Kalnoky sowie auch dem Landes-EDV-Beauftragten und nunmehrigen Landesbaudirektor Hofrat Dipl.-Ing. Hasewend und auch dem Dekan der Medizinischen Fakultät, Herrn Prof. Kenner, der offenbar nunmehr gewisse Vorbehalte zum Ausdruck gebracht hat, war bisher als kooptiertes Mitglied des Aufsichtsrates und Fakultätsvertreter in alle bisherigen Beschlüsse positiv eingebunden.

Um Ihnen, meine Damen und Herren, einen kurzen Überblick über die bisherige Geschichte des EDV-Projektes unserer steirischen Krankenanstalten zu geben, werde ich versuchen, sie kurz zu umreißen:

Das übergeordnete Ziel der Informationsverarbeitung ist die Entwicklung eines weitgehend integrierten Krankenhausinformationssystems, das einerseits das Personal unterstützt, andererseits als Informationsquelle für und über die Krankenanstalten dient, wobei im Mittelpunkt dieses Systems der Patient zu stehen hat und die Qualität der an ihn zu erbringenden medizinischen und pflegerischen

Leistungen. Das heißt, es geht darum, an allen Stellen des Krankenhauses, zu denen der Patient kommt, die patientenbezogenen Daten rasch und umfassend zur Verfügung zu stellen, wobei allerdings auch auf die Belange des Datenschutzes, der Datensicherheit und der Wirtschaftlichkeit Bedacht zu nehmen ist. Grundlage für den Aufbau der Automatisierung in der EDV war seit 1989 ein ausgearbeitetes Konzept für die Laboratenverarbeitung in den drei Blocklabors des Landeskrankenhauses, das allerdings bald auf Ambulanzen und Stationen ausgeweitet werden sollte. Um dieses Projekt voranzutreiben, entschloß man sich der Größe des Projekts wegen zu einer Fremdvergabe. Erster Gesichtspunkt dieser Fremdvergabe an einen Generalunternehmer war die Konzeption einer Grundstufe eines medizinischen Basisinformationssystems, wobei die Geräteausstattung unter besonderer Berücksichtigung der beschränkten finanziellen Ressourcen und mit der Absicht einer zukünftigen Erweiterbarkeit erfolgte. Der Aufsichtsrat hat auch diesbezüglich einmütig unter anderem mit den Stimmen der von mir schon genannten Aufsichtsratsmitglieder am 6. April 1992 den diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Dieses System der ersten Basis, das vor allem auch die vier Kliniken, Universitätschirurgie, Medizinische Klinik, Universitätskinderchirurgie und Universitätskinderklinik, umfaßte, beinhaltete 330 Bildschirme, 175 Drucker, zusätzliche Anschlüsse für 70 Laborgeräte. Der Vergabe ging eine Ausschreibung an sechs Firmen voran. Alle befaßten Gremien, die Projektteams haben sich einmütig für den Billigst- und auch Bestbieter, die Firma Digital Equipment Corporation, entschlossen. Die Auftragssumme belief sich auf 92 Millionen, das Projekt ist im Laufen und wird nach dem Zeitplan mit dem 1. Quartal 1994 einsatzbereit sein. Soviel zum derzeitigen Stand.

Was nun, meine Damen und Herren, die Zukunftsentwicklung betrifft, darf ich, bevor ich Ihre sieben Fragen beantworte, noch einige Sätze über die grundsätzliche KAGES-Philosophie über die EDV-Konzeption sagen. Das EDV-Konzept der KAGES hat eindeutig in ihrer unternehmenspolitischen Zielrichtung und was die Betriebsabläufe in dem Krankenhaus betrifft, sowohl hinsichtlich der so einzusetzenden Hard- als auch Software, grundsätzlich Offenheit postuliert. Ich sage das im Einvernehmen mit allen von mir genannten Herren und Fachleuten mit aller Deutlichkeit, unterstreiche es dreimal. Es geht nun darum, dieses System weiterzuentwickeln. Es wurde als Best- und Billigstbieter die von mir schon genannte Firma DEC zur Auftragsvergabe vorgeschlagen. Diese Firma bietet nach dem Fächausdruck das Betriebssystem OPEN-VMS Virtuell-Management-System an, eine Technologie, die ausdrücklich nicht zu den klassischen - wie Sie es nennen - proprietären Systemen zählt. Dies ist auch entgegen dem Grundtenor Ihrer dringlichen Anfrage von einem internationalen Expertenteam bestätigt worden, und zwar von der International DATA-Cooperation, eine firmenunabhängige amerikanische EDV-Expertengruppe, welche zu dem Ergebnis kommt, daß das von der Firma DEC angebotene und gewählte OPEN-VMS-System mindestens die gleichen offenen Standards wie alle anderen Anbieter enthält, jedoch hinsichtlich der Funktionalität und Zuverlässigkeit dieses Betriebssystems allen anderen Systemen weit überlegen ist.

Außerdem kommt, daß die Firma DEC mit ihrem Subunternehmer für Software, mit der Firma SYSTEMA, als einziger Anbieter ihr System im praktischen Krankenhausbetrieb demonstrieren konnte. Es ist zur Zeit im AKH Linz und in Ried positiv in Betrieb, während alle anderen Anbieter hinsichtlich der medizinischen Dokumentation dies nicht konnten. Es haben somit alle Gremien zugestimmt.

Nun gilt es, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen weiteren Ausbauschritt zu treffen. Die Verantwortlichen der KAGES und die EDV-Experten der Medizinischen Fakultät sehen mit diesem nächsten Ausbauschritt, der eine Zwischenstufe darstellt und einen Gesamtumfang von rund 50 Millionen Schilling darstellt, die Erfüllung dringender und massiv formulierter Wünsche der Kliniken und der Fakultät, um im Bereich des LKH Graz nutzerfreundlicher und allgemein akzeptierter im Standard voranzukommen. Ich betone es nochmals, und ich halte mich wörtlich an die mir von den Herren der KAGES zugegangene Unterlage. Mit diesem Schritt ist keine grundsätzliche Bindung für das gesamte Ausbauprojekt eines integrierten Krankenhausinformationssystems an einen Hersteller verbunden. Man darf nicht übersehen, daß im Zuge des gesamten Automatisierungsvorhabens der KAGES das jetzt von Ihnen zum Anlaß der Diskussion genommene medizinische Dokumentationssystem nur einen kleinen Sektor der noch zu investierenden Beträge ausmacht und auch kein Präjudiz für die anderen Teile dieses integrierten Systems darstellt, wie etwa das Personalinformationssystem, das Instandhaltungsmanagement, aber auch spezifische medizinische Informationssysteme, zum Beispiel die Automation an der Zahnklinik, die Automation der Blutbank, radiologische Bilddokumentationssysteme, radiologische Informationssysteme, pathologische Informationssysteme und vieles andere mehr. Diese Lösungen werden unabhängig von der gefallenen Entscheidung für die medizinische Dokumentation ausgeschrieben, evaluiert und umgesetzt werden.

Und nun zu Ihren Fragen im einzelnen:

Wie ich bereits ausgeführt habe, ist das System entgegen der von Ihnen in der Anfrage unterstellten Behauptung nicht zwingend proprietär, sondern es ist der offene Anschluß von Systemen nicht nur möglich, sondern vorgesehen. Das Betriebssystem der zentralen Rechenanlagen wird dem Standard für offene Betriebssysteme entsprechen, so daß dann nach endgültigem Ausbau ein offenes System vorliegt. Es ist somit auch nicht eine Konzentration auf ein enges Marktsegment gegeben, da es sich bei diesen Fällen um Minicomputer handelt, bei denen Preissenkungen und eine Leistungsexplosion zu erwarten sind. Somit ist auch nicht mit der von Ihnen befürchteten Abhängigkeit an einen Einzelhersteller zu denken.

Was in Frage b) die Bemühungen um mögliche Alternativen betrifft, so darf ich mitteilen, daß vor der Ausschreibung in verschiedenen Krankenanstalten Besichtigungen hinsichtlich des medizinischen Dokumentationssystems durchgeführt und diese Erfahrungen bei der Ausschreibung berücksichtigt wurden.

Die Ausschreibung gemäß Önorm A 2050 hat auch ausdrücklich auf das offene System Bezug genommen.

Die Bewertungsgrundsätze wurden in Arbeitsgruppen der KAGES gemeinsam mit den Benutzern und Experten der Fakultät einvernehmlich festgelegt. Alle Anbieter, darunter auch das Unix- und PC-System, wurden ernsthaft evaluiert. Die Bewertung hat, wie schon erwähnt, durch die Arbeitsgruppen als Best- und Billigstbieter die Firma DEC ergeben. Das ganze Verfahren ist ausführlich dokumentiert. Es wurden, wie gesagt, alle möglichen Alternativen eingeholt. Der Kostenüberlegung wurde insofern Rechnung getragen, als der Best- und Billigstbieter zum Zuge kam.

Frage c): Das System ist kein zentrales Großcomputersystem, sondern besteht aus vernetzten Mini-computern, wobei im Zuge des Ausbaues nach Bedarf dezentralisiert werden wird. Das verwendete Netz wird in Zukunft dem internationalen Standard für offene Netze entsprechen. Auf dieser Basis wurde bereits das integrierte Einkaufs- und Materialbewirtschaftungssystem der KAGES für alle 21 Standorte mit dezentralen Rechnern vor Ort durchgeführt und installiert.

Was die Frage d) nach einer möglichen Eigentümerweisung betrifft, so erübrigt sich die Antwort auf diese Frage insofern zur Zeit, als die Vergabe, wie schon geschildert, unter Berücksichtigung aller angebotenen Alternativen erfolgt ist und die Benutzer sowie die Experten der Medizinischen Fakultät einbezogen und zugestimmt haben. Die KAGES hat aber darüber hinaus in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat einen weiteren externen Gutachter bereits beauftragt, die gewählte Entscheidung fachlich zu überprüfen und zu kommentieren. Eine Eigentümerweisung erübrigt sich daher im Augenblick.

Frage e): Selbst der Bundesrechnungshof hat bei seiner Überprüfung der KAGES im Jahr 1991, und dies wurde von Ihnen allen im Ausschuß und auch im Hohen Landtag diskutiert und schließlich zur Kenntnis genommen, ausgeführt, daß die KAGES im Bereich ihrer EDV und deren Ausbau zu geringe Personalressourcen zur Verfügung hätte, und daher einen dringenden Ausbau empfohlen. Diese in einer KAGES-internen Langfristplanung hochgerechneten 220 Stellen für die Betreuung des Gesamtsystems würden aber, und auch das soll ausdrücklich festgehalten werden, erst bei Vollbetrieb des Gesamtsystems nach dem Jahr 2000 nötig sein, und zwar, um ständig die Nutzer zu schulen, bei ihrer Arbeit zu unterstützen und die Hardware und die Anwendungssoftware auf einem zeitgerechten Standard zu halten. Um die Größe des Unternehmens im Hinblick auf die von Ihnen geschilderte Horrorversion von rund 2,8 Milliarden zu relativieren, soll gesagt sein, daß dieser Betrag in einem Vergleich zu einem hochgerechneten Gesamt-KAGES-Budget lediglich 1,5 Prozent des Gesamt-KAGES-Budgets ausmacht und daß dieser Prozentsatz bei allen vergleichbaren Betrieben, die einen EDV-Aufwand zwischen einem und 3 Prozent haben, eher im unteren Schnitt liegt. Es ist aber auch nicht gedacht, dieses künftige Betreuungspersonal ausschließlich in der Zentrale einzusetzen, sondern diese Mitarbeiter würden peripher tätig werden. Sie wissen vielleicht, daß ein internationaler Schlüssel ein EDV-Arbeitsplatz pro Bett ist, das heißt, wir haben mit rund 8000 EDV-Arbeitsplätzen zu

rechnen, was nicht zu vergleichen ist mit 8000 Dienstposten, aber mit einer Betreuung von insgesamt 8000 EDV-Arbeitsplätzen.

Was schließlich Ihre Frage f) hinsichtlich der Ausschreibung des medizinischen Informationssystems betrifft, vor der Vergabe den steirischen Landesrechnungshof einzuladen, eine Kontrolle durchzuführen, so darf ich Ihnen mitteilen, daß dies geschehen ist, daß der Landesrechnungshof sich jedoch hierfür als nicht zuständig erklärte. Die Verantwortlichen haben auf Grund der dokumentierten Transparenz der Entscheidungsschritte aber kein Problem. Und ich sage das ausdrücklich namens des Vorstandes, den Rechnungshof nochmals zu einer Überprüfung der Vergabeentscheidung und zu einer begleitenden Kontrolle einzuladen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch an die Frage g) bezüglich eines sogenannten Gesundheitsschillings als eigene Landesabgabe wenden: Ich erlaube mir, daran zu erinnern, wie ich es in diesem Haus schon einige Male getan habe, daß das Land Steiermark und auch die Krankenanstaltengesellschaft in den vergangenen Jahren ungeheure Anstrengungen für die steirischen Spitäler unternommen haben. Diese Anstrengungen haben sich in einer Personalaufstockung von fast 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im patientennahen Bereich dokumentiert. Eine Tatsache, die es sonst nirgendwo gibt, weder im Bereich der öffentlichen Verwaltung noch in der Privatwirtschaft. Daneben geben aber auch, abgesehen von den Großbauten, zum Beispiel Bruck, Feldbach, Kinderklinik in Graz, Bautätigkeiten in fast allen steirischen Spitälern ein Zeugnis von den Anstrengungen auf dem Investitionssektor ab. Freilich haben diese Anstrengungen auch ihren Niederschlag im Budget der Krankenanstalten als auch im Zuschuß des Landes gegeben. Unbestritten ist aber, und ich hoffe in diesem Fall auf Ihre Übereinstimmung, daß die steirischen Spitäler einen weiteren Modernisierungsschub notwendig haben. Dies betrifft sowohl und vor allem die Grazer Kliniken, aber auch die meisten anderen Häuser, in denen es noch immer große Bettensäle und Gangbetten gibt mit zum Teil unzureichenden Bedingungen für Patienten, Mitarbeiter und Technik. Die Krankenanstaltengesellschaft hat dafür ein Zwölf-Jahres-Bauprogramm ausgearbeitet, das in seiner inhaltlichen und zeitlichen Fixierung die Beschlüsse aller zuständigen Organe erhalten hat. Es ist überaus erfreulich, und auch das ist bekannt, daß sich der Bund bereiterklärt hat, 50 Prozent der klinischen Investitionen von insgesamt 9,1 Milliarden Schilling zu tragen. Das Land hat die restlichen 50 Prozent zu übernehmen, allerdings zuzüglich von rund 3,8 Milliarden Aufholinvestitionen für die steirischen peripheren Spitäler. Um diese Notwendigkeiten zu bedecken, wurde vom Vorstand der KAGES ein Finanzierungsmodell ausgearbeitet, das bis zum Jahre 2006 berechnet ist. Dieses Finanzierungsmodell geht von folgenden Prämissen aus:

Erstens: Trennung des laufenden Aufwandes des Betriebes der KAGES vom Investitions- und Nachholaufwand; zweitens: Geld- und Kreditaufnahmeermächtigung für die KAGES; drittens: vertragliche Sicherung des Landesbeitrages auf zehn Jahre in einer

Höhe, die um 3 bis 5 Prozent höher als die jährliche Inflationsrate liegen soll. Dies dient dem Aufholprogramm, das nach unseren Absichten und Planungen im Jahr 2004 abgeschlossen sein soll. Danach wird sich der Landeszuschuß wieder in der Höhe der allgemeinen Inflationsrate auch für die Spitäler bewegen; viertens: Wahrnehmung eines Rationalisierungspotentials und Kosteneinsparungsmöglichkeiten. Dies geschieht in der Kommission Suter/Suter, in der alle politischen Kräfte dieses Hohen Hauses vertreten sind und welche ihre Ergebnisse, zumindest ist das so unsere Absicht, noch vor dem Sommer als Kommission vorlegen wird; fünftens: die Einführung einer Sonderfinanzierung, welcher ich gerne den Namen Gesundheitsschilling gebe.

Dieser Entwurf des Vorstandes der KAGES, der überaus ins Detail geht, ist im Augenblick, ohne daß es ein Geheimnis sein soll, aber dennoch ein internes Papier, das dem Aufsichtsrat zur ersten Kenntnis und Diskussion gebracht wurde und derzeit vom Herrn Finanzreferenten auf die Möglichkeit seiner Durchführung geprüft wird. Alle von mir skizzierten Projekte, und ich sage das jetzt ohne jede Polemik, von denen jedes einzelne kraftvolle Fürsprecher in diesem Hohen Hause hat, und ich glaube, es war keine der Damen und keiner der Herren Abgeordneten nicht irgendwann einmal für irgendein Krankenhaus bei mir und urgierten überzeugend und mit Nachdruck die Notwendigkeiten von Ausbauten, Umbauten, zusätzlichen Investitionen, aber alle diese Projekte sind nur dann durchzuführen, wenn die Finanzierung der Spitäler mittel- und langfristig gesichert ist. Und ich rufe auch aus Anlaß dieser dringlichen Anfrage heraus die politischen Kräfte dieses Hohen Hauses zu Gesprächen und Verhandlungen über eine Sonderfinanzierung auf und lade Sie, gemeinsam mit dem Herrn Finanzreferenten, sehr gerne zu solchen Gesprächen ein. Wir sollten uns auch darüber klar sein, daß ein gut vorbereiteter wirtschaftlicher Impuls gerade in einer so schwierigen Zeit, wie es die heutige ist, positive Auswirkungen vielerlei Arten für die ganze Steiermark bringen würde.

Darüber hinaus ist aber, wenn wir uns zu einer solchen Sonderfinanzierung entschließen, auch gewährleistet, daß unsere Angehörigen und unsere Kinder, aber auch wir selbst über viele Jahre hindurch in den Genuß eines Standards kommen, der dem eines hochentwickelten Gesundheits- und Sozialstaates entspricht. Ich glaube, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auch daran, daß die Bereitschaft der Steirerinnen und Steirer für eine Landesabgabe, sofern diese den Spitälern und im weiteren Sinn der Gesundheit – und damit meine ich auch die Vorsorge – zugute kommt und sozial gestaffelt ist, größer ist als angenommen. Und ich will einfach nicht daran glauben, daß auf Dauer jedem einzelnen von uns der Kratzer bei seinem Auto oder die Bruchversicherung für seinen Schi mehr wert sein sollte als seine Gesundheit. Auch die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Budgetvereinbarung zum Budget 1992 klar zum Ausdruck gebracht, und ich zitiere wörtlich: „Für die erforderliche Sanierung und den Neubau von Spitälern ist mit Nachdruck ein Finanzierungsmodell zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen, wobei anzustreben ist, daß

12 Milliarden Schilling in der Summe aufzubringen sind.“ Wir brauchen daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam mit anderen Maßnahmen, gemeinsam mit einem neuen Krankenanstaltenplan und gemeinsam mit einer strengen Spargesinnung den Startschuß für eine Sonderfinanzierung, um diese Projekte in Angriff nehmen zu können. Ich glaube, daß nach all den Diskussionen der letzten Tage und Wochen der Zeitpunkt dafür jetzt günstig ist, weil die Menschen unseres Landes dafür Verständnis haben und weil wir mit 1. Jänner 1994 den neuen Krankenanstaltenplan in Kraft setzen wollen und damit auch eine neue Ära des Gesundheitswesens in der Steiermark beginnt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.34 Uhr.)

Präsident: Ich rufe auf die Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die finanzielle Gebarung der Marktgemeinde Wildon. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura das Wort zur Begründung dieser Anfrage.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (16.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Rader, Schinnerl, Weilharter, Mag. Bleckmann, Dr. Ebner, Peinhaupt und Köhldorfer stellen an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, die dringliche Anfrage, betreffend die finanzielle Gebarung der Marktgemeinde Wildon.

Wir wissen alle und wir haben in den Medien gehört, gelesen, daß die steirische Marktgemeinde Wildon mit beinahe der fünffachen Jahresbudgetsumme verschuldet sei. Weiters wurde berichtet, daß die Aufsichtsbehörde, die Rechtsabteilung 7 der Steiermärkischen Landesregierung, eine Überprüfung durchführt. Da nach den Meldungen eine Bereinigung der Schulden der Marktgemeinde Wildon aus eigener Kraft nicht zu erwarten sein wird, stellen nachstehende Abgeordnete an Sie, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, folgende dringliche Anfrage:

Erstens: Beschäftigt sich die Gemeindeaufsichtsbehörde der Steiermärkischen Landesregierung mit der Finanzsituation der Marktgemeinde Wildon? Zweitens: War die Aufsichtsbehörde über alle größeren Ausgaben und Investitionen der Marktgemeinde Wildon informiert? Drittens: Welchen Vorhaben hat die Aufsichtsbehörde der Steiermärkischen Landesregierung zugestimmt? Viertens: Welche Vorhaben wurden durch die Steiermärkische Landesregierung gefördert? Fünftens: Wie hoch sind die Haftungen, die das Land Steiermark für die Marktgemeinde Wildon übernommen hat? Sechstens: Gibt es langfristige Finanzierungspläne der Marktgemeinde Wildon? Siebentens: Welche Finanzierungsversagen gibt es seitens der Steiermärkischen Landesregierung? Achters: Gab es für alle Vorhaben, Investitionen und Ausgaben die nach der Steirischen Gemeindeordnung verlangten Gemeinderatsbeschlüsse? Neuntens: Hat der Gemeinderat der Marktgemeinde Wildon Verordnungen oder Gesetze verletzt? Zehntens: Wie wird aus der Sicht des verant-

wortlichen Gemeindeferenten die Sanierung der Wildoner Gemeindefinanzen erfolgen? Elftens: Ist der Bürgermeister der Marktgemeinde Wildon in irgendeiner Weise durch Beteiligungen oder sonstige wirtschaftliche Aktivitäten Nutznießer der getroffenen Investitionen oder Maßnahmen? Zwölftens: Ist der Gemeinderat der Marktgemeinde Wildon nach Paragraph 103 der Steiermärkischen Gemeindeordnung aus seiner Funktion zu entlassen? Dreizehtens: Sind Ihnen noch andere steirische Gemeinden bekannt, deren finanzielle Lage ähnlich gelagert ist?

Weiters hätte ich noch eine Frage: Gab es den Wunsch oder gar die Weisung des zuständigen Gemeindeferenten an die Rechtsabteilung 7, dem Bürgermeister oder den Wildonern weitere über das gesetzlich vertretbare Maß hinausgehende Schulden zu genehmigen?

Die unterfertigten Abgeordneten beantragen die Abhaltung einer Wechselrede. (16.37 Uhr.)

Präsident: Zu dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer (16.37 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich beantworte die dringliche Anfrage wie folgt:

Zu Punkt eins: Die Gemeindeaufsichtsbehörde beschäftigt sich ständig mit der finanziellen Situation der Gemeinden in unserem Lande, also auch mit der Finanzsituation der Marktgemeinde Wildon. Bekanntlich obliegen nach Artikel 119 a Bundesverfassungsgesetz die Gemeinden der Aufsicht durch die Landesregierung. Nach dieser Bestimmung sind folgende, wie der Terminus technicus heißt, Aufsichtsmittel vorgesehen, nämlich das Informations- und Inspektionsrecht, die Rechtmäßigkeitskontrolle von Bescheiden und Verordnungen, die Auflösung des Gemeinderates, die Amtsenthebung des Bürgermeisters, sonstiger Vorstandsmitglieder und diverse Genehmigungsvorbehalte.

Zu Punkt zwei der Anfrage ist zu sagen: Die Aufsichtsbehörde wurde generell über größere Ausgaben und Investitionen der Marktgemeinde Wildon informiert. Bei diesen Vorhaben wurde jeweils von bestimmten Investitionssummen ausgegangen, und das hat die bisherige Untersuchung ergeben, die jedoch erheblich überschritten wurden. Bezüglich dieser Überschreitungen wurde die Aufsichtsbehörde nicht informiert.

Zu Punkt drei Ihrer dringlichen Anfrage kann ich Ihnen mitteilen, daß die Zustimmung zu Vorhaben von Gemeinden durch die Landesregierung in der Steiermärkischen Gemeindeordnung nicht vorgesehen ist. Es ist lediglich die Zustimmung zur Aufnahme von Darlehen vorgesehen. Dazu kann man feststellen, daß seit dem Jahre 1989 lediglich solche Darlehen von der Landesregierung genehmigt wurden, die zum Beispiel durch Mieteinnahmen oder Gebührenhaushalte voll bedeckt werden konnten. Wohl aber bindet die Gemeindeordnung die Organe der Gemeinden, solche Vorhaben nur dann in Angriff zu nehmen, wenn deren Bedeckung sichergestellt ist. Dies war bei jenen Projekten, die vom Land gefördert wurden, ursprünglich der Fall. Allerdings wurden in Wildon in

der Folge unbedeckte Ausgabenüberschreitungen durchgeführt, wofür zum Teil die entsprechenden notwendigen Beschlüsse des Gemeinderates oder des Gemeindevorstandes fehlen.

Zu Punkt vier: Zur Frage, welche Vorhaben durch die Steiermärkische Landesregierung gefördert wurden, kann ich Ihnen mitteilen, daß seitens meines Ressorts im wesentlichen das Polytechnikum, genauso wie in anderen Gemeinden Pflichtschulbauten, aus Bedarfszuweisungsmitteln gefördert wurden. Die Finanzierung der Ortsdurchfahrt erfolgte zum Teil aus Bundesmitteln und zum Teil aus zinsenbegünstigten Darlehen. Bedarfszuweisungsmittel wurden hierfür nicht zur Verfügung gestellt. Das Heizwerk wurde aus Mitteln des Umweltlandesfonds im Jahre 1988 gefördert. Bedarfszuweisungsmittel wurden hierfür gleichfalls nicht gewährt.

Zu Punkt fünf: Das Land Steiermark hat in meinem Ressortbereich keinerlei Haftungen für die Marktgemeinde Wildon übernommen.

Zu Punkt sechs: Finanzierungspläne wurden wiederholt von der Aufsichtsbehörde verlangt. Die von der Marktgemeinde Wildon vorgelegten mittelfristigen Finanzierungspläne hielten jedoch in Anbetracht der enormen Kostensteigerungen der erwarteten Investitionen einer Kontrolle nicht stand, soweit wir bisher sagen können.

Zu Punkt sieben: Mit Ausnahme der unter Punkt vier erwähnten Finanzierungszusagen und einer Förderungszusage für 1993 zum Zweck der Sanierung der Volksschule II gibt es derzeit keine weiteren Finanzierungszusagen aus meinem Ressort. Dies insbesondere deshalb, weil aus dem Blickwinkel der Gemeindeaufsicht weitere Vorhaben auf Grund der Finanzsituation in nächster Zeit nicht in Angriff genommen werden dürfen.

Zu Punkt acht: Die bisherige Einschau hat ergeben, daß nicht für alle Vorhaben die nach der Gemeindeordnung vorgesehenen Beschlüsse des Gemeinderates oder des Gemeindevorstandes vorhanden sind. Dabei muß allerdings die Einschränkung gemacht werden, daß das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Im Verfahren gemäß Paragraph 102 der Gemeindeordnung, also Amtsenthebung, besteht ebenfalls das Recht auf Parteiengehör. Der vom Bürgermeister bestellte rechtsfreundliche Vertreter hat um eine angemessene Frist für seine Stellungnahme ersucht, die derzeit noch läuft.

Zu Punkt neun: Im Hinblick auf das Nichtvorliegen der Stellungnahme des rechtsfreundlichen Vertreters des Bürgermeisters kann die Frage, ob der Gemeinderat der Marktgemeinde Wildon Verordnungen oder Gesetze verletzt hat, derzeit nicht mit der gebotenen Eindeutigkeit beantwortet werden. Sie käme de facto einer Vorverurteilung gleich, von der ich annehme, daß Sie sie auch nicht vorhaben.

Zu Punkt zehn: Wie die Sanierung der Wildoner Gemeindefinanzen erfolgen soll, kann im Detail auch erst nach Abschluß des laufenden Verfahrens behandelt werden. Sicher ist allerdings bereits jetzt, das kann man sagen, daß der Erlös aus der Fusion der Südsteirischen Sparkasse zur Gänze für die Schuldentilgung heranzuziehen sein wird. Darüber hinaus wird versucht werden müssen, durch die Hintanstellung

von Investitionen und allenfalls durch den Verkauf des Heizwerkes die Gemeindefinanzen wieder auf eine geordnete Basis zu stellen. Das ist aber nur eine Möglichkeit.

Zu Punkt elf: Für die Frage, ob der Bürgermeister der Marktgemeinde Wildon in irgendeiner Weise durch Beteiligung oder wirtschaftliche Aktivitäten Nutznießer der getroffenen Investitionen war, ergab sich bei der bisherigen Einschau kein Hinweis, wird mir gesagt.

Zu Punkt zwölf: Zur Auflösung des Gemeinderates ist gemäß Paragraph 103 der Gemeindeordnung Voraussetzung, daß Umstände eintreten, welche die Annahme rechtfertigen, die Gemeinde sei zur ordnungsgemäßen Besorgung ihrer Aufgaben außerstande. Diese Maßnahme stellt das schärfste Aufsichtsmittel, wie es in der Fachsprache heißt, überhaupt dar. Gemäß Paragraph 97 der Steiermärkischen Gemeindeordnung hat die Aufsichtsbehörde jedoch jeweils, wiederum Terminus technicus, so steht es im Gesetz, das gelindeste zum Ziel führende Mittel anzuwenden – die Sprache des eher vorigen Jahrhunderts. Es wird erst im Zuge des Amtsenthebungsverfahrens gemäß Paragraph 102 der Gemeindeordnung festgestellt werden können, ob ein Verfahren gemäß Paragraph 103 der Gemeindeordnung, nämlich Auflösung des Gemeinderates, notwendig und zulässig ist. Auch diese Frage kann vor Kenntnis der Stellungnahme des rechtsfreundlichen Vertreters nicht endgültig beantwortet werden.

Zu Punkt dreizehn: Es ist mir keine andere steirische Gemeinde bekannt, deren finanzielle Lage ähnlich gelagert ist, da jene Gemeinden, welche gerade größere Vorhaben durchführen, dies auf Grund von Finanzierungsplänen tun. Allgemein kann ich sagen, und das ist auch wichtig in diesem Zusammenhang, damit kein falscher Eindruck entsteht, daß der durchschnittliche Verschuldungsgrad der steirischen Gemeinden derzeit 7,68 Prozent beträgt. Dies stellt den zweitgünstigsten Wert im Bundesländervergleich überhaupt dar. Seit dem Jahr 1989 hat sich der durchschnittliche Verschuldungsgrad der steirischen Gemeinden sogar von 8,36 Prozent auf die erwähnten 7,68 Prozent verringert. Daraus geht allgemein hervor, daß die steirischen Gemeinden ihren schwierigen Aufgaben verantwortungsvoll und auch gesetzeskonform nachkommen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.48 Uhr.)

Präsident: Ich komme nun zur Wechselrede hinsichtlich der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die finanzielle Gebarung der Marktgemeinde Wildon.

Da die dringliche Anfrage der FPÖ-Abgeordneten nur von neun Abgeordneten unterzeichnet ist, kann die beantragte Wechselrede nur über Beschluß des Landtages erfolgen.

Ich lasse daher über den Antrag auf Durchführung einer Wechselrede abstimmen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag auf Durchführung einer Wechselrede zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (16.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben gehört, welche Probleme es in Wildon gibt. Ich möchte hier, gerade weil ich vorher angesprochen wurde und der Bürgermeister dort Hirschmann heißt, feststellen, daß der Herr Klubobmann der ÖVP im Steiermärkischen Landtag mit dem Herrn Hirschmann nur insofern eine Gleichheit hat, daß der Name gleich ist. Es sollte hier heißen: Hirschmann ist nicht gleich Hirschmann. Die Partei hat er die gleiche. Das ist wohl richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber dieses Beispiel zeigt auf, in welchem Dilemma die steirischen Bürgermeister stehen und wie sehr sie unter dem Erfolgsdruck ihrer Bürger leiden und stehen. Nämlich, daß alle immer wieder von ihren Bürgermeistern verlangen, Gemeinderäte natürlich auch inbegriffen, soviel Geld wie möglich aus Graz zu holen. Und in erster Linie ist eher abgesehen auf die sogenannten Bedarfszuweisungen, jene Gelder, 13,5 Prozent der Ertragsanteile, die den Gemeinden abgezogen werden nach ihrer Finanzkraft und verteilt werden. Das System ist an und für sich insofern bekannt, daß hier immer wieder natürlich von den Bürgermeistern erwartet wird, daß verschiedenste Projekte gefördert werden, daß verschiedenste Gelder in die Gemeinde kommen. Die Problematik ist in erster Linie, daß es natürlich mit der Vergabe dieser Bedarfszuweisungsmittel eine Eingriffs- und Durchgriffsmöglichkeit in die Gemeinden gibt. Das haben wir ja erlebt in den Zeiten, als das Draken-Volksbegehren gelaufen ist, wo man gewunken hat, es gibt keine Bedarfszuweisungen, wenn nicht ausreichend Unterschriften da sind. Es gibt aber auch das Gegenteil. Und das Gegenteil heißt, das System ist bequem, und ich bekomme das vom großen Bruder – das wird alles gemacht. Tatsache ist, daß die Bürgermeister für ihre Bürger betteln gehen müssen, damit sie ausreichend dotiert werden, weil ihr Geld, ihr vorhandenes Budget, immer wieder zu klein und zu gering ist.

Und hier wird immer draußen gesagt, ich habe den besseren Draht, und der ist entscheidend, und deswegen bekomme ich von meinem Referenten mehr Geld, und es wird mehr nach der politischen Notwendigkeit oft das Geld eingesetzt. In Summe sind das über eine Milliarde Schilling, die nach einem Schlüssel aufgeteilt werden. Leider Gottes werden nicht immer die zweckmäßigsten Dinge gebaut, und hier gibt es natürlich die Mehrzweckhallen im wahrsten Sinne des Wortes, wo man oft nicht weiß, ob das die sinnvolle Ausgabe ist. Wie gesagt, es sind die Folgekosten oft nicht bezahlbar, und es drängt sich der Verdacht auf, daß das politische Gutdünken im Vordergrund steht. Die Objektivierung auf steirisch heißt dann vor der Wahl, und ich kann das ja aus leidvoller Erfahrung erzählen, der kriegt kein Geld, ich habe – so sagt der

ÖVP-Bürgermeister oder der SPÖ-Bürgermeister - aus Graz so viele Millionen gebracht, schaut her, was bin ich für ein Bursche. Mich müßt ihr wieder wählen, dann gibt es ein Geld für die Gemeinde. Vor der Landtagswahl heißt es dann, wir müssen unseren Referenten wählen, ansonsten gibt es für uns wieder kein Geld. So wird die Argumentation in den Gemeinden geführt. Sind wir uns ganz ehrlich, ein bißchen geben ja die Ehrenbürgerschaften auch ein Zeichen, wie sehr das draußen ankommt. Es ist ja auch ein Ausdruck der Dankbarkeit. Die Problematik liegt darin, daß es keine effektive Kontrolle des Systems gibt. Und wenn man jetzt natürlich das ein bißchen anschaut, dann muß man feststellen, daß alle Gemeinden bis auf wenige - möchte ich sagen, vielleicht Frohnleiten ausgenommen - doch unter ihrer Schuldenlast leiden beziehungsweise, wir haben ja schon gehört, zu einem Teil verschuldet sind. Das, was wir brauchen, um eine effektive Kontrolle durchführen zu können, ist natürlich, weil es ja auch sehr viele Verbände gibt, ein Gemeindeverbandsgesetz. Wir haben den Müllverband, den Abwasserverband, Trinkwasserregulierungsverbände und so weiter. Wer kontrolliert sie, ist immer die Frage. Und natürlich auch die Frage, wie schaut es aus mit den Aufsichtsbeschwerden bei der Rechtsabteilung 7? Da hier haben wir auch keine Regelung. Es ist kein Anspruch auf eine Erledigung, es scheint so zu sein, daß die Rechtsabteilung 7 zu einem Großteil eine wechselseitige Versicherungsanstalt ist. Hier gibt es einen juristischen Beistand für Verfehlungen der Bürgermeister, und das ist leider Gottes nicht gut. Es gibt genug Aufsichtsbeschwerden, wenn ich nur so einige habe hier in meiner Auflistung, die Stadt Mariazell, die Gemeinde Mautern, die Gemeinde Ranten, Wildon haben wir schon gesprochen, es gibt in Pöllau eine, in Johnsbach, Raaba, Mürzhofen, Deutschfeistritz, Mitterndorf und, und, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch Passail. Die Vollständigkeit dieser ist bei weitem nicht gegeben.

Und nun zu Wildon: Wir haben gehört, daß hier verschiedenste Dinge nicht in Ordnung sind, daß hier das Verfahren noch läuft. Es ist aber auch der Rechnungsabschluß in dem Sinne noch nicht da, und der Prüfbericht 1992 liegt auch nicht vor. Das heißt, das Verfahren ist in Schwebe, und wir werden erwarten, wie es ausgehen wird. Schlechthin der Erwartungsdruck der Bürgermeister, daß sie für ihre Gemeindebürger vieles tun und natürlich unternehmen, ist natürlich die Gerechtigkeit der Vergabe dieser Bedarfszuweisungen. Es gibt überall Grundbedürfnisse des Bürgers, die es zu erfüllen gilt, und die müssen im Vordergrund stehen. Daher ist auch eine Objektivierung der Vergabe dieser Mittel ein altes freiheitliches Anliegen. Sind wir uns doch ehrlich, die zwei Möglichkeiten, der gute Draht oder die indirekte Erpressung dadurch, daß soundso viele Maßnahmen getroffen werden, die dann zu einer Überschuldung führen und mehr oder minder den Referenten dazu auffordern oder sagen wir es leise, zwingen, hier gut nachzudotieren, ist ja eigentlich auf Kosten derer, die brav und ordentlich finanzieren und sich zurückhalten. Daher sollte man das auch besser überblicken können. Wir haben vor Jahren schon ein Gemeindefinanzierungsgesetz beantragt, und ich glaube, daß dies eine Möglichkeit wäre, hier die Gleichwertigkeit

der Lebensbedingungen auch ein bißchen in den Vordergrund zu schieben. Zumindest ist es auch ein Anlaß nachzudenken, was kann man für mehr Gerechtigkeit tun. Es gibt hier schon bereits viele Beiräte, es gibt den Industriebeirat, den Wirtschaftsbeirat, Personalbeirat, Kulturbeiräte, um hier etwas mehr Gerechtigkeit zu finden.

Ich darf nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura, Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko und Schinnerl, betreffend die Finanzierung der steirischen Gemeinden und die Gemeindeaufsicht, einbringen. Die Finanzierung der steirischen Gemeinden sollte - sofern es die Zuweisung von Förderungen und Bedarfszuweisungen betrifft - künftig objektiviert werden. Gleichzeitig soll auch die Ausübung der Gemeindeaufsicht einer stärkeren Kontrolle des Landes unterzogen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag, der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens dem Landtag den Entwurf für das Gemeindefinanzierungsgesetz vorzulegen, das die Grundzüge für die Mittelvergabe an die Gemeinden festlegt. Ein Grundsatz müßte sein, daß Fördermittel nur nach den örtlichen und regionalen Entwicklungskonzepten nach dem Raumordnungsgesetz vergeben werden; zweitens die Entwicklungskonzepte nach dem Raumordnungsgesetz so zu konkretisieren, daß finanzielle Entscheidungen daraus ableitbar sind; drittens nach dem Vorbild der gut funktionierenden Personalkommission des Landes einen aus Fachleuten und allen politischen Parteien gebildeten Förderungsbeirat einzusetzen, der die Mittelvergaben auf die Einhaltung der Richtlinien und Entwicklungsprogramme überwacht; viertens dem Landtag bis 31. März jedes Jahres einen Bericht vorzulegen, welche Aufsichtsbeschwerden im Vorjahr eingelangt sind und welche Aufsichtsmaßnahmen getroffen wurden.

In diesem Sinne darf ich den Beschlußantrag überreichen und bitten, ihm zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. - 17.00 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (17.00 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Grundsätzlich ist die Gemeindeaufsicht in der Steiermark in Ordnung, und die Gemeinden wissen das auch. Daß es natürlich immer wieder Gemeinden gibt, die versuchen, das zu umgehen, oder daß es Bürgermeister gibt, die versuchen, sich selbst ein Denkmal zu setzen, oder daß es Bürgermeister gibt, die immer glauben, sie sind schlauer als alle anderen, das passiert. Und das wird auch bei einer sehr strengen Kontrolle nicht ganz auszuschließen sein. Es ist auch sehr schwer, in der Sache selbst jetzt näher darauf einzugehen, denn - wie schon gesagt worden ist vom Kollegen Chibidziura - es ist ein schwebendes Verfahren, und wir sollten uns daher jetzt eher auf die grundsätzlichen Fragen beschränken, die damit

zusammenhängen. Was kann man hier in der Steiermark tun, damit solche Zustände oder Abläufe oder Aufsicht von örtlichen Verfahren nicht zur Tagesordnung werden? Ich sage nur konkret zum gegenständlichen Fall zwei Dinge.

Mir ist bekannt, daß die Aufsichtsbehörde vor längerem schon irgendwann, der Gemeinde sozusagen eine Aufsichtspflicht verordnet hat. Ich glaube, bei allen Beträgen über 50.000 Schilling müßte rückgefragt werden. Ich höre nur, man hat sich nicht daran gehalten. Das Zweite ist, daß es auch kein taugliches Mittel sein kann, sozusagen Jahre nachher zu versuchen, sich im Gemeinderat dann irgendwo noch einen Beschluß zu holen, den ich Jahre vorher nicht eingeholt habe. Wenn das funktioniert, dann versuchen es andere auch. Ich gehe aber nun schon wieder weg vom konkreten Fall. Das werden ja dann die aufsichtsbehördliche Untersuchung und das Verfahren zeigen, wie weit das dann auch Konsequenzen beinhaltet. Wir sollten aber alle gemeinsam darüber nachdenken, daß es eine Neuordnung des Aufsichtsrechtes im Zusammenhang auch mit einer Kompetenzerweiterung bei den Gemeinden geben müßte. Und wir haben an und für sich, der Kollege Dr. Maitz ist zur Zeit nicht da, bei den Verfassungsverhandlungen des Landtages vor längerem vereinbart, daß wir ein eigenes Gemeindepaket gleichzeitig behandeln, wo auch Gemeinde- und Städtebund dabei sind und wo wir sehr wohl nicht nur die Frage, die da angeschnitten wurde, eines Gemeindeverbandsorganisationsgesetzes, sondern auch eine Novellierung der Gemeindeordnung dann zu behandeln haben, und zwar sehr rasch, weil solche Dinge hängen auch damit zusammen, daß die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat, Gemeindevorstand und Bürgermeister neu überlegt werden müßten. Nach der Gemeindeordnung hat jetzt der Bürgermeister an und für sich überhaupt keine finanzielle Kompetenz, der Vorstand hat in einer gewissen Größenordnung sehr wohl eine, und der Gemeinderat hat eine weitestgehende.

Es kommt in der Praxis dazu, daß der Gemeinderat dann oft wissentlich oder unwissentlich auf seine Kompetenz verzichtet und zuschaut, daß dann Bürgermeister dazu übergehen, diese Kompetenz selbst auszuüben, und dann soll irgendwann das saniert werden. Das heißt also, auch für uns ein Auftrag, egal, wie dieses Verfahren ausgeht, hier sehr gewissenhaft und sehr rasch eine Neuordnung, ich sage noch einmal, dieser Kompetenzen, auch in finanzieller Hinsicht, zwischen Gemeinderat und Gemeindevorstand und Bürgermeister vorzunehmen. Daher glaube ich auch nicht, daß der Beschlußantrag in der Formulierung, wie er heute hier eingebracht wurde, unbedingt jetzt aus aktuellen Gründen so zu beschließen ist, sondern wir glauben eher, daß man sehr rasch bei den Verfassungsverhandlungen weitermachen soll und dann dieses Paket hier dem Hohen Haus vorlegen. Wir werden damit den Gemeinden und auch der Gemeindeaufsicht einen guten Dienst erweisen. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 17.05 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Schinnerl (17.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben gerade früher schon vom Kollegen Chibidziura gehört, daß zirka 13,5 Prozent der Bedarfzuweisungen von den beiden Gemeindefereferenten vergeben werden. Es handelt sich hier um Beträge von über einer Milliarde Schilling. Ich weiß von früher, daß es einen Aufteilungsschlüssel von zirka 55 Prozent für die ÖVP und 45 Prozent für die SPÖ gegeben hat. Man hat sich damals schon den Einflußbereich nach dem Stärke- und Kräfteverhältnis aufgeteilt. Und mit dieser Aufteilung hat man auch die Abhängigkeit schon ins Leben gerufen, nachdem jeder Bürgermeister, wenn er etwas Besonderes wollte, immer wieder Kontakt aufnehmen mußte mit seinem Gemeindefereferenten, ob das von ÖVP oder SPÖ war. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe auch mehrfach mit FPÖ-Bürgermeistern diese Erfahrungen gemacht!“) Diese Abhängigkeit von den Gemeindefereferenten erzeugt natürlich auch eine gewisse Macht. Es hat auch unser Kollege Chibidziura schon erwähnt, daß bei Wahlen draußen am Land tatsächlich es immer wieder heißt, ihr müßt unseren Gemeindefereferenten, unsere Partei, wählen, denn dann, wenn wir ein gutes Ergebnis haben, dann können auch wir wieder rechnen, daß wir mehr Mittel und mehr Geld in unsere Gemeinde bekommen. Aber gerade umgekehrt ist es der richtige Weg. Je weniger Macht eine Partei in der Gemeinde hat und je weniger Mehrheit sie dort hat, desto besser kommt sie an die Geldschlüssel des Gemeindefereferenten heran. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Fragen Sie Ihre ehemaligen Bürgermeister. Es gibt keinen derzeit!“)

Selbstverständlich, wir merken das ja draußen immer wieder bei den Gemeinden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Fragen Sie die ehemaligen Bürgermeister. Es gibt keinen derzeit!“) Diese wird es aber wieder geben. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Fragen Sie die ehemaligen Bürgermeister, die ich bedient habe. Ich nehme an, daß es beim Kollegen Schachner ähnlich ist!“) Aber trotzdem, draußen wird es immer wieder kolportiert, und es wird immer wieder gesagt, ihr müßt das machen, und dann kommen wir wieder zu Geld. Ich habe schon gesagt, es ist sicherlich nicht so. Je weniger Mandate in einer Gemeinde für die stärkste Partei vorhanden sind, desto besser sind die Mittel zu verteilen. Ich bin auch ein Betroffener einer Aufsichtsbeschwerde. Ich habe in meiner Gemeinde ebenfalls eine unerledigte Aufsichtsbeschwerde gemacht. Ich bin eigentlich nicht ganz der gleichen Auffassung, wie der SPÖ-Klubobmann Trampusch sagte, daß bei der Aufsichtsbehörde alles in Ordnung ist. Ich stelle fest, daß es erstens einmal bei solchen Aufsichtsbehörden viel zu lange dauert, bis es zu einer Erledigung kommt. Dort werden die Dinge beziehungsweise die beanstandeten Kritikpunkte meistens sofort durchgeführt oder mit einer Schnelligkeit durchgezogen, daß dann die Aufsichtsbeschwerde meistens zu keinem Erfolg mehr führt, weil das schon alles passiert ist.

Ich möchte aber doch auf verschiedene Daten hinweisen: Ich habe die Aufsichtsbeschwerde am 9. November 1992 eingereicht. Der erste Bericht ist dann zurückgekommen am 19. Jänner 1993, wobei sich das so abgespielt hat, daß die Aufsichtsbehörde

natürlich, nachdem es um den Bürgermeister gegangen ist, vom Bürgermeister eine Stellungnahme eingefordert hat. Diese Stellungnahme wurde natürlich in diesen Punkten erledigt, wo alles in Ordnung war, aber nicht die Angriffspunkte waren. Über die echten Kritikpunkte hat man überhaupt von vornherein nicht berichtet. Man hat nachher in diesem Schreiben, als die Stellungnahme des Bürgermeisters zurückkam, mitgeteilt, daß keine weiteren aufsichtsbehördlichen Schritte notwendig sind – zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme. So einfach kann sich das die Aufsichtsbehörde nicht machen. Wenn man schon keine Kontrolle macht, wie soll man dann auch berichten können? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das sind sehr gründliche Leute, wie Sie aus meiner Beantwortung der dringlichen Anfrage gesehen haben!“)

Ich habe dann natürlich eine weitere Stellungnahme mit acht Seiten an die Rechtsabteilung wieder abgeschickt und ersucht, man möge das doch ein bißchen genauer überprüfen. Ich habe bei dieser Aufsichtsbeschwerde, bei diesem Nachtrag, 71 Seiten Dokumentation mitgeschickt. Ich habe aufmerksam gemacht, man möge auf Grund dieser Dokumentation, auf Grund dieser 71 Seiten, doch nachvollziehen, ob es tatsächlich Gemeinderatsbeschlüsse für diese Aufgaben gibt. Ich möchte heute von dieser Stelle aus sagen: Wir in Passail haben ein Freizeit-, Sport- und Erholungszentrum errichtet auf einem Grund, welcher vor 30 Jahren drainiert worden ist. Dieses ist ein komplett ungünstiges Grundstück für ein Sportzentrum. Man hat die Gesamtplanung nicht durchgeführt. Man hat nur Detailplanungen gemacht. Man hat vorzeitig angefangen zu bauen beziehungsweise zu arbeiten, und jetzt stellt sich heraus, daß unsere Auffassung richtig war, die Gesamtplanung abzuwarten. Bei diesem Sportzentrum mußten im nachhinein 1000 Laufmeter Drainagerohre verlegt werden. Es mußten manche Drainagerohre bis zu viereinhalb Meter tiefer verlegt werden. Alle diese Drainagen mußten mit Schotter gefüllt werden. Welche Mehrkosten hier entstanden sind, das kann man sich vorstellen. Außerdem haben wir ein Seeprojekt – einen Freizeitsee – geplant. Wir haben immer wieder eine Gesamtplanung gefordert. Eine solche Gesamtplanung wurde nicht durchgeführt. Man hat einfach mit dem Bau des Sportzentrums angefangen, was ja nicht schadet, weil man es ja braucht. Aber jetzt stellen wir fest, daß wir in Planie den Sportplatz fertig haben, den Eisplatz fertig haben, Tennisplätze fertig haben, aber keinen Quadratmeter Grund mehr zur Verfügung haben, wo das offene Gerinne als Zufluß für den See möglich ist. Die Kommissionen schreiben jetzt vor, daß die Wasserzufuhr nicht unterirdisch mit einem Kanal erfolgt, sondern das Wasser muß frei zufließen können. Des weiteren handelt es sich noch um ein Überschwemmungsgebiet. Und da gibt es das 150jährige Hochwasser, das zu berücksichtigen ist, und es ist auch kein Platz frei für diese Wasserzuleitung beim See. Daher ist, glaube ich, meine Aufsichtsbeschwerde gerechtfertigt. Ich würde den Herrn Landeshauptmann bitten, daß er sich mit meinem Bürgermeister in Verbindung setzt (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe gestern mit ihm telefoniert!“), damit endlich ein Finanzierungskonzept für das Gesamtprojekt vorgelegt wird und auch die erforderliche Bedeckung

seitens des Landes zugesagt wird. Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß unsere Fremdenverkehrslandesrätin, Frau Waltraud Klasnic, noch im heurigen Jahr abgelöst werden soll. Ich habe auch gelesen, daß auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Hasiba gedenkt zurückzutreten, der für den Sport verantwortlich ist, dann – meine sehr verehrten Damen und Herren – hängt diese Finanzierung in der Luft. (Abg. Dr. Cortolezis: „Am besten wäre es, du würdest gehen!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Dringliche Anfragen bilden!“) Es geht um eine Aufsichtsbeschwerde (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich sage es nur!“); dann ist diese Finanzierung, sofern sie schon zugesagt ist, ich habe noch nichts gesehen, ich würde Sie nur bitten, Herr Landeshauptmann, sofern Sie die schützende Hand über ihren Bürgermeister legen, (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Eine sehr schöne Rede für den Bürgermeister!“), daß Sie auch für die erforderliche Finanzierung sorgen. Ich danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald.

Abg. Kowald (17.14 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Das Problem, das der Kollege Schinnerl angeschnitten hat, daß es so lange gedauert hat, was er eingereicht hat, das betrifft Passail. Nur zur Klarstellung und was Wildon anbelangt, möchte ich sagen, daß die Rechtsabteilung sehr wohl seit einiger Zeit und schon seit einer längeren Zeit hier ihre Arbeit wahrnimmt. Ich möchte aber auch nur sagen, daß man, wenn man in dieser Gegend von Wildon zu Hause ist, selbstverständlich auch einiges mithört und mitsieht und daß in Wildon viel geschehen ist (Abg. Weilharter: „Auch Negatives!“), davon kann sich jeder überzeugen und ist vielen bekannt. Daß selbstverständlich das noch mit dementsprechendem Verschuldungsgrad feststellbar ist, ist ohnehin bekannt und wird auch dementsprechend behandelt. Nicht umsonst hat die Aufsichtsbehörde hier einen Schritt unternommen, um Aufklärung wahrzunehmen. Ich möchte nur eines sagen, meine verehrten Freunde und Anwesende, 98 Prozent der Beschlüsse in Wildon wurden einstimmig gefaßt (Abg. Schrittwieser: „Oder gar nicht!“), zur Klarstellung einerseits. Auf der anderen Seite ist es so, daß man auch sehen muß, wer hier die Sache mitgetragen hat. Wenn diese einstimmigen oder größtenteils zu 98 Prozent einstimmigen Beschlüsse mitgetragen werden von jenen Personen, die hier aktiv waren, so möchte ich auch ergänzen, daß auch der Kassier in der Gemeinde ein Mensch ist, der auch ein Stimmrecht und einen Einblick hat. Und der kommt sicherlich nicht von der ÖVP. Ich möchte auch sagen, Freunde, das wird das schwebende Verfahren ergeben, welche Beschlüsse vorhanden waren oder nicht. Ich kann es nicht sagen. Und wenn es manche behaupten, dann sind sie vielleicht schon Hellseher und werden uns diese dort und da auch in Form der Information noch zukommen. Ich möchte aber auch auf eines hinweisen, daß der Prüfungs-Ausschußobmann, Komm.-Rat Anawitt, vom Jahr 1985 bis 1990 in Aktion war und daß der jetzige Prüfungs-Ausschußobmann, Direktor Lax, ebenfalls in Aktion ist

und daß beide nicht der ÖVP angehören. Das nur zur Information und Klarstellung. Und daß das Heizwerk, das einen großen Beitrag zu dieser Schuldenlast leistet, uns allen auch bekannt ist, viele tausend Menschen haben das angeschaut, und daß es unter schwierigen Bedingungen zu bearbeiten ist, wissen sowohl die Insider als auch jene, die das von auswärts betrachten. Ich möchte aber auch klarstellen, daß es hier zwei Geschäftsführer gibt, im technischen Bereich der Bürgermeister Hirschmann und im wirtschaftlichen Bereich Komm.-Rat Anawitt. Auch hier ist das auf mehrere Parteien aufgeteilt - zur Klarstellung und Information. Und wenn du in Wildon daheim bist, oberhalb Wildon daheim bist, bist du auch nicht weit weg von Preding. Und dort gibt es viele Bürgermeister, auch Kürbisbürgermeister und auch Teilzeitbürgermeister. Und da hat es einen Teilzeitbürgermeister gegeben, der, als er sein Amt begonnen hat, in der Tischlade einen Auftrag über die Planung und den Ausbau des Feuerwehrhauses mit Wohnungen und so weiter gesehen hat. Das hat man mir gesagt, und es war sogar in den Zeitungen zu lesen.

Und dann war es so, daß der Beschluß über diesen Auftrag nicht gedeckt war - stand in der Zeitung. Und der, der den Beschluß nicht eingeholt hat, sehr wohl aber den Auftrag für diese Planung vergeben hat, war einer meiner Vorredner. (Abg. Purr: „Nein!“) Doch! Weil der Teilzeitbürgermeister war, hat man gesagt. Und der Planer dieses Projektes, der Architekt, ist momentan nicht da. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber sagen, mich wundert es nicht, wenn Sie aus Erfahrung dort und da hergehen und sagen, die Kontrolle muß aufrechterhalten bleiben, und die Beschlüsse müssen auch vorhanden sein, wenn man Aufträge verteilt. Ich glaube, daß es auch interessant ist, über dieses Thema in dem Zusammenhang zu reden, daß es auch früher schon Leute gegeben hat, die das sehr ernst genommen haben, und solche, die es sich eben leichter gemacht haben, weil so die Nachfolger dann bezahlt haben. In dem Zusammenhang haben wir alle miteinander viel Arbeit, unseren Verantwortungsträgern in den Gemeinden zu sagen, nehmt eure Verantwortung wahr und schaut, daß ihr euch nichts zuschulden kommen laßt. Aber das eine habe ich auch zwecks Klarstellung gesagt, damit die Leute über das Ganze informiert sind. Ich glaube, wenn ich auch jetzt dort und da etwas hören werde, aber das ist ja nicht von mir gekommen, es ist auch in der Zeitung gestanden. Und wenn es auch schon ein paar Jahre her ist, darf man das wiedergeben. In dem Zusammenhang war das recht, diese gesamte Information zu geben. (Beifall bei der ÖVP. - 17.19 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (17.19 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf bei der letzten Ausführung meines unmittelbaren Vorredners anknüpfen. Er hat sinngemäß gemeint, einer verspricht oder gibt Projekte in Auftrag, und der Nachfolger zahlt. Wir sind konform, Kollege Kowald. Ich glaube, du hast das Thema nur insgesamt verwechselt, du hast sicherlich die steirische Wohnbauförderung gemeint. Da teile ich durchaus diese

Aussage. Meine Damen und Herren, unabhängig von den Ausführungen meines Vorredners ein paar Punkte:

Der heutige Nachmittag war sicherlich insgesamt von einer Diskussion geprägt, die den Schwerpunkt Kontrolle insgesamt zum Thema hatte. Vorweg, die ersten Diskussionen haben sich um das Verhalten und um die Vorgangsweisen und um die Geschäftsordnung innerhalb des Untersuchungs-Ausschusses gedreht, jetzt geht es um die Gemeindeaufsicht, und wir haben auf der Tagesordnung noch einen Punkt, da geht es um Rechnungshof und Kontrollberichte. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Würde man allen Rednern folgen und jene Dinge beiseite schieben, die eigentlich demagogisch formuliert werden oder parteipolitische Aspekte beinhalten, so könnte man glauben, daß der steirische Landtag insgesamt jetzt die Kontrolle sehr ernst nehmen wird. Ich gehe davon aus, daß jeder von uns eine objektive Kontrolle will und wünscht. Ich bin mir auch bewußt, und da bin ich - glaube ich - mit allen, die es so meinen, konform, daß eine Kontrolle immer positive Feststellungen beinhaltet und andererseits auch sehr kritische, unter Umständen negative Anmerkungen zutage bringt. Das, meine Damen und Herren, liegt - das braucht nicht ausdiskutiert werden - in der Natur der Sache, das ist ein Selbstverständnis der Kontrolle.

Anders, meine Damen und Herren, verhält es sich aber, wenn Abteilungen oder Institutionen zu prüfen sind, die so quasi gegen sich selbst gerichtet sind oder politische Verantwortungen betreffen, die man selbst innehat. Da nimmt man es in diesem Hause mit der Kontrolle nicht mehr so ernst. Ich erinnere da in einem großen Zusammenhang: Es gibt eine Diskussion im Parlament, nämlich betreffend die Bank Austria. Hier höre ich von der linken Hälfte, von mir aus, sehr wenig, daß man dort gewillt ist, dem Rechnungshof Einschau zu gewähren, betreffend die Bank Austria. Der Herr Aufsichtsratsvorsitzende und Bürgermeister Silk blockiert hier die Einschau. Hier mein Appell an Sie, meine Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei: Wirken Sie auf Ihren Vorsitzenden ein, daß hier auch eine Einschau ermöglicht wird und daß sich hier die Bundesregierung nicht querlegt. Weiter bei der Kontrolle: Wir wissen alle, innerhalb der Steiermark wird permanent durch die vom Landtag geschaffene unabhängige Kontrollinstanz - dem Landesrechnungshof - kontrolliert. In diesem Zusammenhang waren ja einige Dinge in der letzten Zeit, die nicht angenehm waren und letztlich ein Bären-dienst an diesem Kontrollinstrument waren. Ich erinnere nur mit einem Stichwort an die Diskussion im Grenzland „Wasserverband Südost“. Hier wurde unabhängig von der Rechnungshofkontrolle auch strafrechtlich geprüft. Es hat sich bei den Berichten herausgestellt, daß strafrechtlich kein Tatbestand gegeben ist, aber man muß auch zur Rechtfertigung und vor allem im Bekenntnis zur unabhängigen Kontrolle klar und deutlich feststellen, daß die kritischen Anmerkungen, die Feststellungen des unabhängigen Rechnungshofes, nicht widerlegt wurden. Daher sind diese Feststellungen des Rechnungshofes nach wie vor aufrecht.

Unabhängig davon, meine Damen und Herren, jetzt der dritte Bereich, betreffend die Gemeindekontrolle:

Ich erinnere, auch hier in diesem Haus war ein Rechnungshofbericht zur Debatte, betreffend die Stadtgemeinde Leoben. Dort haben sich alle Damen und Herren in einem gemeinsamen Entschließungsantrag dazu bekannt, daß künftighin auf Gemeindeebene die Kontrolle der Minderheits- oder den kleinen Fraktionen übertragen werden sollte. Wir haben uns hier dazu bekannt. Nur, die Durchführung oder letztlich die Akzeptanz dieses Landtagsbeschlusses läßt zu wünschen übrig. Denn es gibt noch nach wie vor sehr viele Gemeinden von beiden Bürgermeisterfraktionen in der Steiermark, wo dem nicht Rechnung getragen worden ist.

Meine Damen und Herren, jetzt zurückkommend zur Marktgemeinde Wildon: Betreffend die Entwicklung der Marktgemeinde Wildon bin in der felsenfesten Überzeugung und Auffassung, daß hier vielleicht ein Gutteil an Überforderung und Nichtkenntnis der Rechtssituation vor Ort gegeben ist. Unabhängig davon zeigt sich aber in der Marktgemeinde Wildon, daß die Kontrolle, wenn sich die Regierungen selbst kontrollieren, nicht funktionieren kann. Ich darf das anhand eines Beispiels wiedergeben: Die Marktgemeinde Wildon ist von zwei Parteien im Gemeinderat beschickt. Der Bürgermeister gehört der ÖVP an und der Finanzreferent der SPÖ. Ich kenne keine Gemeinde in der Steiermark, wo, wenn der Gemeindevorstand einstimmig vorberaten hat und einstimmig zu einem Ergebnis kommt, dieses Ergebnis dann dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorliegt, der parteipolitisch gleich zusammengesetzte Gemeinderat anders entscheidet. Genauso, meine Damen und Herren, meine ich, wird es innerhalb der Marktgemeinde Wildon passiert sein. Daher sollte es unser Auftrag sein, meine Damen und Herren, daß man künftighin die Gemeindekontrolle dahin gehend verstärkt, daß wir unter Umständen die Gemeindeferenten vertauschen. Nur, es wird auch nichts ändern, weil man sich unter Umständen abspricht. Aber das wäre ein Denkanstoß, daß für die ÖVP-Gemeinden der SPÖ-Referent zuständig ist und vice versa auch. Aber, meine Damen und Herren, dieser Denkanstoß sollte uns eigentlich zur Überlegung bringen, lieber Kollege Maitz, ob wir uns künftighin noch den Luxus von zwei Gemeindeferenten leisten sollen. Wenn man genau kontrolliert, wenn man eine objektive korrekte Behandlung der Gemeinden zum Ziel hat, würde meiner Meinung nach ein Gemeindeferent genügen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schritt, daß es sich, wie in Wildon, ein zweites oder drittes Mal oder mehrmalig innerhalb der Steiermark nicht ereignen kann, sollte uns doch ernstlich dazu zwingen, daß wir im Zuge der Verfassungsverhandlungen, und vor allem im Hinblick auf die Rechnungshofverfassungsgesetzänderung, uns folgendes Ziel vornehmen, daß der Landesrechnungshof als bewährte unabhängige Kontrollinstanz auch Einschau in die Gemeinden nehmen kann. Unabhängig davon, daß wir jetzt eine Gemeindeaufsicht haben, die Rechtsabteilung 7, sollten wir darüber nachdenken, und mir schiene es sinnvoll, die Kompetenzen zu trennen, daß die Rechtsabteilung 7 künftighin weiter prüft, die Konformität mit der Gemeindeordnung, die verfassungsmäßige Konformität, und daß aber der Rechnungshof die Aufgabe übertragen bekommt, wie

auch beispielsweise in anderen Bundesländern, daß der Rechnungshof künftighin die Gemeinden prüfen kann im Hinblick auf wirtschaftliche Beteiligung bei Unternehmungen. Ich glaube, meine Damen und Herren, das sollte uns die Diskussion heute mitgeben, und darüber sollten wir nachdenken, wenn wir die Verfassungsverhandlungen ernstlich weiterführen, wenn wir der steirischen Kontrolle innerhalb der Gemeinden, innerhalb des Landes, einen Dienst erweisen wollen und sie im objektiven richtigen Licht sehen wollen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.29 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura gemeldet.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (17.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Kowald, ich muß dir eines sagen, du solltest dich ein bißchen besser informieren. Die Geschichte ist ein bißchen anders. Wir hatten ein Gemeindeamt in Preding, das über der Feuerwehr logiert hat, und dort war auch die Gendarmerie drinnen. Wir sind ausgezogen, und das Gemeindeamt ist in die alte Volksschule übersiedelt. Es stand dann der ganze Komplex frei und leer. Seit dem Jahr 1986 hatten wir im AHO immer schon die Restaurierung dieses Gemeindehauses, wenn du sagen willst von mir aus auch Feuerwehrhauses, drinnen. Es wurde jedes Jahr die Aufforderung an den Bürgermeister gegeben, daß das endlich saniert werden sollte. Wir haben auch immer vorsichtshalber 2 Millionen Schilling eingesetzt gehabt, aber natürlich keine Bedeckung. Im Jahr 1988, ich war von 1986 bis 1988 Bürgermeister, war ich bei Landesrat Schaller und habe ihn gefragt, ob es Möglichkeiten der Förderung gibt, daß man hier Wohnungen einbaut. Er sagte, das ist gar keine Frage – mindestens drei Wohnungen, wenn vier sind, ist dies noch besser. Ich habe in Absprache eine solche Planung machen lassen. Planer war der Dipl.-Ing. Schmid. Wir haben diese Planung dem Landesrat Schaller vorgelegt. Landesrat Schaller hat gesagt, jawohl, das ist gar keine Frage. Nach den Berechnungen geht alles, das ist alles in Ordnung – 2,78 Millionen Schilling Förderung. Aber das sollte eine Wohnbaugenossenschaft machen. Wohnbaugenossenschaften wurden nacheinander angesprochen, die ÖWG, ich glaube sogar die Ennstaler. Aber im Endeffekt war ein Vertrag fertig mit der Grazer Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft, wobei sich der damalige Vizebürgermeister der SPÖ bemüht hat, diese Verträge zu organisieren. Das war im Grunde genommen vor der Realisierung, und ich habe meinen Bürgermeister abgegeben. Ich gebe zu, es war mein Fehler, diesen Gemeinderatsbeschuß nicht zu fassen. Aber es war damals so, daß man gesagt hat, die Förderung der Planung ist inbegriffen in dieser Förderung. Dann habe ich mein Mandat niedergelegt, und dann ist es zu einer großen Koalition ÖVP/SPÖ gekommen. Was soll ich sagen: Der liebe gute Wolf war zu erfolgreich. Also hat man etwas finden müssen, wie man ihn stützt. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kowald: „So ist das bei euch!“) Ich kann dir jetzt noch etwas sagen. Du wirst ja vielleicht den Herrn Dr. Kortschak aus Leibnitz kennen. Er ist ein Rechts-

anwalt. Bei dem hat man ein Rechtsgutachten aufgegeben, weil man natürlich dem lieben guten Wolf dieses Geld abverlangen wollte. Und das Rechtsgutachten hat dann so ausgeschaut, daß man geschrieben hat, zumindest dieser Dr. Kortschak hat geschrieben – ich kenne ihn nicht einmal –, vom Herrn Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura wird man keinen Schilling holen dürfen. Wenn ich dir das zeige, kannst du gerne haben. (Abg. Kowald: „Wer hat die Exekution eingeleitet?“) Das ist eine andere Geschichte, die Exekution ist ja dadurch geschehen, weil der Bürgermeister gemeint hat, er ist ganz gescheit und zahlt nicht oder macht keinen Einspruch. Und dann war eine Fallfrist, und dann hat man zahlen müssen. (Abg. Kowald: „Ihr habt es euch ausgedreht gehabt. Drei Tage nachdem ihr euch mit dem Architekten Schmid, der heute Landesrat ist, ausgedreht habt, war die Exekution da. Hättest die Dringliche zu Preding gemacht!“) Schau, du solltest dich besser informieren, wenn du so einen persönlichen Angriff startest. Das wäre gescheit, weil die ganze Geschichte ist nicht gut. (Abg. Trampusch: „Wenn du noch einmal lieber guter Wolf sagst, dann melde ich mich zu einer tatsächlichen Berichtigung!“) Aber sind wir da ein bißchen fair, und wir können weiter miteinander reden. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.34 Uhr.)

Präsident: Ich kann mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Ganz habe ich nicht mitbekommen, was da berichtet wurde.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Ebner das Wort.

Abg. Dr. Ebner (17.35 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man über Gemeindeaufsicht hier im Hohen Haus redet, und es ist ja nicht das erste Mal hier geredet worden, dann fällt mir auf, dann geht es nicht nur mir so, sondern offenbar auch unserem Präsidenten so, so ganz – ich kenne deine Geschichteln von dir, Chibi – verstehe ich dann nimmer, um was es geht, und jeder Gemeindefunktionär sieht dann natürlich die Probleme seiner Gemeinde. Ich will versuchen, doch ein bißchen wieder auf das Grundsätzliche zurückzuführen. Wir haben ja heute schon bei einem Tagesordnungspunkt, ich glaube, beim Tagesordnungspunkt 12, schon einmal das Problem des Egoismus der Gemeinden andiskutiert, nämlich bei der Landesentwicklung. Und das spielt heute eigentlich alles so ein bißchen ineinander, und wenn ich da noch einmal auf unseren Beschlußantrag zurückkommen dürfte. Wir haben heute gesagt bei der Diskussion über die Landesentwicklung, man sollte ein Landes- oder regionales Entwicklungsprogramm machen, das natürlich Hand und Fuß haben soll, und zumindest ist doch zu erwarten, daß sich die Landesstellen dann nach diesem Landesentwicklungsprogramm richten, sprich zum Beispiel Vorrang Industrie, dort vorrangig die Industrieförderung hinein, Vorrang Wohnen, dort vorrangig die Wohnbauförderung hinein. Dies sollte eigentlich selbstverständlich sein, die Praxis zeigt, daß das offenbar nicht immer so geschieht. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, sagen wir so, daß, wenn einmal nach einem Entwicklungsprogramm die Fördermittel vergeben werden, daß eher der Zufall hier

regiert, als daß wirklich jemand das Entwicklungsprogramm gelesen hat, hat es mich umso mehr verwundert, weil ja immerhin diese Entwicklungsprogramme von der Landesregierung beschlossen werden und man eigentlich annehmen müßte, daß die Landesregierung auch so dann vergibt.

Und jetzt bin ich schon wieder bei der Gemeindegeschichte und beim Beschlußantrag. Wir haben hier im Punkt 1 vermerkt, ein Grundsatz müßte sein, daß Fördermittel nur nach den örtlichen und regionalen Entwicklungskonzepten nach dem Raumordnungsgesetz vergeben werden. Meiner Meinung nach eine Selbstverständlichkeit, und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß hier irgendjemand anderer Meinung ist, was natürlich dann auch für die Bedarfszuweisungen zu gelten hat. Das heißt, die Entwicklungsprogramme müssen so konkret sein, daß auch zur Entlastung – sage ich einmal – der Gemeindefreferenten, die es wahrscheinlich auch nicht immer leicht haben, wenn ihnen ihre Bürgermeister die Tür einrennen, auch sagen können, schau her, das ist nach dem regionalen Entwicklungsprogramm ein Standort für den und den Bereich. Hier hast du Chancen. Auch der Bürgermeister kennt sich aus, er weiß, wo er Chancen hat, und er weiß, wo er keine Chancen hat, und nur nach objektiven Kriterien haben diese Bedarfszuweisungen vergeben zu werden. Und ebenso die Wirtschaftsförderung und weitere Förderungen, die vom Land gegeben werden. Das ist der eine Punkt.

Auf den anderen Punkt darf ich noch einmal zurückkommen, ihn hat einer meiner Vorredner bereits angesprochen, einen Antrag, den wir hier einstimmig beschlossen haben, nämlich zu den Prüfungsausschußobmännern. Ich weiß, daß in etlichen Gemeinden das so gehandhabt wurde, daß der Prüfungsausschußobmann gewechselt hat zu einer, na sagen wir einmal Oppositionspartei, soweit man das in der Gemeinde sagen kann, aber jedenfalls eher zu einer Oppositionspartei gewechselt hat. Ich sehe das auch durchaus positiv im Sinne einer Entlastung der Gemeindefreferenten. Wir haben heute gehört, wie viele Aufsichtsbeschwerden anhängig sind, und ich kann mir durchaus vorstellen, wieviel Arbeit auch der Rechtsabteilung 7 eine Aufsichtsbeschwerde, die ja nicht klein zu schätzen ist, wie Wildon macht, auch Passail haben wir heute gehört und andere Aufsichtsbeschwerden. Zuvorderst einmal – und da muß man einmal auch die Gemeindeautonomie sehen – soll die Gemeinde in ihrer Gemeinde selbst Ordnung schaffen und für Ordnung sorgen, und da haben wir versucht, mit diesem Antrag – und wir haben uns alle darauf verstanden, das zu unterstützen – hier in diese Richtung zu gehen. Die Gemeinde soll selber einmal prüfen, ob es in Ordnung ist. Wenn über eine Aufsichtsbeschwerde das Land einschreitet, soll ja – wie der Herr Landeshauptmann richtig gesagt hat – nur das gelindeste Mittel zum Zuge kommen, auch wenn das ein etwas antiquiertes Wort ist, aber vom Prinzip her ist es doch sicher richtig, daß nur das gelindeste noch zum Ziel führende Mittel zum Zuge kommen kann. Und hier glaube ich, daß wir uns einmal in den Verhandlungen etwas überlegen sollten, ob zwischen der Informationspflicht und der Absetzung des Bürgermeisters beziehungsweise Auflösung des Gemeinderates denn wirklich nichts dazwischen ist, das ist ja in

der Praxis oft das Problem, daß zum Beispiel – ich kenne so viele Fälle, die an mich herangetragen werden, wo die Gemeindeordnung eindeutig verletzt wird, wo die Akten im Gemeinderat nicht vorliegen bei der Beschlußfassung, niemand Einsicht nehmen kann, obwohl sie vorliegen müssen. Ja, weil die Akten jetzt nicht vorliegen, werde ich keinen Bürgermeister absetzen. Aber eine andere Sanktionsmöglichkeit habe ich derzeit nicht. Es gibt in der Stadt Graz bei den Bezirksvorstehern, die jetzt neu gewählt worden sind, eine interessante Sache, die möchte ich nur als Denkanstoß geben, daß nämlich bei den Bezirksvorstehern auch die Sanktionsmöglichkeit besteht, ihnen das Gehalt zu kürzen. Und wenn es ums Taschel geht, könnte die Geschichte auch einmal weh tun. Ich will jetzt nicht sagen, daß das jetzt der Stein der Weisen ist, aber es sollte als Denkanstoß gedacht werden, daß in diese Richtung auch gegangen wird, daß wir hier andere Mittel, die nicht zu scharf und nicht zu mild sind, nämlich sprich, dazwischen auch noch etwas finden können, daß eben das gelindeste Mittel angewendet werden kann, das noch zum Ziel führt. Bisher haben wir wenig Mittel, die wirklich zum Ziel führen, das wir anstreben.

Ich darf noch auf einen Punkt unseres Beschlußantrages hier eingehen. Es laufen, und das werden mir alle bestätigen, die irgendwie mit den Gemeinden zu tun haben, immer wahnsinnig viel Gerüchte über Aufsichtsbeschwerden, die anhängig sind, oder über Vergehen des Bürgermeisters, daß der Bürgermeister gegen die Gemeindeordnung verstoßen hat, es geht nichts weiter beim Land mit den Aufsichtsbeschwerden und wenn, dann wird lapidar geantwortet, daß eben einfach nichts vorgefunden wurde, nach dem Informationsstand ist einfach nichts zu machen. Jedenfalls sollte man diesen Gerüchten auch einmal entgegenreten, und ich könnte mir vorstellen, daß wir dies mit einem Bericht an den Landtag machen. Ich ersuche die anderen beiden Parteien um Zustimmung zu diesem Antrag. Der Punkt 4 sagt hier nämlich aus, daß dem Landtag bis zum 31. März jeden Jahres ein Bericht vorzulegen ist, welche Aufsichtsbeschwerden im Vorjahr eingelangt sind und welche Aufsichtsmaßnahmen getroffen wurden. Das ist Aufgabe des Landtages, hier eine Kontrolle anzusetzen, hier sollte der Landtag diese Kontrolle machen und es auch dadurch öffentlich machen, die Aufsicht, um auch vielen Gerüchten, die hier kursieren, entgegenzutreten. Und ich darf noch einmal beide Parteien, die ÖVP und die SPÖ, ersuchen, unserem Beschlußantrag die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der FPÖ. – 17.41 Uhr.)

Präsident: Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura, Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko und Schinnerl, betreffend die Finanzierung der steirischen Gemeinden und die Gemeindeaufsicht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß

Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura, Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko und Schinnerl, betreffend die Finanzierung der steirischen Gemeinden und die Gemeindeaufsicht, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der ÖVP-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz, betreffend die „Strategische Planung 1993–2006–2005“ der Krankenanstaltengesellschaft (KAGES) und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Frizberg (17.45 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Wir haben unsere Anfrage an den Herrn Landesrat Dr. Strenitz eingebracht in der Sorge um die Entwicklung des jährlichen Abganges, insbesondere der Krankenanstalten, aber am gesamten Gesundheitssektor insgesamt. Ich darf vorausschicken, daß kein Mensch bestreitet, um Ihre Worte zu wählen, daß Gesundheit etwas kostet, daß kein Mensch bestreitet, daß wir hier auch mit neuen Aufgaben immer wieder konfrontiert sein werden, die es aber umso wichtiger erscheinen lassen, jede einzelne Ausgabe und auch jede einzelne Vorgangsweise, die von weitreichender Tragweite ist, entsprechend vorabzustimmen, und wenn es Auswirkungen auf den Eigentümer hat, auf das Budget des Landes hat, es auch entsprechend mit dem Land und auch in Wahrung der Budgethoheit mit dem Landtag abzustimmen. Wir haben einen Abgang gehabt bei der Krankenanstaltengesellschaft von 1,6 Milliarden Schilling im Jahr 1990, wir haben im Jahr 1993 einen Abgang von 3 Milliarden Schilling budgetiert. Und wenn man jetzt dieser strategischen Planung bei unveränderter Fortführung folgt, muß man rechnen, daß eines Tages das Krankenanstaltenbudget, das wir vom Land zusätzlich zu bedecken haben, den gesamten Landeshaushalt auffrißt. Es gibt dazu ein Szenario selbstverständlich, daß das nicht eintreten wird. Aber die Frage ist, wo fängt denn dieser Crash überhaupt an? Wenn ich mir die bisherige Vorgangsweise anschau, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, je größer der Abgang, desto größer waren die Forderungen für das nächste Jahr. Wir alle wissen, daß wir im Gesundheitswesen ohne Gesamtreform nicht durchkommen werden. Wenn hier, in diesem für mich wirklichen Schreckensszenario ein Crash irgendwann einmal in fernen Jahren erst prognostiziert wird, dann, wenn das gesamte ordentliche und außerordentliche Landesbudget nur für die Gesundheit, nur für die Abgänge der Krankenanstalten – pardon – draufgehen, muß ich ja bitte in der Verantwortung für dieses Budget fragen: der Crash kommt ja bitte weit vorher. In Wahrheit haben wir schon heuer ein Budget, das wir kaum mehr

verantworten können in der jetzigen Form. Der Crash im Budget kommt nicht, wenn die 35 Milliarden auf heutiger Basis unseres Landesbudgets aufgebraucht werden als Abgang für die Krankenanstalten, sondern wir haben in Wahrheit ein Landesbudget, das 12,5 Milliarden ausmacht, und bereits nach dem jetzigen Stand unseres Wissens machen wir ein Defizit im heurigen Landeshaushalt von 4 Milliarden Schilling. Wir haben vorher von einer kleinen Gemeinde gesprochen und von der Entwicklung dort und uns Sorgen gemacht. Ich mache mir auch Sorgen um die Entwicklung, die wir im Landesbudget haben. Wenn ich mir dann anschau, daß allein die Entwicklung bei den Krankenanstalten mehr an Abgang zu bedecken von uns fordert als derzeit der gesamte Abgang des Landeshaushaltes ist, so kann ich da nicht einfach zuschauen. Wir haben als einen Teil, wie hier solche Entwicklungen zustande kommen, die EDV herausgegriffen, ich möchte aber zuerst noch allgemein bleiben. Wir müssen in der heutigen Situation leider für unser Landesbudget eher von noch größeren Engpässen ausgehen, als wir das nach der mittelfristigen Budgetprognose, die wir voriges Jahr debattiert haben, annehmen durften. Wir haben zusätzliche Einnahmehausfälle, die uns im Gesamtbudget abgehen. Wir müssen jetzt schon davon ausgehen, daß wir eigentlich dem Horror unterliegen, daß die Nettoneuverschuldung bei weitem die Zinsen übersteigt. Wenn das nicht in einem Landesbudget wäre, würde man das mit einem gewissen Begriff in der Geschäftswelt hier versehen können. Und dann wird uns eine Planung vorgelegt, wonach 30 Milliarden Schilling plus weiteren 15 Milliarden Schilling an Folgekosten nur für die Krankenanstalten abgedeckt werden sollen. Und das in einem Umfeld, in dem wir als öffentliche Körperschaft auch andere Aufgaben zu bewältigen haben. Gerhard Hirschmann hat schon darauf Bezug genommen, und er findet es eigentlich merkwürdig, wie sehr wir uns mit Vergangenheitsbewältigung beschäftigen, wo dann nicht einmal eine Million an Differenz herauskommt und auf der anderen Seite Zukunftsfragen nicht behandeln können. Hier wird uns von der Krankenanstaltengesellschaft ein Szenario übermittelt, wonach wir uns gar nicht mehr viele Gedanken machen müssen, wo wir unser Geld in Zukunft einsetzen werden, weil ungefragt wir es für die Gesundheit, für die Spitäler allein dann auch verbrauchen würden. Wir haben steigende Arbeitslosenraten, weltweit, damit da kein Irrtum auftaucht. Wir haben Strukturprobleme in der Wirtschaft, vor allem in der verstaatlichten Industrie, die uns zusätzliche Sorgen machen, wie wir auch in der Regionaldebatte heute gesehen haben. Wir haben existenzielle Fragen unserer Bauern zu beantworten. Wir haben Wanderungsbewegungen, sehen uns damit konfrontiert, die an unser Budget herantreten. Wir haben Asylanten, wir haben Flüchtlinge unter Umständen in unserer unsicheren Zeit zu beherbergen, die unser Geld auch kosten werden. Wir haben aber auch Sozialprobleme, wo ich noch nicht abschätzen möchte, wieviel mehr Geld wir dafür brauchen. Wenn ich den Herrn Landesrat Tschernitz sehe, so nehme ich an, daß auch für die Pflegevorsorge entsprechendes Geld eigentlich aufgewendet werden sollte. Gleichzeitig haben wir ein Szenario, daß wir für die Spitäler nicht nur unsere gesamten Abgänge, sondern irgendeinmal vielleicht sogar unser gesamtes

Landesbudget aufwenden sollen. Und da kann ich nicht zuschauen. Mit wem sind diese Vorschläge überhaupt abgestimmt, in welchem Szenario auch immer? Wie wird überhaupt vorgegangen bei solchen gravierenden Entscheidungen, wo man mit einer kleinen Entscheidung auf lange Frist die Weichen stellt und Jahr für Jahr ein Mehr an Ausgaben damit produziert wird, ohne daß wir überhaupt zum Teil mehr eingreifen können? Herr Landesrat Strenitz, in welcher Form ist das mit dem Eigentümer auch hier mit unserer Budgethoheit vor den Entscheidungen abgestimmt, weil ich kann mich nicht entsinnen, daß Sie an uns herangetreten wären, in welcher Form Sie das bedecken wollen? Ich kann mich nicht entsinnen, daß Sie bei der Verhandlung über den Gesundheitsplan, bei dem wir zusammengesessen sind, wirklich ein Finanzierungsszenario beigelegt haben. In Wahrheit haben wir uns darauf konzentriert, sinnvolle und gute Vorgangsweisen zu finden, aber für die Bedeckung gibt es nicht den geringsten Ansatz dabei. Und das alles noch unter Ausklammerung der Spitäler, unter Ausklammerung des größten Finanzierungsbrockens, den wir noch nicht entschieden haben. Da muß ich auch mitgehen mit der Bemerkung, die ich in der heutigen Zeitung finde, wo man feststellt: „Dauerbrenner – Reform des Gesundheitswesens. Man hört das schon seit Jahren. Mittlerweile brennt der Hut lichterloh. Doch die Politiker setzen nicht zu einer rasanten Löschaktion an. Die Reform des Gesundheitswesens ist permanent im Gang. Billiger wird es nicht. Der Bürger wird dafür schon aufkommen müssen“ und so weiter, hört man da. Zu Recht sorgt sich dieser Kommentar, wenn wir ohnedies schon wissen, wohin es geht. Wann werden endlich die Einschnitte kommen, die es ermöglichen, ein Mehr an Gesundheit, ein Mehr an Vorsorge zu verknüpfen, allerdings nicht mit einem ungebremsen Ausgabenwachstum auf der anderen Seite? Das läßt sich nicht finanzieren, und es läßt sich nicht einseitig ein Budget nur für die Spitäler aufwenden, geschweige denn, daß es zu akzeptieren ist, daß in einem Ansatz, in einem Vorstandspapier, in einem Papier, das dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde, eine Gesellschaft des Landes hingehört und sagt, diesen Teil können wir nicht aus dem Budget finanzieren, da wird ein Gesundheitsschilling eingeführt.

Also, da frage ich mich wirklich, schon der Herr Klubobmann Trampusch hat in Dollar-emotionaler Rede gesagt, wir lassen uns die Budgethoheit nicht nehmen. Wir müssen uns kümmern, wo wir hintreffen, und wir müssen uns kümmern – den Pyhrn-Ausschuß hat er damals gemeint –, was mit unserem Landesgeld passiert, dabei geht es um Bundesgeld dort in erster Linie, um das Sie sich da kümmern. Bitte, hier geht es um Landesgeld und um Geld der Zukunft, um das wir uns kümmern müssen. Und ich habe von Ihrer Seite, Herr Landesrat, eigentlich nicht gehört, wie Sie diese Vorgangsweise verantworten können. Wo sind die Schwerpunkte, die Sie setzen? Wo werden die Betten abgebaut, auf die der Herr Landesrat Tschernitz schon seit langem für die Pflegevorsorge wartet? In unseren Gesprächen für die Pflegevorsorge haben wir gehört, daß es da keine Abstimmung gibt. Daß der Herr Landesrat Strenitz keinerlei Entwürfe bisher seinem Kollegen von der SPÖ-Fraktion überhaupt übermittelt hatte, von der wir dann ausgehend unsere Diskussionen führen könnten. (Landesrat Dr. Strenitz:

„Da sind Sie von den Mitgliedern Ihrer Kommission Suter/Suter falsch unterrichtet!“)

Ja, gut, Suter & Suter werden Sie uns noch vorlegen, und wir werden dann ja sehen, ob wir mit einer Vorgangsweise, wie sie Suter/Suter vielleicht vorschlägt, überhaupt einverstanden sein können, weil das muß ja nicht unbedingt der Fall sein. Eines stimmt jedenfalls, und das kann man festhalten, und so hat Prof. Prucks aus Wien es formuliert: „Bisher leben wir eigentlich verkehrt zu den Verhältnissen, wie wir sie in einer normalen Marktwirtschaft haben.“ In der Marktwirtschaft ist es so, daß die Nachfrage das Angebot bestimmt, das heißt, das, was nachgefragt wird, wird dann auch hergestellt und produziert werden. Im Gesundheitswesen haben wir es genau umgekehrt. Das Angebot bestimmt die Nachfrage, und wie er wörtlich formuliert hat: „Kein Bett bleibt auf Dauer leer.“ Ich sage nur eines: Mehr muß nicht immer besser heißen. Und wenn ich mir die Zustände anschau, dann können wir festhalten, je mehr wir dort an Abgängen zu decken hatten, desto weniger hatten wir eine Zufriedenheit der Patienten, eine Zufriedenheit der Angestellten und der Mitarbeiter. Also irgendwas scheint hier faul zu sein, und die Vorgangsweise erinnert verdammt nahe an die der verstaatlichten Industrie, die eigentlich auch – pardon – von der trittsicheren Weisheit immer ausgegangen ist, irgendwer wird das Ganze dann schon abdecken und finanzieren, was kostet die Welt, und es mag vielleicht kein Zufall sein, daß der Herr Dr. Moser ja aus dieser Welt der verstaatlichten Industrie in die Gesundheitswelt übergetreten ist. Wir werden das so nicht verantworten können. Und so sind wir zu dem Beispiel der EDV als „Pars pro toto“ gekommen. Wobei ich dazusage, es geht gar nicht darum, ob hier eine Entscheidung wirklich immer die beste ist, sondern es geht auch darum, inwieweit solche Entscheidungen rechtzeitig mit dem Eigentümer abgestimmt werden, weil ihre Folgewirkungen letztendlich nicht innerhalb dieser Gesellschaft abzudecken sind, sondern vom Land abzudecken sind. Es geht um die Art und Weise, wie man in so ein System einsteigt. Und wenn ich da hier höre nach diesem Entwurf, daß für die EDV alleine 2,8 Milliarden Schilling ausgegeben werden müssen ohne Folgekosten, dazu kommen noch einmal 100 Prozent Folgekosten dazu, 2,8 Milliarden nur für die EDV plus 100 Prozent Folgekosten nach diesem Plan, dann heißt das nichts anderes, als daß wir 330.000 Schilling je Bett, je Spitalsbett, nur für die EDV hier eingeplant haben, wenn ich die Folgekosten einrechne 660.000 bei 8.000 Betten, daß heißt bitte, daß wir 250.000 Schilling je Mitarbeiter der Krankenanstalten nur für die EDV auszugeben haben, und uns liegen Unterlagen vor, daß man hier durchaus auch mit anderen Systemen und durchaus auch unter Erfüllung der Bedingungen durchkommen kann, ohne – bitte – in diese Größenordnungen hineinzukommen. Aber wie ist der Ablauf der Entscheidung? Und das hat mich nachdenklich gestimmt. Es ist zuerst einmal ausgeschrieben worden ein EDV-System und eine Anlage, die dann – wie Sie richtig gesagt haben – um rund 70 Millionen Schilling auch vergeben wurde. Eine Anlage, wo Sie schreiben in ihrer Beantwortung, und ich habe den schriftlichen Text Ihrer Anfragebeantwortung, es handelt sich nicht um ein klassisch proprietäres System. Okay, das kann ja der

Rechnungshof dann prüfen, inwieweit diese Aussage mit den Tatsachen übereinstimmen. Nach meinen Informationen handelt es sich jedenfalls um ein herstellerabhängiges System und werden wir daher Zusatzaufwendungen allein daraus unter Umständen zu rechtfertigen haben. Aber schon nach zwei Jahren wird eine Nachrüstung um 50 Millionen Schilling gefordert. Und da muß ich mich schon fragen, wenn wir es zuerst ausgeschrieben haben, war entweder die Ausschreibung falsch oder man hat jedenfalls nicht vorhergesehen, wofür das verwendet werden soll, wenn ich nach zwei Jahren dann an dieses System gleich die nächsten 50 Millionen Schilling nachrüsten muß. Man kommt mit der Erstausschreibung schon in zusätzliche 70 Prozent der Kosten dazu, aber das ist erst der Einstieg in ein System, von dem ich nach wie vor behaupte, daß es nicht ohne weiteres herstellerunabhängig und mit anderen Systemen verknüpft werden kann. Unsere Vergleichsrechnungen sagen, daß man statt der 1,5 Milliarden, die im wesentlichen für Graz aufgewendet werden müssen, durchaus mit einem Bruchteil dieses Betrages auskommen kann. Insbesondere, wenn keine Bindungen an Hersteller gegeben sind. Und ich muß jetzt schon etwas fragen, es war der Herr Klubobmann Trampusch, der hier voriges Jahr mit großer Akribie das Land Steiermark attackiert hat, weil es ursprünglich ein EDV-System, ein VMS-System, eingesetzt hat und hier mit Akribie vertreten hat, wie konnte das Land das nur machen, weil jetzt muß man auf ein herstellerunabhängiges System abgehen. Das Land Steiermark ist diesen Weg auch gegangen. Heute haben wir die Tatsache, daß eben dieses System von der Krankenanstaltengesellschaft übernommen wurde, also hat Trampusch damals recht gehabt, oder was ist heute los? Das, was für das Land als solches gilt, muß ja bitte irgendwie auch für die Krankenanstaltengesellschaft gelten. Wenn es damals schon in der Vergangenheit, das war 1989 oder 1990, schlecht war, dieses System zu wählen, weil es eben nicht so weiterentwickelt werden kann, ja bitte, dann muß ja wohl heute dasselbe noch gelten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Trampusch seine damalige Rede einfach vergessen hat, noch dazu, wo heute mehr denn je klar ist, daß man dezentral arbeiten muß. Und das fängt nun einmal auch bei der EDV an. Wenn man hier nicht entsprechend flexibel ist, dann ist man abhängig und muß alle Nachbestellungen immer wieder im Betriebssystem auf dieselbe Grundlage zurückgreifen. Und wenn man dann auf 2,8 Milliarden hinaufkommt mit so einer Grundlage, dann frage ich mich, inwieweit wir hier unserer Sorgfaltspflicht nachgekommen sind. Ich frage mich insbesondere, wie man auf Grund so kleiner Ausschreibungen am Beginn es dem Eigentümer gegenüber verantworten kann, dann auf diese Größenordnungen hinaufzukommen, ohne vorher zu prüfen. Und das ist der Unterschied bitte auch zu all den Themen, die wir heute abgehandelt haben. Wir wollen bewußt in dieser Frage, bevor die letzte Entscheidung gefällt ist, fragen, wollen bewußt vorher uns kümmern, weil wenn wir einmal ein paar Jahre damit gelebt haben und die Milliarden oder die Hunderte Millionen geflossen sind, im nachhinein ist manches akademisch oder, wie wir es beim Pyhrn-Ausschuß gesehen haben, nicht einmal eine Million haben sie bisher gefunden, die man im nachhinein noch ändern kann. Bitte, hier

wären wir noch in der Lage, rechtzeitig als Eigentümer zu sagen, schaut euch das noch einmal an, macht es besser, aber ich will dieses Beispiel ja nur als einen Teil für viele Arten der Vorgangsweise sehen, wo meine Bedenken gelten. Wir lassen uns einfach vor vollendete Tatsachen stellen. Und wenn wir einmal drinnen sind in diesem System, wenn einmal die ersten Entscheidungen getroffen sind, dann kann man nur mit der Achsel zucken und fragen, kommen wir nicht mehr raus? Müssen wir halt so weiter fuhrwerken. Ich kann mir bitte nicht vorstellen, daß das in Ihrem Interesse ist. Ich glaube, wir könnten hier eine gemeinsame Vorgangsweise finden, wie wir das vermeiden könnten. Es gibt bitte niemand dieser Gesellschaft das Recht, ohne die Beachtung der Budgethoheit des Landtages hier einfach Gesundheitschillinge einzuplanen, hier uns einfach mit Tatsachen zu konfrontieren, von denen niemand von uns vorweg eine Zustimmung geben kann, daß wir dieser Entwicklung tatenlos zuschauen können. Wenn es heute um die Verantwortung des zuständigen Referenten geht, Herr Landesrat Strenitz, in der Frage, welche Reformen man zustande bringt, sind Sie seit 1987 federführend, nur Reform hat es keine gegeben. Wir werden möglicherweise noch viele Babys abzuküssen haben, aber die Abgänge werden steigen, und die Gesundheitsreform kommt nicht zustande. Ich bescheinige Ihnen, daß die nicht von Ihnen allein gemacht werden kann. Ich bescheinige Ihnen gerne, daß es hier auch einer gesamtstaatlichen Gesundheitsreform bedarf.

Beispielsweise, wenn dieses System so pervers wird, daß der Bettenabbau, den wir teilweise brauchen – die Betten verwenden könnten für die Pflegevorsorge –, das das Land als Eigentümer noch zusätzlich belastet und dann der Referent noch nicht drängt auf eine Reform, die so eine volkswirtschaftlich unsinnige Tatsache beseitigt, dann frage ich mich, ob der Referent der richtige ist. In der Frage der Abstimmung, Pflegevorsorge und dergleichen könnte ich mir vorstellen, daß man die beiden Personen fusioniert. Dann wird vielleicht die Abstimmung ein bißchen besser funktionieren. Aber das wird der Zeitenlauf von selber, glaube ich, in irgendeiner Form regeln. Bitte verstehen Sie uns richtig. Wir wollen niemandem einzelnen einen Vorwurf machen. Wir wollen rechtzeitig warnen, wo es hingeht in der Frage der konkreten EDV-Vergabe. (Abg. Dörflinger: „Übliche Unverschämtheit!“) Ich rede von der EDV-Vergabe, meine Herren. Ich rede jetzt nicht vom Landesrat. Der Vorwurf bleibt stehen. (Abg. Gennaro: „Früher hast du etwas anderes gesagt!“ – Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitten, zum Ende zu kommen!“) Darf ich diese Anfrage als letzten Schuß vor den Bug verwenden, daß wir ohne konkretere Formen auch in diesem Jahr bereits zu keinem Budgetansatz für Ihr Budget mehr kommen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Damen und Herren Abgeordneten, ohne daß Sie uns ganz konkrete Formen vorlegen, bereit sind, weiterhin diese exorbitanten Steigerungen in den Abgängen hinzunehmen. Und wenn schon solche Entwürfe von Ihnen kommen und dann auch so weitergearbeitet wird, bisher haben Sie reine Wunschlisten für Maßnahmen gesetzt, aber ohne Realitätsbezug in der Frage der Finanzierung und keine Reformansätze, dann wird das nächste Thema sicher kein Thema der reinen Gesund-

heitspolitik mehr sein, sondern dann wird das Thema der allernächsten Zeit das Thema sein, wie wir überhaupt noch zu einem Landesbudget kommen, wenn wir heuer bereits (Präsident Mag. Rader: „Darf ich darauf hinweisen, daß die 20 Minuten überzogen sind!“) zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir 4 Milliarden Schilling inklusive der Wohnungsverkäufe, der Forderungsverkäufe, an Abgaben am Landesbudget haben, dann wird es letztendlich eine Frage sein, ob wir überhaupt noch zu einem Budget kommen. Ich kann mich erinnern, ein Landesrat Klausner hat solche Budgetansätze nicht akzeptiert. Dann wird es eine Frage des Finanzreferenten, ob er das akzeptieren kann. (Beifall bei der ÖVP. – 18.07 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dörflinger (18.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin immer sehr beeindruckt, wenn ich von seiten der ÖVP höre, und die Frau Kollegin Karisch wird mit Sicherheit im Sinne der tibetanischen Gebetsmühlen nach mir wieder die Einsparungen im Gesundheitswesen fordern, die vor ihr der Kollege Frizberg gefordert hat, ich will mir eigentlich ersparen, heute darüber zu reden, weil es ja eigentlich auch nicht Teil dieser dringlichen Anfrage ist, obwohl Sie das natürlich als Vehikel benützen, sondern ich habe gelernt, in der Politik Geduld zu haben, wie überhaupt im Leben, und ich freue mich schon sehr auf die Diskussionen, die wir führen werden, wenn es um die konkreten Reformmaßnahmen geht. Denn ich sage schon dazu, daß es mir eigentlich schon ein bißchen zu blöd wird, daß wir ununterbrochen bei jedem Wort, wenn das Wort Gesundheit auftaucht, darüber reden, wir müssen einsparen, der Landesrat tut nichts, und alles ist furchtbar. Seit 1987 passiert überhaupt nichts, aber in Wirklichkeit tagtäglich alles dazu beigetragen wird, daß sich nichts ändert. Der Kollege Lopatka, der sich beim Zuhören immer sehr schwer tut, hat heute zum Beispiel wieder einen Antrag eingebracht, wo gesagt wird, in Hartberg wird eine Geburtsstation gebraucht – 2000 Geburten. Sie darf nirgends anders hinkommen. In Radkersburg haben wir bereits die Protestversammlungen beisammen, und ich glaube wirklich, und ich wäre dem Kollegen Frizberg sehr dankbar, wenn wir bei der Diskussion über die Neuordnung des Krankenanstaltenwesens dann die Unterstützung für den Landesrat Strenitz hätten, wenn es dann darum geht, daß alles, was in dieser Suter/Suter-Nachfolgekommission ausgearbeitet wird, nämlich umzusetzen ist. Nur, ich befürchte, daß dann die Frau Kollegin Karisch hinten, mir ist der Name jetzt fast runtergerutscht, in ihrer Fraktion gleich in der Minderheit bleiben wird, wie der Abgeordnete Maitz bei der Diskussion über ein paar Geschichten im Pyhrn-Untersuchungs-Ausschuß.

Meine Damen und Herren, sind wir doch ein bisserl ehrlicher zueinander. Wir alle wissen, daß die Frage der Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen eine der heikelsten Geschichten werden wird, die wir in diesem Landtag, in dieser Periode, zu behandeln haben, weil natürlich sehr viele regionale Interessen davon betroffen sind, weil natürlich sehr viele Leute

Angst und Sorge haben, daß sich am Zustand der Versorgung irgendetwas ändert, und ich hoffe, daß alle die, die heute groß das Wort „sparen“ im Mund haben, dann auch den Mut haben werden, zu den Leuten draußen hinzugehen und zu sagen, Freunde, das geht nicht mehr. Wir werden dort etwas wegnehmen müssen. Wir werden da etwas verändern müssen, und es wird eben nicht mehr so sein, daß alles vor der Haustüre ist. Und da habe ich Worte genommen, die die Frau Kollegin Dr. Grabensberger bei ihrer Budgetrede für dieses Budget gebraucht hat. Und ich glaube, die Stunde der Wahrheit wird ja kommen. Ich werde den Kollegen Frizberg und sein Abstimmungsverhalten und die Reaktionen, die die ÖVP in der Öffentlichkeit haben wird, da sehr genau beobachten. Ich glaube, daß das dann alles ein bißchen anders ausschauen wird, als es jetzt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte aber auch noch ein paar konkrete Anmerkungen zur vorliegenden dringlichen Anfrage machen. Es gibt ein altes Sprichwort, wie ein Unternehmer sein Unternehmen am besten ruiniert. Es gibt drei Möglichkeiten dazu: Die erste Möglichkeit ist mit Pferden. Das ist sehr teuer und lustig. Die zweite Möglichkeit ist im Casino spielen. Das geht am schnellsten. Und die dritte Möglichkeit ist die EDV. Jeder von Ihnen, um auf dieses Sprichwort zurückzukommen – (Abg. Vollmann: „Das ist das nächste!“) damit geht es am sichersten –, schon einmal in Ihrem Unternehmen oder dort, wo er ist, mit EDV zu tun gehabt hat, weiß, wie schwierig solche Entscheidungsvorgänge vor sich gehen. Ich bin selbst einmal vor einer Entscheidung gestanden, und ich habe mir dann zwei sogenannte Systemberater geholt – für gutes Geld, für teures Geld. Der eine Systemberater hat mir ein System vorgeschlagen, ich sage dazu blau, und hat das über den grünen Klee gelobt. Das war alles fantastisch und großartig. Der zweite Systemberater ist gekommen und hat gesagt, das System blau ist ein völliger Irrsinn, ein Wahnsinn. Wir müssen das System ganz anders machen, und in letzter Konsequenz sind wir alle wieder dagestanden, haben uns angeschaut und haben uns überlegt, was tun wir, weil dort nämlich die Meinungen so weit auseinandergelassen. Und ich halte es für ein Problem, daß man die Diskussion, die Sie heute hier in diesem Hause führen wollten, gerade auf die EDV aufgehängt hat, weil ich glaube, daß das nicht ganz seriös ist, und weil ich glaube, daß Sie da ein falsches Vehikel gewählt haben. Denn ich bewundere schon die Fachkenntnis der Frau Kollegin Grabensberger und des Kollegen Frizberg, die wissen, daß das sogenannte proprietäre System viel schlechter ist als das flexible und offene Netzsystem. (Abg. Tasch: „Sie wissen es!“) Ich gehe davon aus, und ich versuche auch, in der Politik ehrlich zu bleiben, daß ich mir eine solche Entscheidung nicht anmaße. Und ich frage mich schon, ob es gescheit ist, daß es im ÖVP-Klub da einen, zugegebenermaßen Experten gibt, und der Igo Huber ist ein Experte, der da eine bestimmte Meinung vertritt, daß das aber schon dazu ausreicht, daß ein ganzer Klub dann hergeht und ein gesamtes System in Frage stellt, ist eine Frage, die eher Sie zu beantworten haben, und nicht ich. (Abg. Vollmann: „Das ist eine Frage der politischen Dimension!“)

Meine Herren, der Kollege Hirschmann hat heute – Kollege Tasch, du kannst dich jederzeit, wenn es um Gesundheit geht, zu Wort melden – aufstehen, Be-

wegung machen, rauskommen –, das ist kein Problem. Meine Damen und Herren, ich habe ein bißchen das Gefühl, daß der Kollege Hirschmann heute gar nicht so bewußt, aber doch ein neues Handlungsprinzip der ÖVP hier heraußen deklamiert hat. Er hat nämlich gesagt, ich kenne mich auch aus, auch wenn ich etwas nicht durchlese. Und ich habe ein bißchen den Eindruck, daß es auch bei dieser Frage so zugegangen ist, wenn ich mir nämlich die Grundlage anschau, auf deren Basis diese dringliche Anfrage im Josef-Krainer-Haus in einer Besprechung entwickelt worden ist. Es sind sehr viele Bereiche und sehr viele Fragen in dieser Dringlichen wortwörtlich aus dieser Unterlage übernommen worden, die Sie im Krainer-Haus besprochen haben. (Abg. Dr. Maitz: „Ist das schrecklich, wenn man gemeinsam nachdenkt?“) Diese Unterlage kommt von einer gewissen Firma Kramer Computer Consulting. Darf ich Ihnen die Eingangsbemerkung dieser Kramer Computer Consulting zitieren: „Der nachstehenden Betrachtung liegt eine Besprechung zugrunde, die über Einladung von Vertretern der Steiermärkischen Landesregierung“ – ich habe den Landesrat Strenitz gefragt, er ist ja für die Spitäler zuständig, er war nicht dabei – „und Mitarbeitern steirischer Landeskrankenanstalten“ – die auch nicht weiterhin namentlich genannt werden – „zustande gekommen ist. Sämtliche Basisinformationen, auf die sich der Autor in den nachstehenden Darstellungen stützt, entstammen aus dieser Besprechung enthaltenen Informationen.“ Und jetzt kommt es, rot anzustreichen: „Schriftliche Unterlagen über das zukünftige Konzept beziehungsweise über die vorgesehene Bestückung wurden dabei nicht eingesehen. Die nachstehenden Betrachtungen sind daher nur als Überlegungen, nicht als basisbezogene Analysen anzusehen.“ (Landesrat Dr. Strenitz: „Hört, hört!“) Das sagt der Experte, den Sie bemüht haben, um das System zu überprüfen, der sich selber vorher relativiert, und Sie schmeißen sich da auf ein Gleis, und dieses Gleis scheint mir doch in eine sehr problematische Richtung zu führen. (Beifall bei der SPÖ.)

Für mich, meine Damen und Herren, geht es aber heute darum, daß wir uns – glaube ich – sehr ernsthaft gerade angesichts der bevorstehenden Diskussionen, die wir über die Strukturreform im Spitalwesen haben, über das unterhalten, worüber wir in diesem Landtag reden sollten. Und ich bezweifle sehr, sehr stark, ob die Frage, welches EDV-System die KAGES wählt, das richtige Thema ist, über das wir da herinnen reden sollten, da gibt es nämlich viel wichtigere und viel entscheidendere. Ich sage auch dazu, daß wir uns sehr, sehr genau daran halten sollen, was gerade auch von der ÖVP-Seite gekommen ist, und Kollege Frizberg, vielleicht kannst du mir da zustimmen, daß sich nämlich die Politik, der Landtag, die Politiker aus den operativen Entscheidungen der Krankenanstaltengesellschaft heraushalten sollen. Wir haben es alle, Sie und wir, als riesengroßen Erfolg gefeiert, daß der sogenannte Gesellschafterausschuß – (Abg. Dr. Maitz: „Wozu das Ganze?“) Der Kollege Maitz arbeitet im Moment wie der Kurt Jeschko. Ich hoffe, du wirst ein anderes Ende nehmen. (Abg. Dr. Maitz: „Darf man nicht mehr fragen, wozu das Ganze dient?“) Kollege Maitz, auch Sie können herauskommen. Ich meine, daß wir in diesem Haus dieses Prinzip einhalten sollen. (Abg. Tasch: „Nur der Kranke braucht das Kranken-

haus!") Kollege Tasch, rege dich nicht so auf, du kommst sonst früher ins Krankenhaus als dir lieb ist, ist ja nicht gescheit.

Ich frage mich, meine Damen und Herren, und ich glaube, das sollte uns alle bewegen, wenn wir einmal vom Spaß und vom Lustigsein wieder wegkommen, ob wir nicht dieses Prinzip, daß sich nämlich der Landtag, die Politiker aus den operativen Entscheidungen des Managements heraushalten sollten, ernster nehmen sollen. Denn es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir bei allen Sonntagsreden das predigen und bei der erstbesten Gelegenheit wieder dreinpfuschen, wieder hergehen und sagen, da probieren wir was, denn eines (Abg. Dr. Maitz: „Sie haben heute noch keine Milliarde gefordert!“) ist mir schon aufgefallen, Herr Kollege Maitz, daß der Kollege Frizberg in der ganzen Rede, die er gehalten hat, kein einziges Mal darauf Bezug genommen hat, daß wir ja gerade hier Aufsichtsräte bestellt haben, daß Ihre Fraktion auch exzellente Fachleute bestellt hat mit einer Ausnahme. Sie können sich herausuchen, wer das ist. Aber ich meine und ich sage das für meine Fraktion, daß ein DDr. Heschgl, daß ein Dipl.-Ing. Maier, daß ein Generaldirektor Heinzl, die im Aufsichtsrat sitzen, die die gesamten Unterlagen haben, sehr wohl ihrer Aufgabe nachkommen, sehr wohl sehr genau prüfen, was zu geschehen hat. Ich frage mich nur, wenn Sie kurz nach der Bestellung Ihrer Aufsichtsräte offensichtlich schon so ein Mißtrauen zu den eigenen Leuten haben, daß Sie ihnen nicht zutrauen, im Aufsichtsrat diese Entscheidungen zu überprüfen, dann kann ich Ihnen nur vorschlagen, nehmen Sie den Jud, nehmen Sie – wie sie alle heißen – die drinnen sind heraus und schicken Sie andere Leute rein, denen Sie vertrauen können, weil so geht es nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, sage ich noch einmal sehr deutlich, ich glaube, und der Beschlusaantrag, den die ÖVP einbringen wird oder nicht, könnte unsere Zustimmung finden, wenn wir uns noch über gewisse Formen der Einleitung unterhalten. Ich glaube, daß wir diese heutige Diskussion zum Anlaß nehmen sollten, um uns ganz genau zu überlegen, welches kurzfristig politische Ziel wir irgendwo anstreben, ob wir schauen, daß wir irgendwie kurzfristig politisch punkten oder ob wir gerade angesichts der schwierigen Situation, in der unsere Spitäler stecken und in der die Finanzierung für die Spitäler steckt, nicht ein bißchen mehr Ernst, ein bißchen mehr Sorgfalt, ein bißchen mehr Genauigkeit Einzug halten lassen und in dem Sinn gemeinsam das abwenden, was der Kollege Frizberg vorher als Horrorszenario skizziert hat. In dem Sinne danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.17 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (18.17 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Auch wenn der Herr Kollege Dörflinger mich als tibetische Gebetsmühle bezeichnet, ich fühle mich aus Verantwortung heraus verpflichtet, mich hier zu Wort zu melden. Das nächste Budget kommt bestimmt. Damit Forderungen in Milliardenhöhe für unsere Spitäler. Und wir haben heute bereits den 25. Mai (Abg. Vollmann: „Frau Kollegin!“) Bitte? (Abg. Voll-

mann: „Er hat gemeint, Sie melden sich überall zu Wort!“) Ich melde mich nicht soviel zu Wort. Ich melde mich hauptsächlich zu meinen Konsumentenschutzsachen zu Wort, aber dazu bin ich da. (Abg. Trampusch: „Nehmen Sie es nicht zu ernst. Er nimmt das tibetisch ohnehin zurück!“) Nein, ich nehme das nicht ernst! Keine Angst! (Abg. Tasch: „Laß dich nicht beirren!“) Wie gesagt, das nächste Budget kommt sicher, und es kommt bald. Wir haben heute den 25. Mai. Die Krankenanstaltengesellschaft beziffert den Investitionsbedarf für die nächsten Jahre mit 30 Milliarden Schilling zuzüglich 15 Milliarden an daraus erwachsenden Folgekosten.

Meine Damen und Herren, wir werden das vermutlich kaum noch bezahlen können. Wir müssen heute schon nicht nur für die Spitalinvestitionen, sondern auch für den laufenden Abgang Kredite aufnehmen. Das heißt, wir leben auf Kosten unserer Kinder. (Landesrat Dr. Strenitz: „Stimmt ja nicht!“) Unsere Kinder werden für die Defizite der heutigen Spitäler für Blinddärme, für Herzinfarkte, Nierenoperationen, was immer letztlich nicht kostendeckend durchgeführt werden kann, bezahlen müssen. Sie werden bezahlen müssen für Menschen, die heute in den Spitälern liegen und dann vielleicht nicht einmal mehr am Leben sind. Und sie werden zusätzlich selbstverständlich auch noch für die Spitalskosten ihrer Generation aufkommen müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann und soll nicht so weitergehen! Wir Abgeordneten haben die Verantwortung für das Budget. Wir selbst müssen sparen, den Gürtel enger schnallen, wollen wir uns nicht den Vorwürfen der nächsten Generation aussetzen, wir hätten auf ihre Kosten gelebt und ihre Zukunft verspielt.

Die Gesundheitskosten machen in Österreich 8,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. In Japan hingegen, wo die Lebenserwartung höher ist, nur 6,7 Prozent. Es gibt auch Staaten, die die Ausgaben für die Gesundheit in den letzten Jahren senken konnten, zum Beispiel die Schweiz. Wir hingegen haben die Spirale unserer Ausgaben nach oben gedreht. In den nächsten Jahren ist auf Grund der demographischen Entwicklung mit weiteren Steigerungen zu rechnen. Umso mehr Grund, unsere Ausgaben zu durchleuchten und zu sparen, wo es möglich ist. Das, Herr Landesrat Strenitz, wurde meines Erachtens in den letzten Jahren nicht optimal genutzt. Wir haben heuer im Kontroll-Ausschuß einige Rechnungshofberichte über die steirischen Spitäler behandelt. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, daß das Sparen für die Verantwortlichen ein Fremdwort ist. Der Landesrechnungshof hat immer wieder festgestellt, daß die Krankenanstaltengesellschaft nicht immer die Interessen des Eigentümers wahrnimmt, sondern sich vielmehr darauf verläßt, daß der Eigentümer letztendlich für alle Kosten aufkommt. Aber, meine Damen und Herren, wer ist der Eigentümer? Das sind wir alle. Das ist letztlich der Steuerzahler. Aber nicht nur der Steuerzahler von heute, auch schon der Steuerzahler von morgen. Die Forderung der Krankenanstaltengesellschaft nach 2 Milliarden Schilling für die EDV-Einrichtung scheint mir wieder so ein finanzieller Hüftschuß zu Lasten des Steuerzahlers zu sein. (Landesrat Dr. Strenitz: „Zwei Jahren haben internationale Experten diskutiert. Sie haben keine Ahnung!“)

Meine Damen und Herren, ich bin für die EDV, damit es hier keine Mißverständnisse gibt. Ich frage mich aber nur, ist das geplante, sehr, sehr teure EDV-System das zweckmäßigste System? Herr Landesrat Strenitz hat gesagt, das System sei nicht zwingend proprietär. Was heißt das? Ist es dann doch proprietär, wenn es nicht zwingend proprietär ist? Ist die Öffnung, das Gegenstück von proprietär, nicht besonders teuer? Unser Gesundheitswesen steuert nicht nur einem finanziellen Kollaps zu, sondern es befindet sich auch immer wieder in einer medizinischen Krise. So hat der Rechnungshof erst unlängst in einem Bericht festgestellt, daß die Sicherheit der Patienten in einem steirischen Krankenhaus nicht gesichert war. Herr Landesrat Strenitz, Sie erinnern sich an den Bericht über Mariazell. Wir haben sehr, sehr hohe Kosten und trotzdem immer wieder gravierende Schwachpunkte in der Qualität. Herr Landesrat Strenitz, ich frage Sie, und ich frage es mich auch, warum haben wir in unseren Krankenhäusern nicht jene Qualitätssicherung, die in anderen Ländern längst üblich ist? Wer kümmert sich eigentlich darum, daß das Wohl der Patienten gewährleistet ist, daß der Patient das Krankenhaus nicht kranker verläßt, als er es betreten hat? Der Bericht über Mariazell war für mich persönlich, und das sage ich hier ganz offen, ein Schock. Denn ich frage mich, für Mariazell hat man das festgestellt, wie ist das in den anderen Spitälern? Gibt es nicht auch da und dort Situationen, die die Gesundheit der Patienten gefährden?

Wie, meine Damen und Herren, kann es passieren, daß beim Bau einer Chirurgie mit einem Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach der Lift so klein dimensioniert ist, daß die Hubschrauberbahre nicht hineinpaßt? Der Patient muß zweimal umgebettet werden. Ein Patient, der eine Rückgratverletzung hat, muß oben am Dach in den Lift umgebettet werden und aus dem Lift heraus wieder. Der Patient soll aber nicht bewegt werden, weil es sonst zu einer Lähmung kommen kann.

Wer trägt eigentlich in diesem Land die Verantwortung für solche Schuldbürgerstreiche zu Lasten der Patienten? Solche Beispiele lassen sich fortsetzen. Ich möchte nur eines noch bringen. Ich habe vor mir einen Leserbrief an die „Kleine Zeitung“ aus dem Februar 1993. Es wird darin die Krankenhausrirrfahrt einer alten Frau geschildert. Leserbriefschreiberin ist die Tochter, und diese schreibt: „Meine Mutter wurde am 20. Jänner um 16.15 Uhr mit einem schweren epileptischen Anfall ins LKH eingeliefert. Sie war bewußtlos und ihr Kreislauf in sehr schlechtem Zustand. Zuerst kam sie mit Verdacht auf Schlaganfall an die Schlaganfallstation. Nach einer Untersuchung dort kam sie auf die 2. Med., wo sie wieder untersucht wurde. Daraufhin hat man sie auf die Nervenklinik gebracht. Dort wurde sie nochmals untersucht.“ (Abg. Gennaro: „Was wollen Sie uns mit der Krankengeschichte erzählen? Dafür ist der Landesrat nicht zuständig!“) Hören Sie mir zu, Sie werden es gleich merken. Man wollte sie dann der Tochter mit nach Hause geben. Nachdem die Mutter aber bewußtlos war, hat die Tochter sie nicht mitgenommen. Die Mutter kam dann in das Landesnervenkrankenhaus, Abteilung für Alkohol- und Suchtkranke. Dort wurde sie sehr gut betreut. Das Ganze hat drei Stunden gedauert. (Abg.

Gennaro: „Soll er sie an der Hand nehmen?“) Das habe ich nicht gesagt. Hören Sie ein bißchen zu, dann werden Sie es gleich verstehen. (Abg. Gennaro: „Das müssen Sie dem Klinikchef sagen. So einen Stiefel daherzureden! Da höre ich nicht zu, da gehe ich hinaus!“ – Abg. Dr. Maitz: „Sie brauchen nicht zuhören!“) Ich bin eine gewählte Volksvertreterin und möchte Ihnen hier sagen, wie es der Bevölkerung als Patienten geht. Und bitte hören Sie mir zu. Drei Stunden lang war diese arme Frau unterwegs. Sie hat es aber überlebt. Sie hat es deshalb überlebt, weil es nichts Lebensbedrohendes war. Aber jetzt nehmen Sie an, sie hätte etwas Lebensbedrohendes gehabt, dann hätte sie diese Irrfahrt nicht überlebt. (Abg. Gennaro: „Meine Mutter liegt auch schon drei Monate im Spital. Was hat das mit der EDV zu tun? Was kann der Landesrat dafür?“) Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren? (Abg. Gennaro: „So einen Stiefel daherzureden!“) Bitte setzen Sie sich und hören Sie zu.

Unsere Spitäler sind sehr, sehr teuer. Man kann sagen, ein Faß ohne Boden. Das Schlimme dabei ist, daß nicht einmal gesichert ist, daß die Versorgung der Bevölkerung ordentlich funktioniert. Wir stecken viel Geld hinein, und die Effizienz ist nicht befriedigend. (Abg. Vollmann: „Was glauben Sie, wo wir Geld hineinstecken, wenn keine Effizienz da ist!“) Wir müssen überall einmal anfangen, und das ist ein sehr großer Posten. Die Medizin, meine Damen und Herren, wird in Zukunft nicht viel billiger werden. Wir alle werden älter, und die Medizin kann immer mehr. Aber umso wichtiger ist es, die vorhandenen Mittel sparsam und möglichst effizient einzusetzen. Hier sehe ich einen sehr großen Handlungsbedarf. Lassen Sie mich vier Punkte nennen, die mir wichtig erscheinen:

Erstens: Wir brauchen ein neues Verrechnungssystem. Das muß vom Bund kommen. Dies ist eine alte Forderung. Eine Reihe von Gesundheitsministern sprach schon darüber, versprach es, und es ist noch immer nicht da.

Zweitens: Bei Investitionen muß die Vernunft regieren, und nicht das Prestige. Und ich habe den Eindruck, daß oft das Prestige am Werk ist, und zwar österreichweit. Ein paar Beispiele: In Österreich gibt es 20 Nierensteinertrümmerer, zwei bis drei wären für die Versorgung der gesamten Bevölkerung ausreichend. Zum Gammaknife: Nach internationalen Erfahrungen reicht eines für 10 Millionen Menschen. (Abg. Gennaro: „Das haben wir schon vor fünf Jahren gesagt!“) In Österreich gibt es bereits zwei, ein drittes wird in Innsbruck verlangt. Auch bei der Anschaffung von Computertomographen ist man sehr großzügig. Dabei besteht die Gefahr, daß bei nicht ausreichender Fällezahl die Erfahrung in der Diagnostik fehlt.

Drittens: Wir brauchen bessere innere Organisationen in vielen Bereichen. (Abg. Gennaro: „Wenn wir das früher gesagt haben, seid ihr über uns hergefallen!“) Ich möchte nur kurze Beispiele nennen: Die Schwestern beklagen sich immer wieder, daß die Zusammenarbeit mit den Ärzten im Zeitablauf nicht optimal funktioniere. (Abg. Gennaro: „Haben Sie das schon einmal einem Arzt gesagt, dem Prof. Cesnik?“) Ja, habe ich. (Abg. Gennaro: „Ich gehe mit Ihnen mit!“) Das machen wir gemeinsam, gerne, Herr Kollege. Ich freue mich, aber ich nehme Sie beim

Wort. Da gehen wir wirklich hin. Wenn diese Arbeitsabläufe besser ineinandergreifen würden, wenn die Schwestern nicht Arbeiten machen müßten, für die sie eigentlich überausgebildet sind, Arbeiten, die gar nicht in ihren Arbeitsbereich fallen, dann wäre manches einfacher. Ein zweites Organisationsproblem, das in erster Linie Graz betrifft – am Land draußen ist es nicht so gravierend: Manche Spitalärzte betreuen während der arbeitsintensivsten Zeit ihre Patienten in Sanatorien und fehlen im Spitalbetrieb. Ich möchte den Herrn Landesrat, Sie kennen dieses Problem, bitten, dafür zu sorgen, daß diese meist sehr qualifizierten Ärzte für die Patienten und auch für die Ausbildung der Turnusärzte zur Verfügung stehen! Ein dritter Punkt in der Organisation, die EDV, für die ich grundsätzlich bin: Ich frage mich nur, ob das vorgesehene das ideale System ist. Ich sage aber dazu, ich bin Laie und bin da auf Ratschläge angewiesen. (Abg. Gennaro: „Wissen Sie ein besseres System?“) Ich frage mich, ob es das ideale System ist. Es ist auf jeden Fall sehr teuer.

Viertens: Ganz kurz, wir brauchen ein klares Zukunftskonzept – das ist von Vorrednern schon angesprochen worden –, und zwar ein Konzept dafür, was, wann, wo, zu welchen Kosten gemacht werden soll. Ich als Laie frage mich zum Beispiel, warum wir in Leoben, daneben in Bruck, daneben in Kapfenberg und noch einmal in Mürzzuschlag eine Chirurgie haben? Ist das überall notwendig? (Abg. Vollmann: „Gehen Sie dort hinauf, und wenn Ihnen etwas fehlt, müssen Sie nach Graz. Haben die Menschen in Bruck, Mürzzuschlag oder Leoben nicht dasselbe Recht auf eine ordentliche Versorgung? Haben sie nicht dasselbe Recht?“) Herr Kollege, ich stimme Ihnen zu. Aber ist dem Patienten von Kapfenberg nicht zumutbar, die paar Kilometer nach Bruck zu fahren, zum Beispiel, oder von Bruck nach Leoben? Dies nur, um zu zeigen, ich welcher räumlichen Ballung wir die gleichen Sachen machen. Das ist nur ein Beispiel. Es ließen sich andere finden. Ich freue mich auf das Konzept, das wir bekommen werden, und wir werden dann darüber sprechen. (Abg. Gennaro: „Sagen Sie das öffentlich! Das ist nicht die Meinung Ihres Klubs. Das ist ein Skandal. Da gehe ich!“) Das ist öffentlich, denn wir haben die Medien da. Ich muß kein Spital zusperren. Ich muß mir überlegen, ob ich überall alles mache, ob ich dann unter Umständen nicht mehr – mangels Auslastung – die Übung habe, daß ich es gut mache. Das möchte ich. Ich möchte keine Schwester und keinen Arzt in einem dieser Räume entlassen. (Abg. Gennaro: „Ihre Fraktion hört Ihnen nicht mehr zu!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, die Frau Abgeordnete ausreden zu lassen!“)

Herr Landesrat Strenitz hat von all den Studien, die es in den letzten Jahren gegeben hat, und es waren nicht wenige, den Auftrag zum Abbau von Betten bekommen. Auf der anderen Seite hat der Herr Landesrat Tschernitz einen großen Bedarf an Pflegebetten. Ich möchte nicht sagen, daß das eins zu eins austauschbar ist, aber ich könnte mir vorstellen, daß man gemeinsam Lösungen findet. Im Pflegebereich 1200 bis 1400 Betten im Bedarf, im Spitalbereich ebenso viele zum Abbauen. Ich frage mich, warum man sich bisher nicht zusammengesetzt hat und dieses Problem gelöst hat, noch dazu, wo Geld vorhanden

war. (Landesrat Dr. Strenitz: „Fragen Sie den Kollegen Bacher. Er kann Ihnen die Antwort geben. Er ist informierter!“) Ich habe mit Erstaunen unlängst im Rechnungsabschluß für das Jahr 1991 gelesen, daß dem Herrn Landesrat Tschernitz 80 Millionen Schilling übriggeblieben sind. Er hatte sie für die Pflegevorsorge, einmal 30, einmal 50 Millionen, eingesetzt gehabt und hat sie dafür – so habe ich das zumindest gelesen – nicht verwendet. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das muß ein Irrtum sein!“) Das ist ja an sich schön; aber das hätte man vielleicht damals schon umwandeln können. Und jetzt möchte ich den Herrn Kollegen Trampusch zitieren, der heute Laotse zitiert hat: „Wir sind auch verantwortlich für das, was wir unterlassen.“ Ich möchte, um sozusagen auch einen konstruktiven Vorschlag zu machen, die beiden Herren Landesräte auffordern, sich zusammensetzen, vielleicht gehen sie zusammen in Klausur. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das haben Sie schon im Ausschuß gemacht!“), das könnte zugleich auch angenehm sein, ob das ein Badeort in der Oststeiermark, ein Bergisdorf oder ein Ort an der Weinstraße ist, sei ihnen anheim gestellt. Aber ich bitte Sie, arbeiten Sie zum Wohle der steirischen Bevölkerung ein Konzept aus, wo man feststellt, was von den Akutbetten in Pflegebetten umwandelbar ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Es gibt einen ökonomischen Grundsatz: Zuerst eine Strukturanalyse. (Abg. Dörflinger: „Um wieviel sind Pflegebetten billiger als Intensivbetten?“) Wir haben eine sehr schöne Kostenschätzung vom Herrn Landesrat Tschernitz vorgelegt bekommen, und ich erinnere mich sehr genau, daß die Umwandlung eines Akutbettes in ein Pflegebett um 600.000 Schilling, wenn ich mich recht erinnere, billiger war als die Neuschaffung eines Pflegebettes. Ist diese Antwort zufriedenstellend, Herr Kollege? (Abg. Dörflinger: „Nicht ganz!“) Bitte, dann sprechen wir nachher darüber.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich nehme an, Sie wollen nach Hause. Es gibt einen ökonomischen Grundsatz – zuerst die Strukturanalyse, dann ein Strategiekonzept und dann das Geld. Jede Familie mit einem knappen Budget handelt danach. Eigentlich müßten wir auch beim Land danach handeln. Das nächste Budget kommt bestimmt, und zwar bald. Wir werden die Zustimmung nur dann geben können, wenn wirklich auch Sparansätze da sind. Zum Gesundheitsschilling: Er ist bisher noch nicht beschlossen. Es wundert mich daher, daß die Krankenanstaltengesellschaft ihn in ihren Kalkulationen schon einsetzt. Ich halte das insofern für schlecht, weil es dazu führen könnte, daß man dann von vornherein nicht spart, wenn man sagt, wir bitten den Steuerzahler zur Kasse. Wenn wir den Gesundheitsschilling auch vielleicht beschließen müssen, das möchte ich gar nicht ausschließen – das habe ich auch in meiner Rede im letzten Budget, wie Sie nachlesen können, nicht ausgeschlossen –, nur, das soll der letzte Weg sein. (Abg. Gennaro: „Das müssen wir im Protokoll genau festhalten!“) Zuerst muß man sparen, und in diesem Sinne ersuche ich Sie, arbeiten wir alle zusammen. Es wird ein großer Konsens notwendig sein, um diese sehr teure Angelegenheit zum Wohl der Bevölkerung in Ordnung zu bringen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.36 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (18.36 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Karisch – ich habe eigentlich nicht vorgehabt, mich hier in die große Gesundheitsdebatte noch einzumischen –, aber was Sie hier erzählen, ist gegenüber den Patienten so eine zweischneidige Sache, die für mich nicht zu erklären ist. Auf der anderen Seite gehen Sie her und sagen, das kostet alles zuviel, das können wir nicht mehr finanzieren, und dann, wir müssen sparen, und auf der zweiten Seite gehen Sie wieder her und erzählen sofort wiederum, was Sie alles wollen, damit alles besser funktioniert. Und wie soll alles besser funktionieren, wenn wir zusätzliches Personal haben, die bessere Organisation muß ebenfalls finanziert werden. Und noch etwas, und das hat mich am meisten geärgert bei der ganzen Sache, alle Abgeordneten der Bezirke hier in diesem Haus stehen beim Landesrat Strenitz Schlange und erzählen, daß sie die chirurgischen Betten benötigen, daß sie die gynäkologische Abteilung benötigen, daß sie alle Betten, die sie im Krankenhaus in ihrem Bezirk haben, benötigen, um eine ärztliche Versorgung sicherzustellen. Sie gehen heute hier her und sagen, was brauche ich wiederum in Mariazell diese chirurgischen Betten, da fliege ich mit dem Hubschrauber. Liebe Kollegin Karisch (Abg. Dr. Karisch: „Von Mariazell habe ich nicht gesprochen!“), wenn es am Seeberg stürmt und der Nebel herinnen hängt, fliegt kein Hubschrauber! Und ich brauche auch für diese Gebiete, die nicht dem Landeskrankenhaus Graz angeschlossen sind, eine ärztliche Notversorgung, die den Patienten garantiert, wenn sie eine lebensgefährliche Erkrankung haben, daß sie versorgt werden. Und ich kann diese Diskussion nicht mehr aushalten, die Sie führen. Auf der einen Seite müssen wir einsparen – (Abg. Dr. Ebner: „Entschuldige, deine Kirchturmpolitik halte ich auch nicht mehr aus!“) Ja, wenn ich mich zu einer Sache bekenne. Ich bekenne mich zur regionalen Versorgung. Ich bekenne mich auch dazu, daß wir in den Randkrankenhäusern Bettenkapazitäten zurücknehmen müssen. Aber ich bekenne mich nicht zu dieser Polemik, daß ich sage, schuld ist der Strenitz, da funktioniert ja nichts in diesen Krankenhäusern. Und ich sage Ihnen, Kollegin Karisch, meine Mutter ist derzeit wieder im Krankenhaus. Ich habe mich schon überzeugen können, daß in den Krankenhäusern die Versorgung sehr wohl funktioniert, aber nicht nur bei ihr, weil sie meine Mutter ist, sondern auch bei anderen. Und noch einen Satz dazu: Es wird dieses Gesundheitssystem, das wir uns wünschen, das 100prozentig funktioniert, nicht geben können. Und ich habe heute mit dem Kollegen Jeglitsch diskutiert, er hat einen richtigen Satz gesagt: Gesundheit ist unbezahlbar. Und ein 100prozentiges System ist unfinanzierbar. Wir können nur versuchen, aus dem, was wir haben, das Beste zu machen. Aber nicht auf Kosten der Patienten, auf dem Rücken der Patienten, und nicht mit einer Polemik, die Sie hier vorgefunden haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, wir haben es mehr denn je notwendig, aber das ist derzeit der Stil der ÖVP, daß sie da, wo ein roter Landesrat sitzt, da schüttele ich den an oder die Patienten oder die Ärzte oder andere. Ich bin auch

nicht mit allem einverstanden, was die KAGES verlangt. Und die KAGES ist auch sehr zentralistisch orientiert und glaubt, nur das, was dort passiert, ist wichtig. Aber wir werden auch dem nicht zentralen Raum in der Zukunft seine Bedeutung lassen müssen. Und wir werden in der Zukunft dort nicht sagen können, wie Sie jetzt das gesagt haben, Frau Kollegin Karisch, ich brauche in Mürzzuschlag vielleicht keine chirurgischen Betten, ich brauche vielleicht in Bruck noch welche, Kapfenberg sowieso nicht, und wozu habe ich überhaupt noch Eisenerz und sonstiges? Das hat mit Kirchturmpolitik nichts zu tun, aber das hat mit einer medizinischen Grundversorgung zu tun. Und wenn Sie sich zu der bekennen, können Sie das, was Sie da gesagt haben, nie sagen. (Abg. Vollmann: „Die politische Verantwortung haben wir!“ – Beifall bei der SPÖ. – 18.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Grabensberger. (Abg. Gennaro: „Ich bitte um eine sachliche Rede!“)

Abg. Dr. Grabensberger (18.40 Uhr): Herr Kollege Gennaro, Sie sagen es! (Präsident Mag. Rader: „Bitte der Frau Abgeordneten keine Ratschläge zu geben!“) Ich nehme Sie aus so berufenem Munde gerne an.

Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Keine Angst, ich möchte Sie nicht mehr lange beanspruchen, aber gerade die letzte Debatte hat mich herausgefordert, doch noch ans Rednerpult zu treten. Und zwar tut es mir leid, weil ich erinnere mich gerne und mit Freuden an die Wortmeldung des Herrn Kollegen Frizberg, die war eigentlich nur sachlich. (Landesrat Dr. Strenitz: „Und wie!“) Und es tut mir leid, daß das nicht drübergekommen ist und daß das nicht gegriffen hat. Das war von uns eigentlich beabsichtigt. Herr Kollege Schrittwieser, wenn Sie betonen, wir brauchen viel Geld für die Gesundheit, dann können Sie sich die Untersuchungen der Statistiken anschauen, mit Geld allein können Sie sich die Gesundheit nicht kaufen. (Abg. Schrittwieser: „Ist unbezahlbar!“) Das ist auch eine Tatsache. Wir haben gestern eine Enquete zur Reform des Gesundheitswesens erleben dürfen. Wer dort war, hat es gehört. Und dort ist eindeutig der Grundtenor überall laut geworden, wir müssen die Krankenhäuser von ihren Aufgaben entlasten, und wir müssen medizinische Leistungen mehr zum extramuralen Sektor hin verlagern, das heißt, wir werden auch in Zukunft mehr Steuerungsmechanismen brauchen, Steuerungsmechanismen, ohne daß allerdings der Patient darunter leidet. Und deswegen haben wir auch heute einen Antrag zur Qualitätssicherung eingebracht, denn das ist mit Sicherheit eine Steuerung, die einmal den Patienten im Mittelpunkt sieht.

Denn bei all den Diskussionen vermisse ich immer den Patienten – im Gegenteil, man hat eher das Gefühl, er ist uns nicht sehr willkommen, weil er uns die Kosten verursacht. Und Qualität, Herr Kollege Schrittwieser, und das habe ich auch schon öfters betont, erfordert Frequenz. Und die haben Sie nicht überall. Mir tut heute schon Herr Landesrat Strenitz, das darf ich jetzt auch sagen, leid, wenn er uns ein Strukturkonzept vorlegen soll, und wir laufen dann alle Sturm und sagen, überall zusperrten, aber bei mir

nicht, bei mir nicht und bei mir nicht. Ich hoffe und ich erwarte es mir, daß es auch ihm grundsätzlich um Qualität geht, und die können Sie einfach nicht mehr bei dem Trend der Medizin zur Spezialisierung in jedem Haus und überall anbieten. Herr Landesrat Strenitz, Sie können allerdings auch sagen, her mit der Wunschliste, und wir werden dann schauen anlässlich der zur Verfügung stehenden Finanzen, was wir möglich machen können. Das wärs gewesen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 18.43 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bitte nun Herrn Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz (18.43 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einiges gibt es doch richtigzustellen. Ich werde mich nicht mehr sehr lange mit der EDV aufhalten. Ich wende mich aber gegen, eines, nämlich gegen den Terminus der Frau Dr. Karisch, daß es sich bei dem Konzept, das hier vorgelegt wurde, um einen Hüftschuß handle, den sie oder irgendein EDV-Experte korrigieren müsse. Ich erinnere Sie nochmals eindringlich daran, daß es sich hier um ein Konzept handelt, das in einer über zweijährigen Arbeit von entsprechenden EDV-Experten erstellt wurde, von Professoren, von internationalen Kapazitäten unter Beiziehung der künftigen Benutzer. Ich erspare es Ihnen, sagen zu müssen, was die, die an diesem Konzept mitgearbeitet haben, und die nicht Herren der KAGES, sondern die Professoren und die EDV-Beauftragten der einzelnen Spitäler und Kliniken, zu diesem Ihrem EDV-Vorstoß heute gesagt haben. Sie haben mich angerufen. Auch Sie und die Frau Dr. Grabensberger wurden angerufen, und Sie werden wissen, was man Ihnen gesagt hat. Ich erspare es Ihnen. Aber, meine Damen und Herren, es hat das alles gegolten, es sind diese Dinge alle auch mitbeschlossen worden vom Kollegen Hasiba, vom Kollegen Schilcher, von der Frau Präsidentin Kalnoky, von den damals zuständigen Gremien, und jetzt soll das alles, aus welchen Gründen immer, nicht mehr gelten.

Ich gehe aber zu einem anderen Thema über. Das ist die Frage der Finanzierung, weil diese eine große Rolle gespielt hat, nachdem Sie die Diskussion an sich zunächst an der EDV-Frage aufgehängt haben. Und ich sage, ich nehme die Frage der Finanzierung auch ernst. Vielleicht ernster als mancher von Ihnen. Aber ich wehre mich auch hier gegen unnötige Dramatisierungen, und ich wehre mich gegen Halbwahrheiten. Und ich stehe zu dem Wort Halbwahrheiten. Wenn der von mir ansonsten geschätzte Kollege Frizberg aus Unterlagen der KAGES, die an sich interne Unterlagen sind, die im Aufsichtsrat waren, die vertraulich waren, aber über die Vertraulichkeit dieser Dinge will ich hier nicht reden, ein einziges Szenario zitiert, nämlich das Crash-Szenario des Jahres 2025, das mit Sicherheit nicht eintreten wird, manche würden sich darüber freuen, dann gäbe es nur noch eine Budgetpost, KAGES-Zuschuß ist gleich Landesbudget. Viele sagen, dann würden die Budgetdebatten sich wesentlich reduzieren, dann gäbe es vielleicht auch nur noch ein Regierungsmitglied, uns alle wird es nicht mehr betreffen.

Aber, allein dieses Szenario, das nur theoretisch in den Raum gestellt wurde, zu zitieren, ist eine halbe Wahrheit. Und man hätte entweder von Frizberg oder Karisch oder von Grabensberger auch das andere Szenario zitieren müssen, nämlich die genaue Kostenvorschau über die Jahre 1994, 1995 bis zum Jahr 2006. Und in dieser Kostenvorschau ist das Gesamtbudget der KAGES angeführt, sind die notwendigen Kreditaufnahmen angeführt, die nicht, wie Karisch es sagt, für die Abdeckung des laufenden Betriebes vorgesehen sind. Einem solchen Unsinn würde sich ja wohl niemand hingeben.

Da ist die Frage der vertraglichen Fixierung des Landeszuschusses drinnen, der nach unseren Vorstellungen um 3 bis 5 Prozent über der Inflationsrate liegen soll. Aber das ist eine politische Entscheidung, um den Nachholbedarf der Spitäler zu finanzieren. Und ich denke, daß Sie alle hier mit dieser einen Meinung sind. Und da steht auch der Gesundheitsschilling als Rechenpost drinnen – nicht beschlossen und nicht vorweggenommen, sondern in einer sehr detaillierten Gesamtrechnung als Rechenpost. Und auch der Ablauf ist sehr korrekt und richtig.

Zunächst hat sich der Vorstand Gedanken gemacht und dieses Tableau entworfen, dann hat er es dem Aufsichtsrat vorgelegt, dann wird es in die Parteitagesgespräche gehen, und die sind ja dem Grunde nach schon vereinbart, Kollege Hirschmann, und dann wird es dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ich sage aber dazu, es geht auch nicht nur darum, daß die KAGES oder irgend sonst jemand hier Geld ad infinitum fordert, sondern wir wissen sehr wohl, daß wir aufgerufen sind zu sparen und umzustrukturieren. Und wir tun das. Kollege Bacher ist einer, der sehr konstruktiv hier in der Kommission Suter/Suter mitarbeitet. Er weiß, daß wir darangehen, einen Gesamtbettenstand von rund 8000 auf etwa 7500 zu reduzieren und umzuwandeln. Und ich sage etwas an dieser Stelle: Ich warne vor der Illusion, daß dieser Bettenumbau oder -abbau oder diese Umwandlung Wesentliches Finanzielles bringen wird.

Wir sind uns in der Kommission darüber einig, und auch die Damen und Herren, die gestern bei der Enquete im ORF teilgenommen haben, wissen, daß diese Warnung gerechtfertigt ist. Ich sage noch etwas, weil hier immer wieder der Ruf erfolgt, gebt uns endlich die Gesundheitsreform.

Meine Damen und Herren, auch Sie, Frau Kollegin Kraisch, die Sie gestern bei der Enquete waren und dort fleißig mitgeschrieben haben, müßten auch mitbekommen haben, was alles an Gesundheitsreform läuft, der Bettenabbau läuft, die Hauskrankenpflege und die extramuralen Dinge sind im Aufbau von einem Stand null jetzt auf fast 200 Schwestern. Auch die Psychiatriereform läuft. Sogar die leistungsgerechte Finanzierung ist in einem Finalisierungsstadium, und, wenn Sie wollen, die Vertragsverhandlungen zwischen Gebietskrankenkasse und Ärzteschaft haben auch ein systemänderndes Moment in sich und sind zumindest unter den Vertragsparteien zu einem guten Ende gekommen.

Ich möchte auch etwas zu dem Gesundheitsplan sagen, den Sie immer wieder von mir fordern.

Ich sage hier ohne Emotion und ganz ruhig, und ich sitze jetzt sehr lange in diesem Haus, daß 23 Jahre ein

Referent Ihrer Partei dieses Ressort gehabt hat. Und ich hätte es nicht gesagt, wenn Sie es nicht immer wieder von mir verlangen würden. Aber ich kann mich nicht erinnern, daß in diesen 23 Jahren auch nur ein einziges Mal von Ihrer Seite an meinen sehr geschätzten Vorgänger diesbezüglich der Ruf und die Forderung nach einem Gesundheitsplan ergangen wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich habe mich nach Übernahme dieses Referates an die Arbeit gemacht und habe die Ärmel aufgekrempelt, habe 60 Fachleute zusammengerufen, habe eine Grundlage auf den Tisch gelegt, von der Sie zwar noch immer sagen, es ist zuwenig. Aber wir sind auch da dabei, die Dinge weiterzuentwickeln. Wir sind auch dabei, das wissen auch die Kolleginnen und Damen Grabensberger und Karisch, Frizberg wird es weniger wissen, der war einmal bei einer Verhandlung dabei, dann ward er nie mehr gesehen, ein Ziel-, Zeit-, Aktions- und Finanzierungsprogramm auf die Beine zu stellen und daß auch die Finanzierung dieser Dinge in dem Gesundheitsplan in Verhandlung steht. Ich sage ganz zum Schluß das, was mich bei all diesen Diskussionen immer ein bißchen traurig stimmt, und zwar nicht meinetwegen, der Politiker muß das aushalten, das ist unser Geschäft, aber das ist das ständige Schlechtmachen der Spitäler und ihrer nunmehr fast 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist wahnsinnig leicht, jeden Tag irgendeinen Fall hervorzuziehen und zu sagen, der hätte lange warten müssen, und dort hat die Schwester nicht freundlich geschaut, und dort wäre es mir auch lieber gewesen, wenn das Bett nicht auf dem Gang gestanden wäre. Aber niemand von Ihnen redet davon, daß 770.000 Steirerinnen und Steirer Jahr für Jahr zu 99,9 Prozent in unseren Spitälern hervorragend behandelt und betreut werden. Mir tut es nicht weh, wenn immer Kritik geübt wird, heißt es, es ist der Landesrat schuld. Wo immer der Landesrat eingreifen will, heißt es, Hände weg vom laufenden Betrieb. Aber das ist eine Taktik, die Sie mit sich selbst ausmachen müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage ganz zum Schluß, das österreichische Gesundheitssystem und auch die steirische Situation mit ihren Spitälern und über 12.000 Bediensteten stellen ein System dar, um das uns wahrscheinlich 97 oder 98 Prozent aller Staaten dieser Erde beneiden. Und zwar nicht nur irgendwelche Entwicklungsstaaten, sondern Industriestaaten der westlichen Welt. Und ich sage, man sollte mit diesen Spitälern und aus diesen Spitälern kein politisches Kleingeld machen, sondern man sollte versuchen, konstruktiv zusammenzuarbeiten im Interesse des Vertrauens der Menschen unseres Landes in diese unsere Spitäler und ihre Mitarbeiter. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 18.53 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg.

Abg. Dr. Frizberg (18.53 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat!

Es tut mir leid. Ich muß bitte festhalten, ich habe sehr wohl auch aus dem Alternativszenario zitiert. Und bitte, es grenzt doch – verzeihen Sie mir den Ausdruck – ein bißchen an Naivität zu glauben, daß der

Crash für uns dann eintritt, wenn die volle Höhe unseres Budgets für Ihre Spitäler draufgeht. Bitte, das ist doch ein Szenario, das wesentlich früher eintritt. Und wenn ich jetzt die korrigierte Szene heranziehe, Planungshorizont 2006, so weisen Sie bei der korrigierten bereits fast 10 Milliarden Schilling an Abgang aus und dies, obwohl Sie hier in diesen Beträgen nicht enthalten haben das, was Sie hier formuliert haben. Es ist ein Gesundheitsschilling einzuführen, der 400 Millionen Schilling jährlich macht, obwohl Sie hier in diesen Beträgen nicht enthalten haben 5 Milliarden Schilling als Kreditaufnahme zusätzlich von der KAGES, für die erst bitte wieder wir vom Budget geradestehen müssen. Das heißt, glauben Sie denn im Ernst, daß der Crash für uns im Budget erst dann eintritt, wenn Sie das ganze Budget brauchen? Das ist wesentlich vorher der Fall. Also bitte, ich habe sehr wohl aus dieser Studie zitiert, auch aus dem Alternativszenario, und ich halte fest, wenn Sie keine Reformen zustande bringen, dann werden wir kein Budget mehr zusammenbringen. Und da lege ich Wert darauf, daß Sie sich Gedanken machen als verantwortlicher Landesreferent. (Beifall bei der ÖVP. – 18.54 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Herr Landesrat Dr. Strenitz, bitte.

Landesrat Dr. Strenitz (18.54 Uhr): Ich melde mich zu einer einzigen tatsächlichen Richtigstellung zu Wort. Es ist der Landeszuschuß, und um den geht es uns ja wohl bitte, um das, was das Land für seine Spitäler zusätzlich zu tragen hat, von heute bis zum Jahr 2001 zum Beispiel, dann schauen wir auf das Jahr 2006 von heute 3,5 Milliarden, wenn man den Landeszuschuß plus KRAZAF-Millionen dazunimmt, auf dann 8 Milliarden, aber nicht auf 10. Und die sind in diesem Szenario finanzierbar, wenn Sie – (Abg. Dr. Frizberg: „Das ist eine Verfälschung der Tatsache!“) Jetzt stimmt es! Das ist die ganze Wahrheit. (18.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Damit ist die Debatte über die dringliche Anfrage der ÖVP-Abgeordneten abgeschlossen. Wir nehmen wieder die Beratungen zu Punkt 14 auf. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich verweise auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit Paragraph 20 – die Debatte ist abgeschlossen, Frau Kollegin Gross, danke – Landesverfassungsgesetz 1960, wonach ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann. Das Gleiche gilt für die Beschlüsse wegen Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages.

Eingebracht wurde ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Dr. Frizberg und Dr. Karisch zum Antrag, Einl.-Zahl 591/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Dr. Ebner, Dr. Flecker, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes 1960 sowie der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Dr. Frizberg und

Dr. Karisch zum Antrag, Einl.-Zahl 591/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Dr. Ebner und Dr. Flecker, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes 1960 sowie der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, und zweitens über den Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 591/2, Beilage Nr. 55, über den Antrag, Einl.-Zahl 591/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Dr. Ebner und Dr. Flecker, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes 1960 sowie der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Dr. Frizberg und Dr. Karisch zum Antrag, Einl.-Zahl 591/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Dr. Ebner und Dr. Flecker, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes 1960 sowie der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 591/2, Beilage Nr. 55, über den Antrag, Einl.-Zahl 591/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Dr. Ebner und Dr. Flecker, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes 1960 sowie der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über einzelne Bundesländerflughäfen, Einl.-Zahl 568/1.

Berichterstatlerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Erna Minder. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Minder (18.58 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Rechnungshof überprüfte 1991 die Bundesländerflughäfen Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg bezüglich der von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Grundstücke, Treuhandvermögen und sonstigen vermögenswerten Zuwendungen einschließlich deren Auswirkungen auf die Betriebsgesellschaften. Nach Ansicht des Rechnungshofes wies der Ist-Zustand unter anderem folgende Mängel auf: Die Zersplitterung auf verschiedene Vermögensträger führte dazu, daß die Gesellschaften weder den Kapitalbedarf noch die laufende wirtschaft-

liche Belastung auf den einzelnen Flughäfen kannten. Treuhandmittel wurden nicht als verlorene Förderung, sondern als Vermögensstand der Gebietskörperschaften ausgewiesen. Das Fehlen einer vollen Offenlegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage sowie der daraus herrührenden Belastungen der öffentlichen Hand, verbunden mit dem Fehlen eines österreichweiten Flugverkehrskonzeptes förderten den zu starken Ausbau der Bundesländerflughäfen, und es fehlten auch die Ausbauprioritäten bei einzelnen Flughäfen. Weiters bemängelte der Rechnungshof das ausschließliche Nennungsrecht der Geschäftsführer durch die Landeshauptstädte, der Aufsichtsratsvorsitzenden durch die Länder, deren Stellvertreter durch die Landeshauptstädte und daß der Bund nur in Ausnahmefällen kleine zusätzliche Rechte geltend machen konnte.

Der Rechnungshof empfahl folgende Maßnahmen:

Zusammenlegung von Treuhand- und Betriebsvermögen als eine dringende Systemverbesserung, die Einbringung der Grundstücke in die Betriebsgesellschaften. Zum Flughafen Graz-Thalerhof vermerkt der Rechnungshof: Es gibt eine gute Auslastung und daraus resultierende gute Gewinne.

Die Kritik des Rechnungshofes: Der Jahresabschluß 1990 enthielt Forderungen an den Bund, denen dieser bis zum Abschluß der Rechnungshoferhebungen nicht nachgekommen ist. Der Rechnungshof empfahl hiezu eine Bereinigung. Der Rechnungshof empfahl, möglichst rasch das Treuhandvermögen in das Betriebsvermögen einzubringen. Soweit der Bericht des Rechnungshofes in Kurzform.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 18. Mai 1993 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über einzelne Bundesländerflughäfen, Einl.-Zahl 568/1, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Kontroll-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über einzelne Bundesländerflughäfen wird zur Kenntnis genommen. (19.00 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer diesem Antrag der Frau Berichterstatlerin die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.00 Uhr.)